

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Das Signal der „Aurora“ wirkt bis heute

Am 7. November begeht die fortschrittliche Menschheit den 100. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. In rasender Geschwindigkeit verbreitete sich die Nachricht vom Sieg der Arbeiter, Bauern und Soldaten damals auf dem Globus aus und löste eine kaum vorstellbare Begeisterung und Sympathie aus – weit über die Arbeiterbewegung hinaus. Das Signal, das von den ersten Maßnahmen der Sowjet-

lauten „multipolar“ und „postwestliche Welt“. Mit ihnen beschrieben Wladimir Putin 2007 und Sergej Lawrow 2017 die Veränderung des Kräfteverhältnisses auf der Welt in den vergangenen Jahren.

FRIEDEN und LAND waren die ersten Worte der Sowjetmacht. Sie standen am Anfang einer neuen Epoche. Die Antwort des Imperialismus lautet bis heute: KRIEG und LANDRAUB. Die Operationspläne des kaiserlichen und des faschistischen Deutschland gegen Rußland bzw. die Sowjetunion blieben die Grundlage für die militärische Planung des Westens in Europa. Der „Fall Barbarossa“ war und ist das entscheidende Dokument für die Existenz der Bundeswehr, ja für die Bundesrepublik insgesamt. Sie wurde für die Aufstellung einer Armee gegen die Sowjetunion gegrün-

seit 1991 ein einziges Desaster. Nebenbei: Nicht Flüchtlinge sind das größte Problem von EU, BRD oder USA, sondern ihre Kriege, denen die Menschen der überfallenen Länder zu entkommen suchen. Wer das unterschlägt, betreibt das Geschäft der Kriegstreiber.

Nein, eine Wiederholung der Oktoberrevolution ist nicht in Sicht. Die mit ihr eröffnete Epoche ist aber trotz der Niederlage von 1991 und entgegen aller Resignation nicht zu Ende. Vor allem dank Rußland, China und anderer Länder, die 1917 Kolonien oder Halbkolonien waren, kann die Kriegsfurie regional begrenzt werden. Das hat direkt mit dem zu tun, was mit dem Roten Oktober begann. In Asien, Afrika und Südamerika wächst das Bewußtsein: Um Frieden zu gewinnen, muß dem Kapitalismus ein Ende bereitet werden. Wirken wir daran mit, daß diese Einsicht auch in Deutschland wieder verbreitet wird!

Arnold Schölzel



det. Die Bundeswehr ist die Speerspitze der NATO in Europa mit der Haupttrichtung Moskau. Hinzugekommen ist die Eroberung Afghanistans und dessen Besetzung durch die NATO. Sie dient der Bedrohung fast des gesamten Territoriums Rußlands und Chinas mit sogenannten konventionellen Waffen. Aber: Der Krieg am Hindukusch ist nun der längste der US-Geschichte. Der amtierende US-Präsident verkündete im August, daß er deswegen am Hindukusch auf Phrasen von Demokratie und westlichen Werten verzichtet, aber nicht auf Militärbasen. Gleichzeitig droht er mit Angriffen auf die KDVR und auf Venezuela, d. h. er spielt mit dem Weltkrieg. In Syrien torpedieren seine Truppen regionale Waffenstillstandsabkommen und schlachten Zivilisten ab. Vom Sturz des syrischen Präsidenten ist der Westen jedoch weiter entfernt denn je seit 2011.

2016 kehrte die NATO zur Drohung mit atomarer Vernichtung zurück – wie im kalten Krieg bei Strafe des eigenen Untergangs. Die Trump und Merkel, Macron und May, der Imperialismus kann in dieser Situation ganze Länder in Schutt und Asche legen, Tod und Elend verbreiten sowie große Bevölkerungsgruppen vertreiben, militärisch siegen kann er nicht. Moralisch waren seine Kriege

macht, dem Dekret über den Boden und dem über den Frieden, ausging,, verstanden alle sofort – Freund wie Feind. „Seitdem“, dichtete Bertolt Brecht 1937, „hat die Welt ihre Hoffnung.“ Die kolonial unterdrückten Völker des Ostens und des Südens, die übergroße Mehrheit der Menschheit wußte von nun an, daß eine Befreiung aus der Knechtschaft des Imperialismus möglich ist. Neben dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft und dem Sieg über den Faschismus im Zweiten Weltkrieg waren die Erfolge der nationalen Befreiungsbewegungen das wichtigste Ergebnis des Roten Oktober. Der Aufstieg Chinas zur Weltmacht und demnächst größten Volkswirtschaft der Erde, die Befreiung Indiens, die Entkolonialisierung Afrikas oder die kubanische Revolution sind ohne 1917 undenkbar.

Viele aufrechte Genossinnen und Genossen sahen mit der Auflösung der Sowjetunion 1991 den Sozialismus für eine ganze Epoche besiegt. Das war verständlich, aber die Entwicklung seither hat sie widerlegt. Der internationale Bedeutungsverlust Westeuropas und Nordamerikas hat sich atemberaubend und zugleich bedrohlich beschleunigt. Der Imperialismus antwortet auf den – relativen – Niedergang mit Krieg. Die Stichworte

Aus dem Inhalt



Möge für immer das erste Wort „Friede“ sein!	2
F. Castro: Der nukleare Winter und der Frieden	4
Wer überleben will, muß aktiv werden!	5
Neue Repressionen nach dem G20-Gipfel	7
Stéphane Hessel zum 100.	8
USA: Gespenster vergangener Jahrhunderte	9
Klassenkampf in Venezuela	10
Arbeitskämpfe an Spaniens Flughäfen	11
1932: Ernst Thälmann spricht in Paris	13
Konrad Farner: Das Prinzip der universalen Befreiung der Menschheit	15
Hans Heinz Holz: Das Signal Oktoberrevolution	17
Gespräch mit Dmitri Nowikow (KPRF)	19
Das russische Wunder	21
Lenins Schrift „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ (1)	23
Wolfgang Gehrcke: Keine „Marx-freien“ Räume!	25
Weltfestspiele der Jugend und Studenten (3)	27
Zum 7. Oktober: Das Emblem	32
In der DDR hatte der Sport Verfassungsrang	33
Gisela Steineckert: Hand aufs Herz	35
„RotFuchs“-Veranstaltungen im Oktober	36

Beilage: Im Zeichen des roten Sterns

Atomwaffen sind völkerrechtswidrig

Eine gute Stunde von Frankfurt a. M. entfernt, auf dem Fliegerhorst Büchel in der Eifel, lagern etwa 20 amerikanische Atomwaffen. Bereits eine einzige kann Hunderttausende von Menschen das Leben kosten und schwerste Schäden fürs Klima etwa durch die Zerstörung der globalen Ozonschicht anrichten. In den kommenden Jahren sollen diese Waffen durch modernste, zielgenauere Typen ersetzt werden, die die Hemmschwelle für einen Atomwaffeneinsatz senken. Das ist eine klare nukleare Aufrüstung, die von der deutschen Regierung unterstützt wird und an der sich Deutschland finanziell beteiligen soll. Die Friedensbewegung fordert hingegen gemeinsam mit vielen Aktiven in Büchel und den 460 deutschen Bürgermeistern für den Frieden den Abzug dieser Waffen. Wir wissen uns darin einig mit der überwiegenden Mehrheit unserer Bevölkerung, denn laut einer FORSA-Umfrage im Auftrag der Internationalen Ärzte zur Verhütung eines Atomkriegs von März 2016 sind 85 Prozent der Menschen in Deutschland für den Abzug dieser auf deutschem Boden gelagerten Atomwaffen und 93 Prozent für ein Verbot von Atomwaffen. Dieses völkerrechtlich verbindliche Verbot gibt es seit dem 17. Juli, beschlossen von 122 Ländern, das sind zwei Drittel aller UN-Mitgliedstaaten. Alle Befürworter nuklearer Abschreckung, beispielsweise die NATO und Rußland, stehen nun auf der falschen Seite des internationalen Rechts. Atombomben sind wie die ebenfalls verbotenen Bio- und Chemiewaffen völkerrechtswidrig. Die Einsicht hat sich völkerrechtlich durchgesetzt, daß nicht der Staat sicher ist, der eine Atombombe besitzt. Sicher sind wir vielmehr erst, wenn es keine Atomwaffen mehr gibt und sich die Vorstellung gegenseitiger Sicherheit statt gegenseitiger Zerstörung durchgesetzt hat.

Atomwaffen schaffen keine Sicherheit, sondern sind ein ständiges Risiko, wie sich an mehreren Beinahe-Katastrophen der Vergangenheit, etwa der Kuba-Krise 1961, gezeigt hat. „Abschreckung“ bedeutet nichts anderes als die Andro-



hung inhumaner Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung.

Die Atomwaffenstaaten sind ihrer Pflicht aus dem Atomwaffensperrvertrag zur atomaren Abrüstung nicht nachgekommen, sondern haben vor dem Verbot die Vergrößerung und Verstärkung ihrer Arsenale angekündigt. Die multilateralen Verhandlungen der Besitzerstaaten über nukleare Abrüstung stehen seit 1995 still. Die Lage ist deshalb und wegen des Brandherds Vereinigte Staaten / Nordkorea nicht stabil, sondern hochgradig unsicher und gefährdet, weshalb das Bulletin of Atomic Scientists seine Weltuntergangsuhr auf zweieinhalb Minuten vor zwölf stellte, wie zuletzt in den 50er Jahren während des Korea-Krieges.

Jetzt kommt es darauf an, zusammen mit den Bürgermeistern für den Frieden, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit sie das Atomwaffenverbot unterschreibt und ihren Boykott der Verbotsverhandlungen, welcher der abrüstungspolitischen Glaubwürdigkeit Deutschlands enorm geschadet hat, wiedergutmacht. Dieser Boykott und die Untätigkeit der Regierung

bezüglich der Atomwaffen in Deutschland widersprechen dem Beschluß des Deutschen Bundestags von 2010 für den Abzug aller Atomwaffen aus Büchel und einen verstärkten Einsatz für eine atomwaffenfreie Welt. Diese ist ohne die Teilnahme am Atomwaffenverbot nicht erreichbar.

Wie das seit 2008 bestehende Verbot von Streumunition kamen das Atomwaffenverbot und das Verbot von Antipersonenminen gegen den Willen der Besitzerstaaten zustande. Letzteres trat 1999 mit 40 Ratifizierungen in Kraft. Bis heute haben weitere 122 Staaten das Verbot von Antipersonenminen unterzeichnet. Daran zeigt sich, daß solche Verbote die Besitzerstaaten enorm unter Druck setzen. Diesen Weg müssen wir auch im Falle der Atomwaffen gehen.

Nordkorea sieht seine Atomwaffen als einzige Sicherheit gegen die überlegene Militärmacht der Vereinigten Staaten an. Sanktionen haben sich als unwirksam erwiesen, Präventivschläge wären verhängnisvoll. Es führt kein Weg an direkten Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Nordkorea vorbei, in denen die Vereinigten Staaten klarstellen, daß nicht ein Sturz des Regimes, sondern das Einfrieren und dann die Verringerung von Nordkoreas Atomwaffenprogramm ihre Ziele sind. Diese Ziele werden sich nur im Tausch gegen Garantien für Nordkoreas Sicherheit und seine ökonomische Entwicklung, die Absage amerikanischer Militärmanöver mit Südkorea und einen Friedensvertrag erreichen lassen.

Thomas Carl Schwoerer
(Aus: FAZ, 5. 8. 2017)

Der Autor ist Verleger und Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner/-innen.

Konstantin Fedin (1965):

Möge für immer das erste Wort „Friede“ sein!

Ich will von einer Episode erzählen, die mir seit Tagen nicht mehr aus dem Kopf geht. Unlängst war ich bei einer Familie zu Gast, die den Geburtstag des Hausherrn feierte. Das war in der Umgebung von Moskau. Das Geburtstagskind war 40 Jahre alt geworden. Die meisten Gäste waren seine Altersgenossen. Einige aber waren älter, darunter seine Eltern. Unter den jungen Leuten befand sich ein sehr nettes 17jähriges Mädchen – die Tochter guter Freunde der Hausfrau, die ebenfalls da waren. Mit einem Wort, am Tisch saßen drei Generationen – Großväter, Väter und Enkel. Es ging lustig zu, dauernd wurde gelacht. Jemand schaltete das Radio ein.

Plötzlich rief einer: „Still, still“ – und alle verstummten. Eine Stimme sagte: „Achtung, Achtung! Hier spricht Moskau ...“ Das war eine Stimme, die alle Älteren sofort erkannten – alle, die sie tief im Gedächtnis bewahrten, alle, die sie fast vier Jahre tagtäglich gehört

hatten, alle, die dieser Stimme gelauscht hatten, solange der Große Vaterländische Krieg der Sowjetunion dauerte; das war eine Stimme von besonderem Timbre, sie erinnerte an den Klang der Baß-Saiten einer Gitarre. (> *Juri Lewitan, siehe RF 200 und 208, jeweils S. 6*)

Alle, die am Tisch saßen, erhoben sich. Mit den Älteren erhob sich jenes junge, 17jährige Mädchen, von dem ich gesprochen habe. Der Sprecher verlas eine Information, die er vor genau 20 Jahren, am 9. Mai 1945, gesprochen hatte; am 9. Mai 1965 las er erneut, daß der Krieg zu Ende und der Hitlerfaschismus zerschlagen ist, daß der Sieg, den wir unter unzähligen Opfern errungen haben, endlich allen Völkern Frieden und Freiheit schenkt.

Die Älteren lauschten mit angehaltenem Atem, das junge Mädchen beobachtete sie. Die Stimme des Sprechers kannte sie nicht. Auch seine Worte waren ihr neu. Natürlich wußte sie vom Siegesfest – es wurde ja im ganzen Land festlich

begangen. Aber mit zunehmender Verwundung ließ sie ihre Blicke von einem Gesicht zum anderen schweifen und erkannte sie nicht wieder. Sie blickte die Mutter an und sah, wie ihr Tränen über die Wangen liefen. Sie blickte den Vater an – sein Gesicht war bleich geworden, die Finger zitterten ihm. Die Erregung derer, auf die ihr Blick fiel, schien ihr unfaßbar; alle diese Menschen, die sie gut kannte, hatten noch nie so ausgesehen wie jetzt. Fast alle Gesichter waren naß von Tränen und so verändert, daß sie sie nicht wiedererkannte.

Als der Sprecher für die ganze Sowjetunion eine Gedenkminute für die Kriegsoffer ansagte und das Radio verstummte, ruhten die weitgeöffneten hellen Augen des Mädchens auf einem Punkt.

Was für Gedanken mochten das junge Mädchen in diesem Augenblick bewegen? Was mochte dieses 17jährige zarte Wesen empfinden? In diesem Augenblick fühlte das Mädchen zum

erstermal seelisch und körperlich die ganzen Qualen, Schmerzen und Verluste, die ihre Angehörigen während der tragischen vier Kriegsjahre erlitten hatten. In diesem Augenblick verstand sie den ganzen Stolz der Älteren, der in dem Bewußtsein wurzelte, daß sie ihre ruhmreiche Pflicht gegenüber den Jungen, gegenüber der Zukunft erfüllt haben. Ich will nicht davon sprechen, was ich in meinem Herzen fühlte, während ich mich wieder und wieder dieser Minuten an der festlichen Familientafel bei Moskau erinnere. Ich will nur sagen, daß diese unschätzbaren Minuten überall in den unübersehbaren Weiten unseres Landes, in jeder Familie den bewegten Kindern und Enkeln die rauhe, kluge Erinnerung der Geschwister und Väter an den vergangenen Weltkrieg vermittelten. Und das ist ausgezeichnet! Weimar ist ein idealer Ort für die Begegnung der Schriftsteller. In Ost und West weckt der glückliche Klang des Wortes „Weimar“ den Gedanken an jene Nationalkultur, die sich nicht nur an das deutsche Volk wendet, sondern auch an den Verstand aller übrigen Völker. „Weimar“ – das ist ein Vermächtnis an die Menschheit, überall auf Erden die Würde des Menschen zu bewahren.

Im Jahre 1945 flog ich über die Wege des zu Ende gegangenen Krieges. Kann man überhaupt so sagen – „Wege des Krieges“? Hat der Krieg Wege? Es gibt nur Wege zum Krieg. Wir wissen, wie Kriege zu Ende gehen, doch das bedeutet nicht, daß wir vergessen haben, wie sie beginnen. Ich glaube, eines der fieberhaft angestrebten Ziele bei der Vorbereitung eines neuen Krieges besteht darin, die Erinnerung an den vorangegangenen Krieg auszutilgen, d. h. die wahrhafte Erinnerung auszutilgen und sie durch eine verlogene Erinnerung zu ersetzen. Mit Lügenteer werden die Wege zu den Kriegen asphaltiert. Und schon wieder nehmen wir gegenwärtig immer stärker den erstickenden Gestank dieses Lügenteers wahr. Aber ich bin nicht von der Vorbereitung eines Krieges ausgegangen. Ein Krieg hinterläßt, wenn er zu Ende gegangen ist, nur wenige Wege.

Ich flog also über die zerstörten Wege Rußlands, Belorußlands, Polens. Ich sah Ruinen, wie ich sie in meiner Vorstellungskraft nicht gekannt hatte. Ich kam nach Berlin und sah die ehemalige Stadt in einen Schutthaufen verwandelt – Auswirkung des schwarzen Willens eines Mörders, der noch blutigen Widerstand befahl, als sein wahnsinniges Werk bereits hoffnungslos zusammengebrochen war. Die ganze Welt schien, wenn nicht schon begraben, so doch in undurchdringliche Trauer gehüllt. Meine erste Frage an die Berliner lautete: „Ist Weimar heil geblieben?“ Niemand wußte es. Die Gerüchte waren widersprüchlich und verhießen meist das Schlimmste. Ich brach nach Nürnberg auf – die Stadt, die ein Taufbecken des Hitlerismus gewesen war und nun zu seinem Schreckensgericht wurde. Nirgends konnte ich unterwegs



Picasso-Friedensplakat bei einer Aktion in Köln (August 2014)

Foto: H.-D. Hey /r-mediabase.eu

zuverlässige Auskunft erhalten, ob Weimar heil geblieben war. Erst in Thüringen traf ich Menschen, die mit Bestimmtheit sagten: „Ja, Weimar ist zum Glück heil geblieben.“

Langsam, mühevoll vollzog sich die Wiedergeburt der Hoffnung auf ein neues Leben in Deutschland. Und später konnte ich mich mehrfach davon überzeugen, wie Weimar – die Stätte geistigen Ruhms in der deutschen Geschichte – den fortschrittlichen Kräften des Landes allein durch seine Existenz half, an die Zukunft zu glauben und mit gekräftigten Händen ihr Gebäude zu errichten.



Auf einem Empfang des Schriftstellerverbandes in Berlin (1967)

– Konstantin Fedin, Erwin Strittmatter und Anna Seghers

Als ein Aufleuchten dieses Glaubens an das Volk und seine Zukunft bewahre ich in meinem Gedächtnis den Händedruck zwischen dem großen Epiker der deutschen Klassik, Thomas Mann, und dem berühmten Dichter des revolutionären Deutschlands, Johannes R. Becher, in den Tagen der Jubiläumsfeierlichkeiten für Goethe in Weimar.

Das unvergängliche Denkmal der deutschen Geschichte hat sein neues Leben zugleich mit der Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik begonnen. Seither wird mir hin und wieder die Freude zuteil, die Luft jener Stadt zu atmen, die „zum Glück heil geblieben“ ist. Auch diese Zeilen, mit denen ich mich an Sie wende, teure Kollegen Schriftsteller, schreibe ich in Weimar. Worin sehe ich den Sinn unseres großen internationalen Schriftstellertreffens? Das, was wir Kultur nennen, schließt das Phänomen der menschlichen Erinnerung ein. Das materielle Erbe könnte nicht bewahrt

und von Generation zu Generation weitergegeben werden, wenn es nicht von den geistigen Zielen des menschlichen Wirkens beseelt wäre. Würden der Kultur die sittlichen, ideellen Lehren der vergangenen Jahrhunderte genommen, müßte sie absterben. Man sagt: Das Volk hat ein kurzes Gedächtnis. Diese primitive Weisheit dient jenen, die gegen das Gedächtnis Krieg führen. Aber auf der Welt existiert das geschriebene Wort, existiert das Buch. Und schon oft ist gesagt worden – dieser Tage hat das besonders gut einer der Initiatoren unseres gegenwärtigen Treffens, der großartige Meister der deutschen Prosa, Arnold Zweig, gesagt –, daß die Literatur der Menschheit hilft, das Gedächtnis zu bewahren.

Die Kunst des Schriftstellers, die dem Leben gewidmet ist, stellt einen untrennbaren Bestandteil der Kultur eines jeden Volkes. der Menschheitskultur dar. Den Generationen die Erfahrung der Menschheitsgeschichte zu vermitteln, sie mit den bildhaften Mitteln des Künstlers zu erfassen – sei er Dichter, Romancier oder Dramatiker –, ist die Pflicht, die in der Berufung zum Schriftsteller liegt, und höchste Verpflichtung der Literatur. Hören wir aufmerksam, was die Wissenschaftler über die Bedrohung sagen, die von der zu trauriger Stunde geborenen Waffe

des neuen Krieges ausgeht – eines Krieges, dessen Schatten den Himmel zu überziehen beginnt. Wenn die Stimme der Völker nicht zur rechten Zeit ihr machtvolles „Nein!“ spricht, wird unsere blühende Erde im Krieg zu Asche werden. Wer wird helfen, die Stimmen der Völker zu einem so mächtigen Chor zu vereinen, daß der Tod zum Ruhme des Lebens abgewiesen wird? Zuallererst die Kulturschaffenden, weil die Kultur immer und überall Leben hervorbringt. Wessen Wort aus dem Kreis der Kulturschaffenden wird am lautesten erschallen und am weitesten zu hören sein? Buch und Radio, Theater und Kino, Presse und Fernsehen – dies ist das

Element des Schriftstellers von heute. Seine Kunst dringt in jedes Haus, in jede Familie ein. Und mehr noch, sie dringt in das Herz der Menschen ein. Möge für immer das erste Wort des Schriftstellers das Wort „Friede“ sein! Mit diesem Wort werden wir uns voneinander verabschieden – dankbar den deutschen Schriftstellern, daß sie uns das Glück einer freundschaftlichen Begegnung bereitet haben. Wir werden in die 52 Länder zurückkehren, aus denen hier Schriftsteller anwesend sind, und jeder wird in seiner Heimat mit seiner Kunst das gute Wort des Künstlers zur Verteidigung des Menschen und der Menschheit vor dem Kriege sagen. Guten Weg in die Heimat, teure Freunde, einen glücklichen Kampf für den Verstand, gegen seine Verdunklung!

(Aus der Rede Konstantin Fedins auf dem Internationalen Schriftstellertreffen in Berlin und Weimar 1965)

Fidel Castro: Der nukleare Winter und der Frieden

Über 20 000 Atomwaffen befinden sich in den Händen von folgenden acht Ländern: USA, Rußland, Frankreich, Großbritannien, China, Israel, Indien und Pakistan; mehrere von ihnen mit tiefgreifenden wirtschaftlichen, politischen und religiösen Differenzen untereinander.

Das neue, in Prag von den größten Atommächten unterzeichnete START-Abkommen enthält nichts weiter als Illusionen bezüglich des Problems, das die Menschheit bedroht.

Die Theorie des „nuklearen Winters“, die von dem bedeutenden Forscher und Professor der Rutgers-Universität von New Jersey Dr. Alan Robock entwickelt und auf den aktuellen Stand gebracht worden ist, hat ihre Richtigkeit bewiesen.

Das US-amerikanische Volk, das sich an einem privilegierten Ort des Planeten befindet, was es ihm ermöglicht, trotz der unwahrscheinlichen Verschwendung von nicht erneuerbaren Ressourcen das höchste Lebensniveau und die größten Reichtümer der Welt zu genießen, müßte am meisten an der Information interessiert sein, die ihm die Wissenschaftler bieten. Wieviel Raum widmen die Massenmedien dieser Aufgabe?

Die Theorie des „nuklearen Winters“ hat folgendes gezeigt, so Robock: „Wenn es solche Waffen nicht geben würde, dann könnten sie nicht verwendet werden. Und im Augenblick gibt es absolut kein rationelles Argument für deren Verwendung. Wenn sie nicht verwendet werden können, ist es notwendig, sie zu vernichten. Nur so würden wir uns vor Unfällen, Rechenfehlern oder jeglicher schwachsinnigen Handlungsweise schützen.“

Die Verbreitung der Atomwaffen – bei der Israel, Indien und Pakistan sich dem atomaren Club angeschlossen haben, und andere Länder allem Anschein nach danach trachten, Mitglieder desselben zu werden – hat Robock und seine Kollegen dazu gezwungen, die zuerst durchgeführten Forschungen zu überprüfen. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen waren überraschend, wie in einer kürzlich veröffentlichten Artikelserie im Detail aufgeführt worden ist. Bezüglich der USA und Rußland verhält es sich so, daß – auch wenn jeder von ihnen sich im April 2010 in Prag dazu verpflichtet hat, sein operatives Atomarsenal auf circa 2000 Waffen zu vermindern – die einzige reale Art und Weise, eine globale Katastrophe zu vermeiden, darin bestehen würde, die Atomwaffen zu vernichten.

„... jedes Land, das zum jetzigen Zeitpunkt den atomaren Weg in Betracht zieht, muß erkennen, daß es nicht nur seine eigenen Bevölkerung in Gefahr bringen würde, sondern ebenfalls den Rest der Welt, wenn es diesen Weg geht. Es ist an der Zeit, daß die Welt ein weiteres Mal über die Gefahren der Atomwaffen nachdenkt und dieses Mal den Weg des Friedens einschlägt und die Möglichkeit einer durch die Atomenergie hervorgerufenen globalen Klimakrise beseitigt. Die Anwendung der Atomwaffen im Falle eines Totalangriffs gegen einen Feind wäre eine selbstmörderische Handlung, und zwar aufgrund der von

dem Rauch der durch die Bombe verursachten Brände hervorgerufenen abnormalen Kälte und Dunkelheit. Eigentlich wurde offensichtlich gemacht: Je mehr Atomwaffen ein Land besitzt, desto weniger sicher ist es.“

Am Ende seines Vortrags habe ich Professor Alan Robock gefragt: „Wie viele Menschen auf der Welt kennen diese Angaben?“ Er antwortete mir: „Sehr wenige.“ Ich fügte hinzu: „Wie viele in Ihrem Land?“ „Ebenfalls wenige“, antwortete er mir, „die Fakten sind nicht bekannt.“

Ich hegte keine Zweifel, daß das die traurige Wahrheit ist, und fügte dem hinzu: „Wir erreichen nichts, wenn nur uns das bekannt ist. Es ist notwendig, daß es die Welt weiß. Vielleicht müßte man die Psychologen zu Rate ziehen, damit diese erklären, warum die Massen nicht verstehen.“

„Ich habe eine Antwort darauf“, rief der Wissenschaftler aus, „man nennt das Verleugnung! Es ist etwas so Schreckliches, daß die Leute nicht daran denken möchten. Es ist einfacher, so zu tun, als ob es das nicht gäbe.“

Seine Worte waren klar, genau und sprachen für sich. Deshalb sagte ich: „Was bedeutet es, Bewußtsein zu schaffen, von dem wir so viel reden? Und wie sehr entmutigt es Sie als Wissenschaftler, daß die Leute nicht einmal mitbekommen, was Sie tun, wie viele Stunden Sie dafür aufwenden?“

Ich sagte zu ihm, daß es zu jenen Zeiten, als es weder Rundfunk noch Fernsehen bzw. Internet gab, unmöglich gewesen ist, solch einen Vortrag wie diesen in Kuba oder auf der Welt zu verbreiten. Und noch geringere Möglichkeiten bestanden, da viele Menschen weder lesen noch schreiben konnten.

Wir haben dem Professor versprochen, die Information zu verbreiten, die er uns über die Theorie des „nuklearen Winters“ geboten hat und die in einer Sprache verfaßt ist, die sogar die achtjährigen kubanischen Kinder begreifen können. Wir wußten nur ein bißchen hierüber, ausgehend von der Sorge unsererseits bezüglich des Ausbruchs eines globalen Atomkriegs, was es uns zur Pflicht machte, seinen Vortrag anzuhören.

Keine andere Epoche der Menschheitsgeschichte ähnelt dieser. Wenn diese Risiken nicht von denen begriffen werden, die Entscheidungen von jener Höhe ihrer immensen Macht aus treffen, welche ihnen Wissenschaft und Technik in die Hand gegeben haben, dann wird der nächste Weltkrieg mit Sicherheit der letzte sein, und es werden vielleicht viele Millionen Jahre vergehen, bevor neue intelligente Wesen versuchen werden, ihre Geschichte zu schreiben. ...

Es war für mich eine große Ehre, die Einladung zu einem Treffen mit einem Teil der Besucher (*des Kreuzfahrtschiffs „Peace Boat“*) zu erhalten, und ich habe ihnen vorgeschlagen, dies im Kongreßpalast und mit der

größtmöglichen Anzahl von ihnen zu tun. Das Wort ergriffen haben Herr Nao Inoue und Frau Junko Watanabe, die Überlebende, die erst zwei Jahre alt war, als die erste Atom-bombe auf die Stadt Hiroshima abgeworfen wurde. Das Mädchen befand sich zusammen mit seinem kleinen Bruder auf dem Hof eines Hauses in einer Entfernung von 18 Kilometern von dem Punkt, wo jene Bombe abgeworfen wurde, die den größten Teil der Stadt zum Verschwinden brachte, unmittelbar über 100 000 Menschen tötete und den anderen Einwohnern schwere Schäden zufügte.

Sie gab ihre dramatischen Erinnerungen darüber wieder, wie sie Jahre später die Bilder und Einzelheiten jenes Ereignisses kennenlernte, die so vielen unschuldigen Menschen, die absolut nichts mit jenem brutalen Angriff zu tun hatten, so viele Leiden verursacht haben. Es war eine wohlüberlegte Handlung, um der Welt durch die unnötige Anwendung einer Massenvernichtungswaffe Angst und Schrecken einzujagen, zu einem Zeitpunkt, als das japanische Imperium schon besiegt war. Die Bombe wurde nicht auf eine militärische Einrichtung abgeworfen, sondern auf ein schutzloses ziviles Ziel. Die über jenes schreckliche Verbrechen verbreiteten Bilder können nicht das zum Ausdruck bringen, was uns die Stimme von Junko Watanabe über die Geschehnisse erzählt hat. Der Anlaß war angebracht, um unseren Standpunkt darzulegen und unseren freundlichen japanischen Gästen, Kämpfern für die Abschaffung der Atomwaffen, der Militärstützpunkte und des Krieges, über die Bemühungen zu erzählen, die unser Land unternimmt, um einen atomaren Konflikt zu vermeiden, der dem Bestand unserer Gattung ein Ende setzen könnte.

Fidel Castro
(21. September 2010)



Die eindringliche Mahn-Rede Castros entnahmen wir (leicht gekürzt) der Beilage zu einer Mappe mit kubanischen Plakaten gegen den Krieg und für den Frieden, die über die Schweizerische Friedensbewegung zu beziehen ist (sfb@bluewin.ch).

Probleme, die den Friedenskampf behindern

Wer überleben will, muß aktiv werden!

Zu einer Zeit, als die Friedensbewegung in Westdeutschland eine große Kraft und Breite entfaltet hatte, machte sich Wolfgang Reischock in der „Weltbühne“ Gedanken über die Gründe, die dennoch viele Menschen (entgegen ihren elementaren Lebensinteressen) von aktivem Engagement gegen Hochrüstung und für den Frieden abhalten. Es lohnt sich, über seine Argumente unter geänderten Bedingungen in nicht weniger lebensbedrohlicher Lage neu nachzudenken.

Viele stehen noch abseits. Man muß die Ursachen ihrer Abstinenz erkennen, wenn man weitere Reserven für den Kampf um den Frieden erschließen will. Dabei spielen ideologische und psychologische Faktoren, menschliche Schwächen eine Rolle, auf welche die Manipulatoren einer Kriegspsychose gerade spekulieren, um der Friedensbewegung ihren Zustrom und ihren Schwung zu nehmen.

An **erster** Stelle wäre hier der Mangel an Sachkenntnis, insbesondere an politischer Informiertheit der Betroffenen zu nennen. Die Bedrohungslüge – als Eckpfeiler der gegnerischen Agitation, der das ganze Propaganda-Gebäude zur Motivierung der Hochrüstung stützt – ist eine gezielte Spekulation auf das Unwissen über das Wesen einer sozialistischen Gesellschaft, in der niemand aus der Kriegsrüstung oder gar dem Krieg einen Vorteil ziehen kann. Für den USA-Außenminister Haig, der nach seinem Ausscheiden als NATO-Oberbefehlshaber für 900 000 Dollar Jahresgehalt den Präsidentenposten des drittgrößten Pentagon-Lieferanten einnahm – der United Technologies Corporation –, mag es nach seinen eigenen Worten „wichtigere Dinge als den Frieden“ geben; sein sowjetischer

Amtskollege Gromyko handelt auch im Interesse seiner Auftraggeber, nur ist das nicht ein Klüngel profitgieriger Rüstungsbosse (die es in der UdSSR bekanntermaßen nicht gibt), sondern das Volk, das geschützt und erhalten wissen will, was es sich schafft, vom Leben selbst einmal gar nicht zu reden. Eine intensive Aufklärung also ist notwendig, welche die Gefahren nicht nur aus der Aufrechnung von Waffenmengen und -arten erklärt, sondern vor allem auch aus den Grundinteressen, die der Politik beider Seiten zugrunde liegen.

Im Zusammenhang mit dem Unwissen stehen **zweitens** oftmals der Unglaube an die Größe und Realität der Bedrohung und der Mangel an Vorstellbarkeit. Beides ist menschlich verständlich: Ein normales Hirn kann sich eine solche Perversion des Denkens, wie sie der Einführung der Neutronenwaffe zugrunde liegt, nur schwer ausmalen, sowenig wie die Apokalypse eines atomaren Krieges, den die Pentagon-Strategen heute als „denkbar“ und „gewinnbar“ bezeichnen. Man muß es in die Hirne hämmern, warum das schwer Vorstellbare Wirklichkeit werden kann, wenn man nicht – jeder einzelne und alle gemeinsam – entschlossen dagegen ankämpft.

Ein **dritter** Faktor ist die pure Vergeßlichkeit. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der heute Lebenden hat den letzten Krieg noch erlebt. Zu ihnen zählt auch der Autor dieses Beitrages, und er kann sich recht gut an das große Jammern und Wehklagen jener Zeit erinnern. „Lieber ein ganzes Leben lang trocken Brot essen – nur dies nicht noch einmal!“ – so oder ähnlich hörte man es allerorten. Aber jener Krieg war – wenn ein solch makabrer Vergleich erlaubt ist – noch harmlos gegen das, was gegenwärtig in den amerikanischen Machtzentralen ausgeheckt wird.

Heute rühmen sich die Militärexperten des Pentagons (und jene von Pentagons Gnaden), daß beispielsweise die Sprengköpfe einer einzigen MX-Rakete die Sprengkraft der Hiroshima-Bombe um das 230fache übertreffen!

Eine **vierte** Ursache mangelnden Engagements im Kampf um den Frieden kann dem Umstand zugeschrieben werden, daß man sich an mißliche, ja gefährliche Situationen gewöhnen kann. Die Einwohner von Tokio oder San Francisco wissen, daß sie in einem Erdbebengebiet leben, und haben sich ab und an durch die Nachricht schockieren lassen, daß zu irgendeinem näher rückenden Zeitpunkt ihre Stadt von einem schweren Beben getroffen werden kann. Aber sie haben sich daran gewöhnt, trinken gelassen ihren Tee oder fahren unbekümmert über die Golden Gate Bridge. Seit dreieinhalb Jahrzehnten leben wir mit „der Bombe“. Die Leute gehen ihren

Geschäften nach und denken nicht mehr an jenes teuflische Arsenal der Vernichtung, das die Gewöhnung ihrem Blick entzieht. Sie sollen sich auch daran gewöhnen, daß das aufgestaute Vernichtungspotential immer gefährlicher angereichert wird: durch MX-Raketen, Trident-U-Boote, B1- und „Stealth“-Bomber, chemische Binärwaffen. Und Pershing II, Marschflugkörper und Neutronenbomben in Mitteleuropa! Verbunden mit einem strategischen Konzept des Erstschlages, wie es in den USA nun propagiert wird, stehen die Zeichen auf Alarm. Er muß von den Friedenskräften so hörbar und sichtbar ausgelöst werden, daß er den Gleichgültigen in die Glieder dringt!

Anders als ein Erdbeben kommt der Krieg nicht unvorhersehbar als ein Naturereignis über uns. Während man bei jenem sich nur auf die Wirkungen des Ereignisses einstellen kann, kann – und muß! – man bei diesem die Ursachen bekämpfen. Das ist freilich nicht dadurch möglich, daß man die Gewöhnung und Gleichgültigkeit mit der Angst vertauscht, sondern nur, indem man die Aktion an ihre Stelle setzt – eine Aktion, die den Verursachern der Bedrohung die Waffen aus der Hand schlägt.

Schließlich – **fünftens** – gibt es die psychologische Gefahr der Resignation. Sie tritt ein, wenn zu schnelle und zu leichte Erfolge erwartet werden und wenn Emotionalität der Reaktion nicht ihre Ergänzung findet in der Rationalität der Aktion. Um Erfolg zu haben im Friedenskampf – wie im politischen Kampf überhaupt –, bedarf es nicht zuletzt der Beharrlichkeit, der Fähigkeit, auch Rückschläge zu überwinden, sich gegenseitig zu unterstützen und zu ermutigen, Solidarität zu üben mit den Gleichgesinnten in dieser Lebensfrage (über alle sonstigen Differenzen hinweg). Resignation überließe das Feld dem Gegner.

Die politischen und militärischen Desperados, die heute im Interesse der Rüstungskonzerne das Leben der Menschheit bedrohen, bilden eine zahlenmäßig nur kleine, aber mächtige Gruppe. Sie versichern sich nicht nur der Beihilfe jener, die von ihnen ausgehalten oder an der Kandare gehalten werden (z. B. gewisser Politiker oder Journalisten, die – wenn nicht gerade verbohrt – feige oder gewissenlos kollaborieren). Sie bauen vor allem auch auf die Lethargie und Passivität der Massen. Es kann nur eine wirksame Gegenstrategie geben: die Mobilisierung der Massen für ihre ureigenen, elementarsten Interessen. Darin liegt der Sinn der Friedensbewegung begründet ebenso wie ihre Erfolgsgewißheit. Jene ideologischen und psychologischen Faktoren zu bedenken und auszuschalten, von denen hier die Rede war, ist ein Teil dieser Aufgabe.

Wolfgang Reischock

(Red. bearbeitet aus: „Weltbühne“, 37/1981)

Am 21. Oktober wird

Dr. Arnold Schölzel

aus Berlin seinen 70. Geburtstag feiern. Wenn wir dem früheren Chefredakteur der „jungen Welt“, jetzigen Vorsitzenden des „RotFuchs“-Fördervereins und Mitglied der RF-Redaktion zu seinem Ehrentag von Herzen gratulieren, danken wir ihm zugleich für seine treffsicheren monatlichen Leitartikel sowie für die vielen Bildungsveranstaltungen, die Du, lieber Arnold, mit Deinen Erfahrungen als profiliertes Journalist, gebildeter Marxist-Leninist und marxistischer Philosoph bereicherst. Wir freuen uns, Dich an unserer Seite zu wissen, und umarmen Dich in fester Verbundenheit und Freundschaft.

Bericht vom 22. IPPNW-Kongreß in York

Für eine atomwaffenfreie Welt

Im Jahr 1985 erhielt die IPPNW (International Physicians for the Prevention of Nuclear War) den Friedensnobelpreis für ihre „sachkundige und wichtige Informationsarbeit“, die das Bewußtsein über die „katastrophalen Folgen eines Nuklearkrieges“ in der Bevölkerung erhöhte. Die Organisation hat auch eine deutsche Sektion (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges – Ärzte in sozialer Verantwortung e. V.), die sich vor allem für die Abrüstung atomarer Waffen einsetzt (siehe RF 236, Seite 2).

Anfang September fand in York (Großbritannien) der 22. IPPNW-Weltkongreß statt, zu dem etwa 600 Gäste aus aller Welt angereist waren. Die starke Präsenz von Vertretern aus Indien und Japan war unübersehbar. Das Gesicht des Treffens prägten vornehmlich junge Menschen, die mit ihren Wortmeldungen aktiv zu dessen konstruktivem Verlauf beitrugen. Der Kongreß rief zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker ohne Atombomben auf und hatte das Ziel, einen Beitrag zur Durchsetzung des weltweiten Verbots von Atomwaffen zu leisten.

In der Eröffnungsrede wies der Präsident der Konferenz darauf hin, daß es darum gehen müsse, alle Nationen für das Atomwaffenverbotsabkommen zu gewinnen, für das sich weltweit bereits 486 Organisationen aus 130 Ländern einsetzen.

Mit der Eskalation des Konflikts zwischen Nordkorea und den USA wachse die akute Gefahr eines tatsächlichen Einsatzes von Atombomben, wurde betont. Mit den Ergebnissen einer Studie wurde über die zu erwartenden Folgen eines solchen Einsatzes informiert. Allein 50 Bomben – sollten Indien und Pakistan sie im Falle eines Krieges einsetzen – würden auf einen Schlag 30 Millionen Menschen unmittelbar das Leben kosten. Durch die dadurch verursachte globale Klimaveränderung würden nachfolgend weitere 200 Millionen Menschen sterben. Nie war die Gefahr, daß die Gattung Mensch ausgelöscht werden könnte, so groß wie heute.

Im Text zum Atomwaffenverbotsabkommen wird aufgezeigt, wie die Länder aus diesem tödlichen Szenarium aussteigen können. Der Vertrag soll im internationalen Recht verankert und die Gedanken der „kollektiven Sicherheit“ sollen in den Partnerorganisationen und Staaten verbreitet werden. Mit der derzeitigen Strategie der Atomwaffenmächte werden jedoch die bestehenden Machtstrukturen in der Welt zementiert. Dadurch wird eine Veränderung des Status quo erschwert. Diese Mächte weigern sich, das Atomwaffenverbotsabkommen zu unterzeichnen, wobei explizit auf Indien und Pakistan hingewiesen wurde.

Delegationsmitglieder berichteten über ihre Arbeit und den Kampf der Friedenskräfte in ihren Ländern. Die britischen Atombombengegner sehen ihren Schwerpunkt darin, das Verbot der britischen atomaren U-Boote zu erwirken. Sie betonten, daß für die US-Rüstungsindustrie die Atombombe als „heilige Kuh“ gilt. In der US-Friedensbewegung thematisiert man die medizinischen und humanitären Folgen eines Atomwaffeneinsatzes, um die Menschen gegen die Atombombe zu mobilisieren. Für die Regierung Rußlands stünde die nukleare Sicherheit an erster Stelle, um Bedingungen für die Abschaffung der Atombombe zu begünstigen, hob eine Vertreterin aus Rußland hervor. Ein indischer Delegierter betonte die Rolle der UNO und kritisierte die indischen Massenmedien, die über das Thema Atomwaffenverbot kaum berichten würden. Der japanische Teilnehmer wies auf das konfrontative Verhalten von Nordkorea und den USA hin, welches ein furchterregendes Stadium erreicht habe. Dieses Problem könne aber nur politisch gelöst werden. Die US-Administration müsse die Souveränität Nordkoreas achten. Australien stelle sich, wie die Bundesrepublik Deutschland, unter den Atomschutzschirm der USA. Daher habe die Regierung in Canberra kein Interesse an einem Verbot von Atombomben, erklärte eine australische Delegierte. Während ein norwegischer Teilnehmer die notwendige Popularisierung des Verbots forderte,

hob der Delegierte aus Costa Rica die Rolle seines Landes als das am meisten für ein Verbot engagierte Land hervor und verwies darauf, daß 25 bis 30 latein- und mittelamerikanische Länder den Vertrag zum Verbot von Atombomben unterzeichnet hätten. Costa Rica habe schon 1997 das Verbotsabkommen vor die UNO gebracht. Alle afrikanischen Staaten seien atomwaffenfrei, und Südafrika, das die Atombombe schon besaß, habe sie längst wieder abgegeben, wie ein Gast aus Kenia informierte.

Der afghanische Delegierte legte einen Friedensplan für Afghanistan vor, dessen Umsetzung die Ablösung der NATO-Militärs durch Militärreinheiten aus den islamischen und blockfreien Staaten zur Bedingung haben müsse. Der bereits 38 Jahre andauernde Krieg am Hindukusch zeige, daß nur eine politische Lösung des Konflikts erfolgversprechend sein könne. Für diese Lösung sollte durch die Afghanen selbst eine Konzeption entsprechend den dortigen Bedingungen unter Beteiligung der Bevölkerung und aller politischen Gruppierungen, einschließlich der Taliban, ausgearbeitet und umgesetzt werden.

Hervorgehoben wurde, daß die USA den Clusterbomben-Verbotsvertrag nicht unterzeichnet, deren Produktion jedoch eingestellt hätten. Hier wird die normative Kraft eines Vertrags deutlich, die im Falle des Verbots von Atombomben eine ebensolche Wirkung entfalten könnte.

In regionalen Meetings (Afrika, Europa, Lateinamerika, Mittlerer Osten, Nordamerika, Süd-Asien/Südostasien und Pazifik) und zahlreichen Workshops diskutierten und vertieften die Teilnehmer des Kongresses die im Plenum vorgestellten Fragen und Probleme.

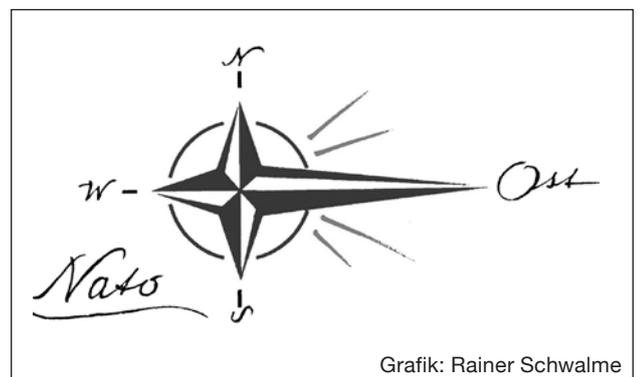
Ein britischer Soldat, der in Afghanistan, Irak und Nordirland im Einsatz war, gab einen historischen Überblick über die Brutalität des britischen Empires, bei dem die Kontinuität in der Art und Weise der Kriegführung des britischen Imperialismus unverkennbar war. Sein überzeugendes Auftreten gestaltete sich zu einem Höhepunkt des Kongresses.

Dr. Matin Baraki

Gorbatschow und die Folgen

Bereits im September 2014 hatte die NATO den Aufbau einer superschnellen Eingreiftruppe beschlossen und dies mit einer Bedrohung Europas durch Putins Rußland begründet. Mit der „Annexion“ der Krim und der Aggression im Osten der Ukraine habe Putin das internationale Sicherheitssystem zerschlagen. So zeigt sich das von regierungsnahen Zeitungskonzernen und systemtreuen Fernsehkanälen Europas verbreitete Zerrbild. Der objektive Blick hingegen zeigt Wladimir Putin in Schwierigkeiten mit dem Paradigmenwechsel, der durch Gorbatschows leichtgläubigen Umgang mit dem Weltkapital zustande gekommen war. Zerschlagen wurde dadurch die Einheit der Sowjetrepubliken und die im Verbund mit Moskau garantierte Sicherheit. Vermehrt hatten sich damit US-amerikanische Stützpunkte, von denen sich Putin zu Recht eingekreist sieht. Gipfel dieser Zumutung ist das Heranrücken der NATO an Rußlands Westgrenzen über Polen und die baltischen Staaten.

Lutz Jahoda



Grafik: Rainer Schwalme

Neue Repressionen nach dem G20-Gipfel

Im Juni erschien der „Grundrechte-Report“ 2017, der die hektisch verabschiedeten zahlreichen neuesten Einschränkungen der Grundrechte als „bedenkliche Bilanz einer Sicherheits-Hysterie“ auflistet. Das Strafrechtsänderungsgesetz von 1951, das KPD-Verbot, Wiederbewaffnung, Notstandsgesetze und Berufsverbote waren erste Marksteine eines repressiven gesetzgeberischen Umbaus, der in der gegenwärtigen Systemkrise fortgesetzt wird. Zum Vorwand nimmt man eine Drohkulisse aus vorgeblichen „Gefährdergruppen“ und jeden zur Panikmache geeigneten Anlaß. Der „Grundrechte-Report“ dokumentiert auch die schleichende Entrechtung ganzer Bevölkerungsgruppen, z. B. im Asyl-, Tarif-, Sozial-, Arbeits- und Mietrecht. Zuerst traf es die ohnehin schwache Rechtsposition der Migranten. Die Agenda 2010 beraubte „Arbeitnehmer“, Krankenversicherte und Rentner vieler bis dahin geltender Rechte. Die SGB-2-Gesetze (*SGB = Sozialgesetzbuch*) schufen ein stigmatisierendes Sonderrecht: Arbeitslosen wurde faktisch Zwangsarbeit und Sippenhaftung für „Bedarfsgemeinschaften“ auferlegt. Diese Demontage von Grundrechten soll den deutschen Großunternehmen auf dem Weltmarkt Konkurrenzvorteile verschaffen.

Die Folgen der anhaltenden Umverteilung von „unten“ nach „oben“ sind verschärfte Klassegegensätze, auch in einem „prosperierenden“ kapitalistischen Land wie der BRD. Dazu kommt der durch neokoloniale Ausbeutung und verheerende Kriege verstärkte Migrationsdruck. Es droht ein Kontrollverlust im eigenen Herrschaftsbereich, um dessen Führung nun auch rechtsextreme oder diese zumindest tolerierende Kräfte konkurrieren. Eine rapide Zunahme jeder Art von Kriminalität, Korruption und Betrug auf allen gesellschaftlichen Ebenen kommt diesen nur gelegen. Der allseitige Glaubwürdigkeitsverlust des „abendländischen“ Wertesystems und seiner Sachwalter, Verelendung, Perspektivlosigkeit und angestaute Wut führen besonders unter Jugendlichen europaweit zu Unruhen und Ausschreitungen. Ein Rezept dagegen ist der Umbau der Republik in einen Polizeistaat. In ihm müssen widerständige oppositionelle Kräfte, die sich nicht mit ins Boot nehmen lassen, politisch bekämpft werden. Solche „Sicherheitsrisiken“ sind heute vor allem die Partei Die Linke, Kommunisten und andere linke Strömungen.

Das funktioniert recht einfach: Man verbreitet Panik und Sicherheitshysterie. Wer da Grundrechte und Völkerrecht geltend macht, der begünstigt angeblich die Urheber unserer inneren und äußeren Bedrohung, wird selbst zum „Gefährder“. Erst recht, wenn er auch noch offen ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zur Beseitigung der Krisen-Ursachen vorschlägt. Der Hamburger Polizeisenator Karl

Hense, einer der Amtsvorgänger des Innenministers Andy Grote, ließ am 23. März 1921 nach einer schon aufgelösten Massendemonstration am Millerntorplatz und während anschließender spontaner Unruhen



Notstandsübung beim G20-Gipfel ...

22 Menschen erschießen. Anschließend verlautbarte er, es handle sich dabei um von den Kommunisten „aufgewiegelte Räuber und Plünderer“. Nach den Ausschreitungen beim G20-Gipfel am 6. Juli hieß es, mit „Null-Toleranz“ und „härtester Bestrafung“ müsse man nun endlich gegen die „geistigen Urheber und Unterstützer“, die „eigentlichen Verantwortlichen im Hintergrund der linksextremistischen Mordbrenner“ vorgehen. Dabei zielte man schon im Vorfeld auf eine angebliche „mangelnde Ausgrenzung potentiell gewaltbereiter Teilnehmer“ im offenen antikapitalistischen Bündnis der Großdemonstration „Grenzenlose Solidarität“ und forderte eine „deutliche Distanzierung“ von Widerstand und zivilem Ungehorsam. Als neue Repressionsmaßnahmen drohen nun massive Einschränkungen des Versammlungsrechts,

die landesweite Schließung linker Büros und Kulturtreffpunkte, Zwangsmaßnahmen und europaweite Listen gegen „linksextremistische kriminelle Gefährder“ und eine Ausweitung von Straftatbeständen auf Passanten, Beobachter und Sympathisanten bei Polizeieinsätzen gegen Versammlungen und Demonstrationen. Wie immer wird das mittels verlogener Propaganda in die Medien gebracht. Schon veröffentlichte man Umfragen, nach denen ca. 70 % der Befragten für ein versammlungsrechtliches Verbot „gefährlicher Kundgebungen“ plädierten. Die ungesetzliche Facebook-Hexenjagd der „Bild“-Zeitung mit Fotos von „G20-Verbrechern“ wurde durch die Teilnahme des Innenministers de Maizière am „Bild“-Konzert für die „heldenhaften Polizisten, die um ihr Leben kämpfen mußten, um uns zu schützen“, geadelt. Der Ausschluß von 32 kritischen Journalisten vom Pressezentrum und die Mißachtung gerichtlicher Urteile zugunsten geplanter Zeltlager waren schon eine Vorwegnahme beabsichtigter, rechtlich erst noch zu verankernder Maßnahmen.

Daß linksopportunistischer und unpolitischer Aktionismus dem Klassenfeind willkommene Vorwände für die Einführung längst geplanter antidemokratischer Zwangsmaßnahmen liefert, lehrt uns auch die Erfahrung der Hamburger Arbeiterbewegung. Nur waren nicht – wie uns Schulbücher glauben machen wollen – die Teilnehmer an „Ausschreitungen“ die Totengräber der Demokratie, sondern stets die Hindenburgs, Noskes, Zörgiebels und Henses ...

Jobst-Heinrich Müller

Glaub ihren Worten nicht!

Du mußt ihnen nicht glauben,
sie tun nur so, ab ob sie tun.
Glaube nicht dem Wortgeprassel,
sie singen falsch in Text und Ton,
sie verkünden nur die alte Mär,
vom Glauben käm der Segen her.

Sie meinen,
gottgewollt sei das
immer schon so gewesen,
steh aufrecht und zeige Mut,
es bleibt nicht so,
wie's eben ist.

Drum laß das Händefalten,
fasse Schritt,
eil dem Kumpel zu Hilfe.
Mit klarem Blick,
das Haupt erhoben,
denn nun ist's genug,
laß das Zweifeln und Harren,
mach Schluß mit dem Spuk!

Du mußt ihnen nicht glauben,
sie tun nur so, als ob sie tun,
bei allem Wortgeprassel
„Vom Himmel hoch, da komm ich her“
denken sie nur an ihre Tasche,
stopfen sich Diäten in den Schlund,
saufen und prassen,
doch deine Tasche,
die ist leer.

Gestern noch stimmten die Finanzen,
da war bei den Banken des Geldes viel,
das dir genommen.
Doch ach und weh,
nun sind bei denen auch die Kassen leer,
sie schrei'n, sie hätten sich verwoben,
verspekuliert und manches mehr.
Glaub ihnen nicht,
von denen wurdest du schon immer belogen.

Ulrich Breinlinger

Stéphane Hessel – einem großen Humanisten zum 100.

Wie kann man ihn beschreiben? Franzose deutscher Herkunft, Resistancekämpfer, KZ-Häftling, Diplomat, Weltgeist, Brückenbauer, Kunstliebhaber, Rezitator, Humanist ... Die Verbindung von deutscher und französischer Kultur prägte sein ganzes Leben. Stéphane Hessel, am 20. Oktober 1917 in Berlin geboren, wanderte mit seinen Eltern, dem Schriftsteller Franz Hessel und der Journalistin Helen Grund, 1924 nach Paris aus und wurde 1937 französischer Staatsbürger. Kurz nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde Hessel von deutschen Truppen festgenommen. Ihm gelang die Flucht nach England. Er schloß sich 1941 der Résistance um Charles de Gaulle an und wurde 1944 von der Gestapo in Paris verhaftet, gefoltert, als Spion zum Tode verurteilt und ins KZ Buchenwald verbracht. Durch einen Identitätstausch konnte Stéphane Hessel vor der Hinrichtung bewahrt, aus dem Lager geschleust und in das Außenlager Rottleberode gebracht werden. Er floh, wurde aber gefaßt und nach Mittelbau-Dora überstellt. Auf dem Todesmarsch gelang ihm am 4. April 1945 die Flucht. Sein Überleben verdankt Hessel zuallererst Eugen Kogon („Der SS-Staat“), aber auch weiteren Mithäftlingen im Konzentrationslager auf dem Ettersberg. Seine Grundeinstellung und die Tatsache, die KZs Buchenwald,

Rottleberode und Dora überlebt zu haben, waren für ihn zur Verpflichtung geworden, seine Möglichkeiten für eine friedliche Welt einzusetzen, in der die Menschenwürde oberste Priorität besitzt. Er wurde französischer Diplomat und wohnte der Erarbeitung der Charta der Menschenrechte von 1948 bei. Er bereiste im Auftrag der UNO und des französischen Außenministeriums die Welt, trieb die Entkolonialisierung voran und vermittelte immer wieder in Konflikten. Als Mitglied des Kuratoriums des Komitees für deutsch-französisch-polnische Zusammenarbeit hat er sich für die Kooperation dieser Länder eingesetzt.

Anlässlich des 30. Jahrestages der Befreiung des KZs Buchenwald besuchte er Weimar erstmals nach dem 2. Weltkrieg. Im Oktober 2010 trat der Diplomat in einer Veranstaltung der Universität Erfurt und der Maria-Pawlowna-Gesellschaft im Erfurter Rathaus „Zur Würde des Menschen“ auf. Im August 2011 eröffnete Stéphane Hessel das Weimarer Kunstfest *pele-rinages* „Gedächtnis Buchenwald“ mit einem bewegenden Gedenkvortrag in der Weimarahalle, bei dem er in den Mittelpunkt die Frage stellte: „Was wird von uns und Buchenwald bleiben, was wird Buchenwald einmal bringen? Weimar ist ein Kommunikationsort für alle Fragen.“

Mehr als ein Dutzend Mal besuchte er seit 1996 Schloß Kromsdorf (Weimarer Land) zu solchen Veranstaltungen wie „Paris trifft Kreisau in Kromsdorf“, „Quo vadis Europa?“, „Gewalt. Was tun?“ und „Wehret den Anfängen!“ Der Film „Der Diplomat“ von Antje Starost, Hans-Helmut Grotjahn und Manfred Flügge wurde seitdem mehr als 250 Mal vor Schülern in Thüringen in Anwesenheit der Filmemacher und/oder von Hessel selbst gezeigt. Stéphane Hessel, Ambassadeur de France, verstarb am 27. Februar 2013 in Paris (*siehe RF 184, S. 22*). Mit seinem Tode ist ein ganz Großer der Zeitgeschichte gegangen. In dem Buch „Stéphane Hessel – Ein glücklicher Rebell“ sagt der Biograph Manfred Flügge zu Recht: „Eine substantielle Auseinandersetzung mit dem Phänomen Hessel steht noch aus, mit der Person, wie mit seiner Botschaft und deren Wirkung ...“

Um das Andenken an das unermüdliche Wirken Hessels für die Würde eines jeden Menschen wachzuhalten, hat die Maria-Pawlowna-Gesellschaft im Frühjahr 2013 das Wanderausstellungsprojekt „Die Würde des Menschen ... Stéphane Hessel“ initiiert, das bereits mehr als 50 Mal Station machte und auch künftig weiter unterwegs sein wird – in Deutschland und ganz Europa.

Wolfgang Knappe, Weimar

„Granma“, eine authentische Informationsquelle

Am Morgen des 4. Oktober 1965 erschien die erste Ausgabe der Zeitung „Granma“. Deren Gründung wurde an dem denkwürdigen Abend des 3. Oktober bekanntgegeben, als im ehemaligen Theater Charly Chaplin, das heute den Namen Theater Karl Marx trägt, das erste Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kubas dem Volk vorgestellt wurde und Fidel Castro den Abschiedsbrief Che Guevaras verlas. Das offizielle Organ der Kommunistischen Partei Kubas erhielt seinen Namen von der legendären Yacht „Granma“ mit der am 25. November 1956 82 Guerilleros von ihrem Exil in Mexiko aus aufbrachen, um den Diktator Fulgencio Batista zu stürzen. Damals wie heute ist es das wichtigste Ziel der „Granma“, mit ihren Artikeln und Kommentaren die Revolution und ihre Prinzipien zu fördern, das bereits vom kubanischen Volk Erreichte voranzutreiben und den Zusammenhalt und die Geschlossenheit des ganzen Volkes zu wahren. Seit nunmehr über 50 Jahren berichtet die Tageszeitung „Granma“ von montags bis samstags auf jeweils acht Seiten über wichtige Ereignisse des Landes und der internationalen Politik, enthält aber auch Beiträge aus den Bereichen Sport, Wissenschaft und Kultur, das Wetter sowie das tägliche Fernsehprogramm. Freitags wird der Umfang auf 16 Seiten erhöht, von denen zwei einem im Jahr 2008 eingerichteten Forum für Leserbriefe vorbehalten sind. Dieses Forum führte zu einer engeren Verbindung der Zeitung mit ihren Lesern. Dort werden Regelverstöße, Verbraucherbeschwerden

und andere Mißstände öffentlich gemacht und die kritisierten Institutionen und Geschäfte von der Redaktion zu einer Stellungnahme aufgefordert. Aber auch Lob für besonders gut funktionierende Einrichtungen findet dort seinen Platz. Der offizielle Verkaufspreis von 20 Centavo (weniger als ein Euro-Cent) wird stark subventioniert und trotz der täglichen Auflage von rund 500 000 Exemplaren kann die Nachfrage so gut wie nie gedeckt werden. Seit 1966 gibt es auch die Zeitung „Granma Internacional“. Auch sie geht auf ein historisches Ereignis zurück und zwar auf die Erste Trikontinentale Konferenz, die vom 3. bis zum 15. Januar 1966 in Havanna stattfand. An ihr nahmen damals revolutionäre Persönlichkeiten wie Salvador Allende aus Chile, Amílcar Cabral von den Kapverdischen Inseln, Luis Augusto Turcios Lima aus Guatemala, Nguyen Van Tien aus Vietnam und Rodney Arismendi aus Uruguay teil. Während der ganzen Konferenz veröffentlichte die kurz zuvor gegründete Kommunistische Partei Kubas täglich eine spanische, eine englische und eine französische Ausgabe, was bei den Delegierten allseits auf großen Zuspruch stieß. Aus diesem Grund beschloß man, jede Woche eine Zeitung in diesen drei Sprachen herauszugeben, die die herausragenden Berichte und Reportagen der Tageszeitung „Granma“ enthalten sollte. Später kamen noch eine Wochenausgabe in portugiesischer und Monatsausgaben in deutscher und italienischer Sprache hinzu. Die Ausgaben von „Granma Internacional“ enthalten neben ausgewählten Beiträgen

der Tagesausgaben wichtige Reden führender Mitglieder von Partei und Regierung im Wortlaut, offizielle Erklärungen und Hintergrundberichte zu wichtigen Themen Kubas und Lateinamerikas.

„Granma Internacional“ übt so eine wichtige Funktion im Kampf der Ideen aus, der in jüngster Zeit mit besonderer Härte ausgefochten wird. Inmitten der Entstellungen und Manipulationen der Mainstream-Medien haben die Leser von „Granma Internacional“ die Möglichkeit, sich authentische Informationen zu verschaffen. Sie können so hautnah die Realität eines Landes und die Widerstandsfähigkeit eines Volkes erleben, das nun seit fast 60 Jahren dabei ist, eine gerechte sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Sie können miterleben, wie sich ein Land und ein Volk inmitten einer Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade behaupten, die kein kapitalistisches Land ein Jahr lang überlebt hätte. Die Blockade dauert an, der Kulturkrieg ist heftiger als je zuvor, und die Leser von „Granma Internacional“ sind bei diesem Kampfgeschehen immer auf dem neuesten Stand.

Seit Januar 2017 erreicht die seit 1994 erscheinende deutsche Ausgabe der Zeitung nun ihre europäischen Leser schneller als vorher, denn für sie wird die Zeitung jetzt einen Tag nach ihrer Herausgabe in Havanna in Berlin gedruckt, und der Verlag 8. Mai, in dem auch die „junge Welt“ erscheint, betreut diesen Prozeß und hat den Vertrieb übernommen.

(Gestützt auf „Granma“)

USA: Gespenster vergangener Jahrhunderte

Wie falsch die Welt von der gleichnamigen konservativen Tageszeitung wahrgenommen werden kann, zeigt sich unter anderem anhand eines aktuellen Texts ihres US-Korrespondenten, Stefan Beutelsbacher. Dort heißt es: „Lange Zeit haben die Ultrarechten in den USA nur in Internetforen existiert. Jetzt zeigen sie, wie gefährlich sie sind.“ Weit gefehlt. Die Ultrarechte ist seit Jahrzehnten eine feste Größe in der realen politischen Landschaft der Vereinigten Staaten. Nun wird jedoch der kaltblütige Mord an Heather Heyer vor wenigen Tagen auch im bürgerlichen Blätterwald zu einem brutalen Weckruf. Die von einem Neofaschisten überfahrene Rechtsanwaltsgehilfin hatte eine Demonstration in Charlottesville besucht, die sich gegen die dortigen, seit Monaten umtriebigen rechten Aufmärsche richtete.

Die Breite des Rechtsbündnisses, das sich anlässlich der geplanten Demontage eines Denkmals für Robert E. Lee, einen Bürgerkriegsgeneral der Südstaaten-Armee, zusammengefunden hat, gerät derweil wegen der Fokussierung auf die unangemessene Reaktion Donald Trumps auf das Attentat aus dem Blick. Der hatte die Gewalt „von allen Seiten“ verurteilt und damit Neofaschisten und Antifaschisten, Täter und Opfer auf eine Stufe gestellt. Der Aufschrei war groß, und der Präsident legte eine gegen Rassismus gerichtete Erklärung nach, die ihm – aus guten Gründen – niemand so richtig abnimmt. Anschließend vertrat er wieder die Meinung, „beide Seiten“ seien für die Eskalation verantwortlich. ...

In Charlottesville demonstriert ... nicht nur ein anachronistischer Zug gespenstischer Wiedergänger des Faschismus des vergangenen und des Rassismus des vorvergangenen Jahrhunderts für die vermeintliche Ehre von General Lee. Die Fahne des Südens hält auch der republikanische Einpeitscher Corey Stewart hoch. Seinen Namen wird man in der Berichterstattung zu den Ereignissen hierzulande jedoch vergeblich suchen.

Stewart ist ein Getreuer Trumps und läuft sich warm, um nächstes Jahr für Virginia in den US-Senat einzuziehen. Ob er sich in den Vorwahlen innerhalb seines Lagers wird durchsetzen können, ist offen. Mediale Unterstützung holt er sich derweil bei „Breitbart News“, dem Sprachrohr der selbsternannten „Alternative Right“, deren Kopf Stephen Bannon als Chefstrategie des Weißen Hauses agierte. ...

Die antidemokratische Stoßrichtung einer weit über Charlottesville hinausgehenden rechten Kampagne hat in mörderischer Konsequenz neue Vollstrecker gefunden. Ihre Haupttriebkräfte wird man jedoch nicht in Internetforen finden,

sondern beispielsweise bei den Waffenlobbyisten der National Rifle Association, die seit Jahren die „Conservative Political Action Conference“ sponsert, auf der

Afroamerikaner von einem weißen Polizisten getötet wird, über Bekämpfung der Kriminalität redet. Kurz gesagt, er ist ein Rassist.“



Unbehinderter Nazi-Aufmarsch in Charlottesville am 12. August

sich dieses Jahr auch Bannon und Trump ein Stelldichein gaben. ... Die Gefahr für die Demokratie kommt, allen Mythen zum Trotz, gesellschaftlich von oben und politisch von rechts – in den USA ebenso wie in Deutschland. Hierzulande haben sich die Nachahmer von Bannon ebenfalls zusammengefunden. Sie bevölkern das intellektuelle Hinterland der AfD.

Phillip Becher (Gekürzt aus „nd“, 18. 8.)

Der Sozialwissenschaftler Phillip Becher ist Autor des Buches „Basiswissen Rechtspopulismus“ im PapyRossa-Verlag.

Donald Trump ist selbst Rassist

US-Präsident Trump hat die rassistische Gewalt in Charlottesville eindeutig relativiert. Zahlreiche Demokraten und Republikaner kritisierten inzwischen die Aussagen des Präsidenten. Lob erhielt er von führenden Rechtsextremisten. Die Tageszeitung „**Phileleftheros**“ (Zypern) schreibt, die Worte und Taten von Präsident Trump ließen nur einen Schluß zu: „Die Tatsache, daß er die Rechtsextremen braucht, ist nicht der einzige Grund, warum er sie unterstützt. In seinem tiefsten Inneren ist er einer von ihnen. Dies zeigen seine Worte und Werke. Er ist der Präsident, der die wenigsten Frauen in der Regierung hat, der mit den schlimmsten Worten über sie geredet hat. Er ist der Präsident, der Dekrete gegen die Einreise bestimmter religiöser Gruppen erlassen hat. Er ist der Präsident, der jedes Mal, wenn ein

Trumpismus in Charlottesville

Die Schockwellen der Ereignisse von Charlottesville in Virginia am 12. August waren weltweit spürbar, und sie hallen immer noch nach. Der Haß, der die Straßen dieses Ortes überflutete, zeigte ein Panorama der Paranoia: Die US-amerikanische „Stars and stripes“-Flagge neben Hakenkreuzfahnen und anderen Naziinsignien, Kreuze des Ku-Klux-Klan und Konterfeis des US-Präsidenten Donald Trump.

Was sich dort öffentlich zeigte, war das sonst verborgene Gesicht der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Leute, die dort Fackelzüge veranstalteten und ihre Macht demonstrieren wollten, sind „Amerika“. ...

Dies ist die Haltung einer in die Jahre gekommenen aussterbenden Bevölkerungsgruppe, die mit ihrer öffentlich kaum sichtbaren Grundstimmung dafür sorgte, daß Trump ins Oval Office des Weißen Hauses gewählt wurde. Trump wurde aufgefordert, sich von den Rechten zu distanzieren, ihr Handeln und ihre Überzeugungen zu verurteilen. Das kann jedoch niemand wirklich erwarten, denn die in Charlottesville versammelten Kräfte sind ein Teil von ihm, so wie er ein Teil von ihnen ist. Was wir jetzt gesehen haben, war der unmaskeierte Trumpismus, die Konkretisierung von Trumps Wahlversprechen, „Amerika wieder groß zu machen“.

„Macht Amerika wieder groß!“ heißt, „Macht, daß Amerika wieder richtig hassen lernt!“ – macht also „Amerika endlich wieder weiß“! Darum geht es den Anhängern des Trumpismus. Wie könnte ein Donald Trump sich von sich selbst distanzieren?

Mumia Abu-Jamal
(Gekürzt aus „jW“, 21. 8.)



„Keine Mutter möchte ihr Kind verlieren, aber ich bin stolz auf sie. Ich bin stolz auf das, was sie getan hat.“ (Susan Bro, die Mutter der in Charlottesville getöteten antifaschistischen Aktivistin Heather Heyer)

Klassenkampf in Venezuela

Unmittelbar vor den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung veröffentlichte die „junge Welt“ einen bemerkenswerten Kommentar, der von allen um die Entwicklung des bolivarianischen Prozesses Besorgten zur Kenntnis genommen werden sollte:

Die Deutsche Presseagentur machte unfreiwillig deutlich, warum die Konzernmedien vor den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung in Venezuela so offenkundig Partei für die rechte Opposition ergreifen. „Durch die Bevorzugung von Vertretern der Arbeiterklasse wird mit einer Mehrheit für Sympathisanten Maduros gerechnet“, tickerte dpa und gab damit für die allermeisten Redaktionen in der Bundesrepublik die Sprachregelung vor. Wie kann es Venezuela auch wagen, ein Wahlsystem auszuprobieren, das eine Zusammensetzung der Constituyente entsprechend der Struktur der Gesamtbevölkerung sichern soll! Die Latinos sollen gefälligst dem Beispiel des Deutschen Bundestages folgen, in dem vor allem Juristen, Politologen und Unternehmer über das Schicksal von Arbeitern, Rentnern oder Erwerbslosen debattieren.

Wenn am Sonntag (30. Juli) über die Zusammensetzung der Versammlung entschieden wird, haben die Wählerinnen und Wähler zwei Stimmen – eine, wie gewohnt, für den territorialen Wahlkreis und eine für die Kandidaten, die zur eigenen Bevölkerungsgruppe gehören. Auf diese Weise werden 79 Arbeiter in die Versammlung entsandt – und fünf Unternehmer. Denn, falls es jemand vergessen haben sollte: Es gibt überall mehr Arbeiter als Unternehmer. Die dpa fürchtet deshalb eine Constituyente mit einer Mehrheit „aus Sektoren, die vorwiegend den Sozialisten nahestehen: Arbeiter, Studenten, Rentner und Bauern“.

Das ist der eigentliche Grund, warum die von Angehörigen der Oberschicht geführte Opposition so vehement gegen die Initiative des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro kämpft – und warum sie dabei auf die komplett unkritische Unterstützung der Konzernmedien rechnen kann.

Diese trommeln seit Wochen und Monaten ununterbrochen gegen die Regierung Venezuelas und gegen Maduro. Dabei geht es nicht um durchaus berechtigte Kritik an Bürokratismus, Korruption und Ineffizienz oder an nicht eingehaltenen Versprechen. Es geht gegen einen Prozeß, der seit 1999 eine Entwicklung im Interesse der Bevölkerungsmehrheit anstrebt, dabei durchaus beachtliche Erfolge vorzuweisen hat – und der potentiell auch den Kapitalismus in Frage stellt.

Mit Sozialismus hat die in Venezuela aktuell bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung noch lange nichts zu tun – doch schon die Tatsache, daß Hugo Chávez 2005 dieses „verbotene Wort“ wieder in die politische Diskussion eingeführt und den

Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft als Ziel proklamiert hat, ist für die in fast allen Ländern der Welt herrschende Klasse eine Bedrohung und macht den bolivarianischen Prozeß zum Ziel wütender Attacken. Das muß auch Linken bewußt sein, die völlig zu Recht Widersprüchlichkeiten und Schwächen der venezolanischen Regierung kritisieren.

André Scheer



„Wähle nicht!“ – Ende Juli riefen Oppositionelle in Venezuela vor einem Abstimmungslokal zum Wahlboykott auf

Das Wahlergebnis, ein Sieg des Volkes

Venezuelas Kommunisten haben die Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung in Venezuela als einen „Sieg des Volkes“ bewertet. Die hohe Beteiligung sei ein klares Signal gegen den Terrorismus und die Forderungen nach einer ausländischen Intervention in dem südamerikanischen Land gewesen, erklärte der Generalsekretär der Kommunistischen Partei (PCV), Oscar Figuera, nach den Wahlen bei einer Pressekonferenz in Caracas. Er rief dazu auf, die Constituyente als eine Chance wahrzunehmen, „um über eine neue Gesellschaft zu diskutieren“. Der Verlauf der Abstimmung habe gezeigt, daß auch Teile der Bevölkerung, die sich nicht als „Chavistas“ verstehen, die „faschistische und terroristische Gewalt“ der Opposition ablehnen. Mehr als acht Millionen Menschen haben sich an der Wahl beteiligt. Das entspricht 41,5 Prozent aller Wahlberechtigten – und liegt nur knapp unter der Zahl der Menschen, die bei der Präsidentschaftswahl im Oktober 2012 für Hugo Chávez stimmten. Jorge Rodríguez, Bürgermeister des Innenstadtdistrikts Libertador von Caracas, erklärte deshalb, die Chavistas hätten ihre historischen Stimmenanteile zurückgewonnen, nachdem bei der Parlamentswahl 2015 nur noch gut fünf Millionen Venezolaner für das Regierungslager votiert hatten.

A. S.

Venezuelas Regierung antwortet Donald Trump

Das venezolanische Außenministerium veröffentlichte eine Erklärung zu den Drohungen von US-Präsident Donald Trump, der von einer „militärischen Option“ gegen das südamerikanische Land gesprochen hatte.

1. Die Bolivarische Republik Venezuela weist kategorisch und umfassend die unfreund-

lichen und feindseligen Äußerungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Donald Trump, vom 11. 8. zurück, in denen er mit einer Militärintervention gegen unser Heimatland droht. Diese stellen in jeder Hinsicht eine Verletzung der in der Charta der Vereinten Nationen und in den Normen des Völkerrechts festgehaltenen Ziele und Prinzipien dar, insbesondere der Festlegungen über die Drohung mit oder den Einsatz von Gewalt gegen die politische Unabhängigkeit der Staaten.

2. Die kriegstreiberischen Erklärungen von Präsident Donald Trump, die sich klar in die systematischen Aggressionen der US-Administration gegen Venezuela einfügen, stellen eine direkte Bedrohung des Friedens, der Stabilität, der Unabhängigkeit, der territorialen Einheit, der Souveränität und des Rechts auf Selbstbestimmung der Bolivarischen Republik Venezuela dar – nur einen Tag, nachdem der venezolanische Staats- und Regierungschef Nicolás Maduro Moros seinen Aufruf erneuert hat, hochrangige, gleichberechtigte und kooperative Beziehungen mit der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika auf der Grundlage gegenseitigen Respekts zu entwickeln.

3. Die erschreckende Drohung des Präsidenten Donald Trump verfolgt das Ziel, Lateinamerika und die Karibik in einen Konflikt zu stürzen, der auf Dauer die Stabilität, den Frieden und die Sicherheit unserer Region zerstören würde, die 2014 von den 33 Mitgliedsstaaten der Lateinamerikanischen und Karibischen Staatengemeinschaft (CELAC) zu einer Zone des Friedens erklärt wurde.

4. Die Bolivarische Republik Venezuela warnt die internationale Gemeinschaft einmal mehr vor der schweren Gefahr, die ihr in immer größerer Intensität droht, da die US-Administration ihren imperialen Charakter und ihre neokoloniale Ausrichtung in Unserem Amerika bekräftigt und dabei das venezolanische Volk und seine friedliche und freiheitliche Einstellung offensichtlich geringschätzt.

5. Die Bolivarische Republik Venezuela richtet einen Aufruf an die Mitglieder der internationalen Gemeinschaft und an die freien Völker der Welt, ihre klare und unzweideutige Verurteilung dieses gefährlichen Anschlags auf den Frieden und die Stabilität des amerikanischen Kontinents zum Ausdruck zu bringen. Es ist der Augenblick gekommen, an dem die internationalen Organisationen und multilateralen Foren der Region und der Welt die Gültigkeit der Normen des Völkerrechts bekräftigen und das aggressivste Vorgehen des US-Imperiums gegen das venezolanische Volk seit mehr als 100 Jahren stoppen müssen.

Wir richten einen Aufruf an alle Patrioten Venezuelas, ohne Unterschied ihrer politischen Farben oder Einstellungen, daß wir uns zur Verteidigung unseres heiligen Bodens und unseres heiligen Volkes gegen die verabscheuungswürdige ausländische Aggression vereinen.

Caracas, 12. August 2017

Arbeitskämpfe an Spaniens Flughäfen

Da konnten sie lange warten. Der Streik des Sicherheitspersonals am Flughafen La Prat der spanischen Metropole Barcelona fiel mitten in die sommerliche Hauptreisezeit. Für die Reisenden bedeutete er längere Schlangen an den Kontrollen. Für die 360 dort Tätigen gibt es gute Gründe, sich gegen ihre Arbeitsbedingungen zur Wehr zu setzen. Nur 800 bis 1100 Euro brutto tragen die Beschäftigten des international agierenden Sicherheitsunternehmens Eulen im Monat nach Hause. Beginnend mit dem 4. August setzten sie mit Warnstreiks dessen Management unter Druck. Das hatte zwar Lohnerhöhungen – für die unteren Gehaltsgruppen um bis zu 200 Euro – angeboten. Für den Lebensunterhalt wäre aber auch das in einer Region wie der katalanischen Hauptstadt kaum ausreichend. Folgerichtig lehnte eine Belegschaftsversammlung den Vorschlag mit deutlicher Mehrheit ab und kündigte an, in einen unbefristeten Ausstand zu treten. Neben mehr Geld ist eine deutliche Aufstockung des Personals eine der zentralen Forderungen des revoltierenden Personals an den Checkpoints von La Prat. Mit der Zunahme des Tourismus und der Billigfliegerei haben besonders in Barcelona die Passagierzahlen abgehoben. Zwischen 2009 und 2016 schnellte das Aufkommen um 60 Prozent empor. Die Zahl der Kontrolleure hingegen wurde um mehr als

ein Viertel reduziert – eine massive Arbeitsverdichtung ist die Folge.

Der Kampfansage der Beschäftigten vorausgegangen waren erfolglose Vermittlungsversuche unter Beteiligung von Vertretern der katalanischen und der Madrider Regierung. Letztere rief nun – zum „Schutz der öffentlichen Sicherheit“ und unter Rückgriff auf ein Gesetz aus der Zeit der Franco-Diktatur – die paramilitärische Guardia Civil nach La Prat. Die Beamten sollten dafür sorgen, daß es trotz des Ausstands bei der Kontrolle von Passagieren und Gepäck flüssig zugeht. Den Streikenden sollten die Instrumente gezeigt werden, obwohl gerade mal zehn Prozent der Eulen-Angestellten nach den geltenden Regeln tatsächlich zur selben Zeit die Arbeit niederlegen dürfen. Für die längeren Wartezeiten der Passagiere ebenso verantwortlich waren gerade neu eingeführte Sicherheitsbestimmungen der EU, die an vielen Airports zunächst für größere Staus sorgten. Arbeitskämpfe von unzufriedenem Sicherheitspersonal sahen in diesen Wochen auch die spanischen Flughäfen von Santiago de Compostela und A Coruña. Sie sind auch eine Folge der in Spanien durchgesetzten Privatisierungen bei den Flugsicherheitskontrollen. Ohnehin kommt die Erholung der Wirtschaft, weitgehend einer Zunahme des Tourismus zu verdanken, nur wenigen nachhaltig zugute. Fast alle Jobs sind auf

Wochen oder Monate befristet, fast immer sind die Löhne miserabel.

Die Ausstände in Barcelona gaben das Signal für breite Arbeitskämpfe in der gesamten Branche. Mehrere Gewerkschaftsverbände kündigten Mitte August für den Herbst und Winter eine Serie von Streiks an. Die UGT und die Comisiones Obreras ebenso wie die kleinere Organisation USO und die Vertretung der öffentlich Angestellten CSIF wollen auch für die Angehörigen des Bodenpersonals und der Flughafenfeuerwehren, für Elektriker, Techniker und Servicekräfte Lohnerhöhungen erkämpfen, welche den Verlust an realer Kaufkraft in den vergangenen Jahren mindestens ausgleichen. Ihr Aufruf richtet sich an 8200 Beschäftigte der Gruppe Aena, die der größte Betreiber von Flughäfen weltweit ist und allein in Spanien bei 46 Regie führt. 230 Millionen Passagiere wurden auf diesen im vergangenen Jahr abgefertigt. Den internationalen Flughafen „José Martí“ der kubanischen Hauptstadt Havanna, den die Gesellschaft gern im Portefeuille gehabt hätte, schnappten ihr allerdings im vergangenen Jahr zwei französische Unternehmen vor der Nase weg. Das politische Chaos in Madrid hatte daran seinen Anteil. Seit 2015 kontrolliert der spanische Staat Aena nur noch zu 51 Prozent. Seitdem wirft sie für ihre Aktionäre und den Finanzminister dicke Gewinne ab, Tendenz weiter steigend.

Unter dem Dach der Gesellschaft ist auch die öffentliche Flugverkehrskontrolle Enaire angesiedelt. An mehr als einem Dutzend spanischer Flughäfen wurde zur Reduzierung von Kosten die Arbeit der Fluglotsen allerdings bereits privaten Dienstleistern übertragen. Neben mehr Geld in den Portemonnaies fordern die Gewerkschaften außerdem, daß Aena an den spanischen Standorten 700 neue Jobs schafft. Mit ihren Salärs unzufrieden sind nicht nur die einfachen Angestellten des Unternehmens. Auch Aena-Präsident José Manuel Vargas Gómez, der die Gesellschaft international noch stärker auf Expansionskurs sehen möchte, und leitende Manager beklagen sich öffentlich. Wegen fortwirkender Regeln aus der Zeit als rein öffentliches Unternehmen müssen sie sich mit lediglich sechsstelligen Jahreseinkommen begnügen, statt wie andere Konzernbosse Millionen einzustreichen. Etliche Spitzenkräfte wechselten bereits zur Konkurrenz oder wurden abgeworben. So hat auch hier jeder sein Kreuz zu tragen.

Peter Steiniger

REVOLUTION HAT ZUKUNFT!

1917 - 2017 ★ 100 JAHRE
ROTER OKTOBER

Sa, 21.10.17

Berlin  Einlass 11:30 Uhr

Konferenz 13:00 bis 19:00 Uhr

Kulturprogramm

Podiumsdiskussion

Konzert 19:30 bis 22:00 Uhr

Bejarano & Microfone Mafia
Achim Bigus
Free Willy
Gina Pietsch
Erich Schaffner
Singegruppe Rotfuchs

Babylon | Rosa-Luxemburg-Straße 30 | Berlin Veranstalter: **DKP RotFuchs SDAJ**

Unterstützer: Bundesverband Arbeiterfotografie • Deutscher Freidenker Verband • Freundeskreis Ernst-Thälmann-Gedenkstätte • GRN • Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung • KI Gera 2010 • KPD • Marx-Engels-Stiftung • OKV • Revolutionärer Freundschaftsbund e.V. • Rote Hilfe

Konferenz 5,- Euro | Konzert 6,- Euro | Kombikarte 10,- Euro



Herzliche Glückwünsche an

Monika Kauf

die am 19. Oktober ihren 70. Geburtstag begeht. Als engagiertes Mitglied hat Monika von Beginn an im Versandkollektiv mitgewirkt, damit der „RotFuchs“ jeden Monat pünktlich zu seinen Lesern gelangte. Vielen Dank, liebe Monika, und alles Gute!

Die letzten Wochen vor der Oktoberrevolution (6)

Sowjets verändern ihre Zusammensetzung

Seit der Niederschlagung des Kornilow-Putsches im August 1917 hatten sich die Volksmassen Rußlands mehr und mehr davon überzeugt, daß weder die Provisorische Regierung noch die Menschewiki und Sozialrevolutionäre ihre Forderungen nach Frieden, Land und Brot erfüllen wollten. Es wurde für sie immer deutlicher, daß nur die Partei der Bolschewiki ihre Interessen vertrat. Das führte zu einer Kräfteverschiebung in den wichtigsten Sowjets, vor allem in Petrograd und Moskau, in denen bis Ende September die Bolschewiki die Mehrheit errangen.

Die Konterrevolution

Um der herannahenden Revolution entgegenzutreten, setzte die am 8. Oktober neugebildete dritte Provisorische Regierung, in der die Bourgeoisie 11 von 17 Ministern stellte, alle Hoffnungen erneut auf die Errichtung einer Militärdiktatur. Sie zog in der Nähe der Hauptstadt Petrograd ihr ergebene Kosakenregimenter zusammen. Die revolutionär gesinnten Truppenteile der Petrograder Garnison sollten abgezogen werden. An der Front wurden Truppenverschiebungen vorgenommen, um die revolutionären Regimenter einzukreisen und zu entwaffnen. General Kornilow und seine Putschoffiziere galten zwar als inhaftiert, in Wirklichkeit konspirierten sie mit den Frontgeneralen und arbeiteten einen neuen Plan für einen Militärputsch aus.

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki unternahmen ebenfalls einen Versuch, die anwachsende revolutionäre Bewegung zu unterlaufen. Sie griffen zum Betrug und beriefen statt des fälligen Sowjetkongresses, auf dem die gewählten Vertreter der Arbeiter, Bauern und Soldaten aus allen Teilen des Landes ihre Politik nicht mehr unterstützt hätten, eine gesamtrossische Beratung ein. In diesem zusammengezimmerten Gebilde, das vom 27. September bis 5. Oktober in Petrograd tagte, waren die gewählten Vertreter der Sowjets in der Minderheit.

Der Aufstand wird vorbereitet

Durch diese Politik wurde die von Lenin und den Bolschewiki angestrebte friedliche Veränderung der Machtverhältnisse zugunsten des Volkes unmöglich gemacht. Die Provisorische Regierung stellte den Forderungen des Volkes nach Frieden, nach Beseitigung des Hungers und nach Übergabe des Bodens der Grundbesitzer an die Bauern ihre hektischen Vorbereitungen eines zweiten Kornilowputsches entgegen und beschwor damit eine Zuspitzung der Lage herauf. Auf der anderen Seite war ein ungeheurer Aufschwung der revolutionären Stimmung der Massen der Arbeiter, Bauern und Soldaten nicht mehr zu übersehen.

In dieser Situation schrieb Lenin zwei Briefe an das Zentralkomitee und an das Petrograder und Moskauer Parteikomitee der Bolschewiki. In diesen Briefen begründet er

nach einer umfassenden Analyse der Politik der verschiedenen Klassen und der entstandenen Lage, daß ein Ausweg aus der entstandenen Situation jetzt nur noch in der Organisierung des Aufstandes liegt.

Lenins Briefe wurden am 28. September im Zentralkomitee beraten und danach den größten Parteiorganisationen zugeleitet. Von dieser Zeit an begannen die Vorbereitungen für den Aufstand: Die Militärorganisation beim Zentralkomitee wurde beauftragt, die Bildung neuer Abteilungen der Roten Garde in den Fabriken zu beschleunigen; in der Baltischen Flotte begannen die Vorbereitungen für den Aufstand; an der Front wurden kampffertigere Einheiten ausgewählt, die die Arbeiter Petrograds unterstützen sollten.

Lenin kehrt nach Petrograd zurück

Am 20. Oktober kehrte Lenin auf Beschluß des Zentralkomitees der SDAPR (B) aus der Emigration nach Petrograd zurück. Drei Tage später fand eine Sitzung des ZK statt, auf der er die gegenwärtige Lage beschrieb und die Annahme einer Resolution vorschlug, welche die Vorbereitung der Machtübernahme durch das Volk beinhaltete.

Lenin wies in seiner Rede darauf hin, daß die russische Bourgeoisie und die Regierung alle Maßnahmen ergreifen würden, Petrograd den Deutschen auszuliefern, um damit ihre Herrschaft zu retten.

Andererseits wachse das Vertrauen der Bevölkerung zu den Bolschewiki. Arbeiter, Bauern und Soldaten folgten den Forderungen der Partei nach sofortiger Beendigung des Krieges, nach Übergabe des Gutsbesitzlandes in die Hände der Bauern und nach Übernahme der Macht durch die Sowjets.

Einen Beweis für das wachsende Vertrauen des Volkes zur Politik der Bolschewiki lieferten die Sowjetkongresse, die zu dieser Zeit im ganzen Land stattfanden. So erklärte z. B. der Kongreß des Wolgagebietes: „Die Macht, die sich in den Händen der Konterrevolutionäre ... befindet, beschwört ... die Gefahr eines Bürgerkrieges herauf. In Anbetracht dessen fordert der Gebietskongreß, ... sich notwendigenfalls mit ganzer Kraft zur Eroberung der Macht zu erheben.“

Die Resolution wird angenommen

Die von Lenin vorgeschlagene Resolution wurde mit zehn gegen zwei Stimmen angenommen. Kamenew und Sinowjew stimmten mit der Begründung dagegen, daß die Arbeiter Rußlands nicht fähig seien, die sozialistische Revolution durchzuführen.

In den folgenden Tagen machten sich viele Parteiorganisationen des Landes mit der ZK-Resolution vertraut und beschlossen, danach zu handeln. Dieses einheitliche, auf die Errichtung der Macht des Volkes gerichtete Tun wurde möglich, weil es enge Verbindungen des ZK zu den örtlichen Parteiorganisationen gab. Führende Bolschewiki sprachen in allen Gouvernements des europäischen Rußlands und in Sibirien. Außerdem schrieb das ZK in den Wochen

vor der Revolution mehr als 550 Briefe an die Parteiorganisationen, in denen die Lage analysiert und die Aufgaben erklärt wurden.

Die Regierung will den Bürgerkrieg

Die Provisorische Regierung versuchte, ihrem unverkennbar näherrückenden Sturz zuvorzukommen. Sie beorderte Angehörige von Fähnrichs- und Offiziersschulen und die Gardeartillerie nach Petrograd, versetzte Militärschulen und städtische Miliz in volle Kampfbereitschaft, verstärkte die Bewachung öffentlicher Gebäude. Es wurden Befehle erlassen, die Massenaktionen in den Straßen Petrograds verboten.

Eine Zeitung schildert die Lage in Petrograd am 4. November so: „Die Stadt ist voller Offizierschüler, an wichtigen Punkten sind Geschütze und Maschinengewehre in Stellung gebracht. In aller Eile wird eine Bürgergarde aufgestellt. Rings um Petrograd sind Kosakeneinheiten zusammengezogen ...“

In einer Sitzung der Regierung am 30. Oktober erklärten viele Minister: „Man darf nicht länger warten!“ und schlugen vor, „die Aktion auszulösen und zuzuschlagen“. Andere schwankten. Kriegsminister Werchowski erklärte, „aktiv werden können wir nicht ... Ich kann der Provisorischen Regierung keine reale Kraft zur Verfügung stellen und bitte daher um meinen Rücktritt.“

Bürgerliche Politiker des Auslands forderten in dieser Situation von ihren Ländern Hilfe für die Provisorische Regierung. So schlug der USA-Botschafter in Rußland, Francis, seiner Regierung vor, zwei oder mehr Armee-Divisionen über Wladiwostok oder Schweden zu Hilfe zu schicken.

Der Aufstand beginnt

Am 6. November 1917 herrschte in Petrograd eine gespannte Atmosphäre. Die Provisorische Regierung schickte Telegramme an die Front, in denen sie ihr ergebene Truppen anforderte, während die Revolutionäre die Zugänge nach Petrograd bewachten und keinen Truppenteil, der nicht seine Treue zur Revolution bekannte, in die Stadt einließen. W. I. Lenin stand von seinem illegalen Quartier aus mit dem Smolny, in dem das Zentralkomitee der Bolschewiki und das Revolutionäre Militärkomitee arbeiteten, durch Boten in Verbindung. Im Verlaufe des 6. November schickte er dreimal Briefe in den Smolny, in denen er die Notwendigkeit der sofortigen Machtübernahme durch das Volk begründete. „... die Sache ist unbedingt heute abend oder heute nacht zu entscheiden. Eine Verzögerung wird die Geschichte den Revolutionären nicht verzeihen, die heute siegen können (und heute bestimmt siegen werden), während sie morgen Gefahr laufen, vieles, ja alles zu verlieren“, hieß es in einem der Briefe.

Zwischen 20 und 22 Uhr begannen die Arbeiterbataillone und die revolutionären Truppen, die wichtigsten Punkte der Hauptstadt zu besetzen. Im Smolny wurde eine etwa 1500 Mann starke Abteilung der Roten Garde konzentriert.

Lenin trifft im Smolny ein

Am späten Abend des 6. November verließ Lenin seine illegale Wohnung und begab sich zum Smolny, wo er gegen 23 Uhr eintraf. Seine Ankunft wurde unverzüglich allen Bezirken, Regimentern und Betrieben mitgeteilt. Das war notwendig, weil viele Arbeiter, Soldaten und Matrosen darauf warteten, daß Lenin erschien und sich an die Spitze des Aufstandes stellte.

Ein Teilnehmer der Revolution schrieb über diesen Augenblick: „... aus allen Enden Petrograds zogen Führer von Rotgardistenabteilungen, von aufständischen Truppenteilen zu Lenin, alle wollten sich davon überzeugen, daß Lenin mit ihnen war, wollten eine Weisung von ihm persönlich entgegennehmen.“

Inzwischen breitete sich der Aufstand aus. Mehr als 100 000 arbeitende Menschen erhoben sich in Petrograd gegen die Bourgeoisie.

Die Arbeiter, Soldaten und Matrosen besetzten die Regierungsinstitutionen, die Brücken, die Bahnhöfe, Elektrizitätswerke, kommunale Betriebe und die wichtigsten Einrichtungen des Fernmeldewesens. Spät in der Nacht wurden das Hauptpostamt und am 7. November 6.30 Uhr die Staatsbank besetzt.

Die Provisorische Regierung

Der Versuch der Konterrevolutionäre, die Militär- und Offizierschüler in den Kampf einzubeziehen, mißglückte, weil sie entwaffnet wurden, noch bevor sie in die Auseinandersetzung eingreifen konnten.

Die Lage der Provisorischen Regierung im Winterpalast war ausweglos. Alle Zugänge zum Palast wurden durch revolutionäre Arbeiter und Soldaten kontrolliert. Am Morgen des 7. November erhielt die Provisorische Regierung ein Telegramm, in dem der Befehlshaber des Militärbezirks u. a. mitteilte:

„Befehle werden nicht befolgt. Offizierschüler geben ihre Wachen widerstandslos auf. Kosaken sind trotz mehrerer Befehle noch nicht aus ihren Kasernen ausgerückt.“

Der Sturm auf den Winterpalast

Gegen 18 Uhr war die Einkreisung des Winterpalastes und des Stabes des Petrograder Militärbezirks beendet. Etwa 20 000 Rotgardisten, Matrosen und Soldaten waren zum Angriff bereit.

Um 21.45 Uhr feuerte der Kreuzer „Aurora“ einen Blindschuß aus seinem Geschütz ab. Das war das Signal für den allgemeinen Sturm, der wenig später begann.

Um 2.10 Uhr war der Palast in den Händen der Aufständischen, die Minister der Provisorischen Regierung waren verhaftet. Der Aufstand des revolutionären Petrograd hatte mit einem Sieg der Arbeiter, Bauern und Soldaten geendet. (gestützt auf UZ)

Gemeinsam gegen drohenden Faschismus und Krieg 1932: Ernst Thälmann spricht in Paris

Vor 85 Jahren, am Abend des 31. Oktober 1932, fand in Paris im Saal Bullier eine Veranstaltung der Kommunistischen Partei Frankreichs zum 15. Jahrestag der Oktoberrevolution statt.

Überraschend teilte der Leiter des Meetings den Versammelten mit, daß der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands, Ernst Thälmann, anwesend sei und sprechen werde.

Thälmann war nach Paris gekommen, um „Zeugnis abzulegen für den proletarischen Internationalismus, für die unverbrüchliche Solidarität und die enge brüderliche, kameradschaftliche Verbundenheit der deutschen und französischen Arbeiter“, wie er zu Beginn seiner Rede ausführte. Er prangerte die Aufrüstung des deutschen und französischen Imperialismus an und schilderte, mit welchen Methoden das deutsche Monopolkapital daranging, die Nazi-Partei zur Regierungspartei zu machen, und erläuterte die Ziele des Hitlerfaschismus.

Da sich zur gleichen Zeit auch in Frankreich Kräfte regten, die ebenfalls die Errichtung einer offen terroristischen Diktatur der reaktionärsten Kräfte des Monopolkapitals anstrebten, stieß sein Aufruf zum gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind bei den anwesenden französischen Arbeitern auf große Zustimmung.

„Nur gemeinsam können wir erfolgreich den Kampf gegen die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges führen und durch den Sieg der Arbeiterklasse die Geißel des imperialistischen Krieges von den Massen nehmen ...

Wir wollen uns für Gegenwart und Zukunft, angesichts der erneut stärker denn je angewachsenen Gefahr des Krieges, auf den sich die Imperialisten Frankreichs und

Deutschlands vorbereiten, immer wieder das große Wort Karl Liebknechts vor Augen führen: ‚Der Feind steht im eigenen Land!‘“, erklärte Thälmann.

Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Frankreichs, Maurice Thorez, verwies in seiner Ansprache auf die historische Bedeutung des Auftretens Ernst Thälmanns vor den französischen Arbeitern, die sich schon bald in der noch stärkeren Zusammenarbeit der beiden kommunistischen Parteien widerspiegelte. Gemeinsam mit anderen kommunistischen Parteien europäischer

Länder beschlossen die Kommunisten Frankreichs und Deutschlands im Dezember 1932, sich bei Streiks, bei Wahlen und anderen Aktionen noch stärker zu unterstützen, gemeinsam gegen die wachsende Kriegsgefahr zu kämpfen, die Hetze gegen die Sowjetunion entschieden zurückzuweisen, Delegationen auszutauschen und alle Bewegungen und Initiativen zu unterstützen, die der Annäherung der Völker, der Entlarvung und Bekämpfung des Faschismus dienen.

RF-Archiv



Titelseite der „l'Humanité“ vom 1. November 1932 mit dem Bericht über das Auftreten Ernst Thälmanns am Vorabend vor 15 000 Arbeitern im Saal Bullier in Paris

Die Staatskapelle Dresden besuchte die Sowjetunion (1963)

Konzertreise zu Freunden

Wenn man nach einigen Wochen die Erinnerungen an eine Konzertreise an sich vorüberziehen läßt, so stellt man fest, daß das Gedächtnis schon eine gewisse Auswahl getroffen hat. Was bleibt, sind jene Erlebnisse, deren man sich auch nach Jahren noch entsinnt, die den eigentlichen Wert einer solchen Reise ausmachen, und jene Beobachtungen, die Bestätigung für oft Gelesenes und Gehörtes sind.

Natürlich drängen sich zuerst Erinnerungen auf, die am unmittelbarsten mit der Tournee zusammenhängen: Konzerterlebnisse in Moskau und Leningrad, in Riga und Vilnius, in Kaunas und Minsk. Beim Besinnen auf die einzelnen Konzerte fällt als wesentlichste Beobachtung auf, daß es schwer wäre, etwa das eine oder das andere in der Bedeutung hervorzuheben. Alle zehn Konzerte der Staatskapelle hatten in Intensität und Wirkung jene Spannung, die ein Konzert über das bloße Ereignis hinaushebt und es zu einem nachhaltigen Erlebnis werden läßt. Es ist dies in erster Linie das Verdienst Otmar Suitners.

Natürlich hatten die beiden ersten Konzerte in Moskau – im Kongreßsaal des Kremlpalastes vor 6000 Menschen und im Großen Saal des Moskauer Konservatoriums vor 1400 – jenes Fluidum eines festlichen Ereignisses, das sich durch die Anwesenheit vieler Diplomaten und hervorragender Vertreter des kulturellen Lebens in der Hauptstadt eines so bedeutenden Landes beinahe wie von selbst einstellt. Es soll auch nicht verschwiegen werden, daß die Staatskapelle und ihr Chefdirigent diesen ersten Konzerten mit einer verständlichen Nervosität entgegensehen. Galt es doch für die Staatskapelle, in diesem Land, in seiner Hauptstadt, die – wie Suitner wiederholt betonte – heute ein kulturelles Zentrum der Welt ist, eine neue Bewährungsprobe abzulegen. Daß beide, Dirigent und Orchester, diese Bewährungsprobe glänzend bestanden haben, zeigt das Echo bei Publikum und Presse. In Gesprächen wurden oft Vergleiche mit der Konzertreise der Wiener Philharmoniker unter Herbert von Karajan angestellt. Sie fielen nicht nur aus Höflichkeit zugunsten der Dresdner aus, und es wurde oft erwähnt, daß die Wiener zwar in den Zentren große Leistungen gezeigt, dafür aber in der „Provinz“ merklich nachgelassen hätten.

Bewunderung und Sympathie errangen die Musiker in allen Städten mit ihren Programmen, die bewußt auf besondere Publikumswirksamkeit verzichteten, die aber zeigten, wie souverän die Staatskapelle und ihr Chef alle Stile und Epochen der Musik beherrschten. Haydn: Sinfonie Nr. 88, Eisler: Kleine Sinfonie, Strauß: Till Eulenspiegel und Schubert: 7. Sinfonie umfaßte

das erste Programm und Meyer: Sinfonie für Streicher, Mozart: Sinfonie Nr. 39 und Brahms: 4. Sinfonie waren im zweiten Programm zu hören. Das zweite Konzert in Moskau besuchte David Oistrach. Dieser große Künstler, dessen Bescheidenheit und Liebenswürdigkeit immer wieder auffallen, fand besonders herzliche Worte der Anerkennung für das Werk Ernst Hermann



Chefdirigent Otmar Suitner in Aktion

Meyers. Er beglückwünschte Suitner, daß er gerade „dieses interessante und wertvolle Werk“ für die Sowjetunion ausgewählt habe. Später schrieb Oistrach in „Sowjetskaja Kultura“, daß sich die Interpretation der Mozartsinfonie durch zahlreiche „Offenbarungen“ ausgezeichnet habe und daß er sich nicht entsinnen könne, jemals eine so gefühlvolle und authentische Wiedergabe der Brahms-Sinfonie gehört zu haben.

Wir fragten Oistrach nach seinen Plänen. Wenn es nach den Konzertveranstaltern ginge, wäre er ununterbrochen auf Reisen. Er hat aber seine Meisterklasse am Moskauer Konservatorium, die ihm sehr ans Herz gewachsen ist und von der er mit Stolz spricht. Wir konnten uns durch einen Besuch in dieser Klasse davon überzeugen, daß hier wirklich künftige Meister heranwachsen. Drei Studenten, die vorspielten, darunter eine 16jährige Studentin, erregten Bewunderung und den Wunsch, den einen oder den anderen bald in unserem Lande zu hören. Wichtig für uns ist, daß David Oistrach im Oktober 1963 zu den Berliner Festtagen in unsere Hauptstadt kommen wird und daß er sich unter dem Eindruck des Konzerts entschloß, seinen Aufenthalt zu verlängern, um in Dresden mit der Staatskapelle zu musizieren. Vielleicht erleben wir den großen Geiger auch bald als Dirigenten. Er sprach davon, daß er jetzt öfter dirigieren wolle. Hoffen wir, daß sich sein Plan verwirklichen läßt, der halb im Scherz und halb im Ernst besprochen wurde: ein Konzert der Dresdner Staatskapelle mit Oistrach als Dirigent und mit Suitner, der früher als Pianist

internationale Anerkennung genoß, als Solist.

Besonders aufgefallen sind uns die überall liebevoll gepflegten Konzertsäle und das musikverständige Publikum, das auch nach zwei Zugaben, die das Konzert auf fast drei Stunden ausdehnten, noch nicht gehen wollte. Der schönste der Konzertsäle war der der Leningrader Philharmonie. Hier waren die Dresdner in ihrem Element. Sie wußten die herrliche Akustik des Saales zu nutzen und musizierten mit größter Hingabe. Mrawinski, der berühmte Chef der Leningrader Philharmonie, beglückwünschte Suitner mit herzlichen Worten „zu diesem herrlichen Instrument, das einmal mehr bestätigt hat, daß es zu den besten Orchestern der Welt gehört“. Anregend verlief ein Empfang in der Botschaft der DDR in Moskau. Wie von selbst ergab sich ein Gespräch über den kulturellen Austausch zwischen unseren Ländern. Unser Gesprächspartner, der Stellvertretende Außenminister der UdSSR, Semjonow, zeigte so tiefes Verständnis für unsere Probleme,

daß wir die Gelegenheit benutzten, um zu erläutern, wie wichtig es für die DDR in der jetzigen Situation sei, die besten und prominentesten Künstler der Sowjetunion immer wieder zu Gast zu haben. Er sagte zu, daß er seinen Einfluß in dieser Hinsicht in Zukunft stärker als bisher geltend machen würde. Sicher wird es nun möglich sein, daß der oft verschobene Besuch Swjatoslaw Richters bald erfolgt.

Die 110 Teilnehmer der Tournee werden diese Reise im Gedächtnis bewahren. Das Land und seine Menschen, von denen uns 24 000 als Konzertbesucher begegnet sind, hat bei allen tiefe Eindrücke hinterlassen, von denen die Herzlichkeit, Aufrichtigkeit und Menschlichkeit der Begegnungen an erster Stelle stehen. Die Staatskapelle Dresden und ihr Chefdirigent, Generalmusikdirektor Otmar Suitner, können aber auch mit Stolz für sich in Anspruch nehmen, daß sie den Auftrag der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, von der liebevollen Pflege der kulturellen Traditionen in unserer Republik in der befreundeten Sowjetunion Zeugnis abzulegen, in Ehren erfüllt haben.

Diese Reise in die Sowjetunion, mit der ein langgehegter Wunsch der Staatskapelle in Erfüllung ging, wird einen besonderen Platz in der über 400jährigen Geschichte dieses hervorragenden Orchesters einnehmen. Für ihre großen Leistungen während der Tournee gebühren der Staatskapelle Dresden und ihrem Dirigenten Otmar Suitner höchstes Lob und dankbare Anerkennung.

R. T.

(Aus „Sonntag“, 13/1963)

Das Prinzip der universalen Befreiung der Menschheit

Am 7. November 1957 hat der Zürcher Marxist Konrad Farner (1903–1974) auf einer Versammlung der Zürcher Partei der Arbeit das der Oktoberrevolution 1917 zugrundeliegende Prinzip der universalen Befreiung der Menschheit herausgearbeitet. Die Erinnerung an seinen in der Handschriftenabteilung der Zürcher Zentralbibliothek überlieferten Text möge der Vergiftung durch die in den Leitmedien des herrschenden Systems aufbereiteten Deutungen entgegenwirken.

Gerhard Oberkofler

Wohl ist auch diese Revolution ein historisches Ereignis unter unzähligen andern Ereignissen, ist auch diese Revolution eine der großen Revolutionen, die die Welt erschütterten – und es bedeutet nicht Willkür oder Überheblichkeit, wenn die sozialistischen Historiker sie als die „Große Russische Revolution“ betiteln, wobei die Pronomen eben groß geschrieben werden, gleich der „Großen Französischen Revolution“ des 18. Jahrhunderts, die von den bürgerlichen Geschichtsschreibern auch so bezeichnet wird, gleich der Revolution Cromwells (1599–1658) im 17. Jahrhundert, die in England ebenfalls das schmückende Beiwort „Groß“ trägt – ein jeder Stand, eine jede Klasse, eine jede Nation ehrt das ihrige mit einem Epitheton.

Ist jedoch die Große Englische Revolution als der politische Durchbruch des Bürgertums vorab ein Ereignis der britischen Inseln, ist die Große Französische Revolution des Jahres 1789 in der Hauptsache eine Begebenheit des europäischen Kontinents und ebenfalls ein Politikum der bürgerlich kapitalistischen Klasse, so ist die Große Russische Revolution von 1917 weit mehr. Zwar ist auch sie die Revolution einer Klasse, der Arbeiterklasse, aber diese Klasse will nicht nur die eigene Klasse verwirklichen, sondern ihr Ziel ist, ihre eigene Klasse durch die Verwirklichung aufzuheben, um zuletzt eine Gesellschaft ohne Klassen aufzurichten.

Und ebenfalls ist diese Revolution eine nationale, eben eine russische Revolution, aber sie will zugleich das Fanal zu einer Welt-Revolution, eine Revolution für alle Arbeiter und für alle Völker und für alle Kontinente sein. Noch mehr: Diese Große Sozialistische Oktoberrevolution ist nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ anderer Art als all die vorherigen Revolutionen. Sie will nicht nur im Namen aller Völker und Nationen siegen, also im Namen der ganzen Welt, nicht nur im Namen der Arbeiterklasse, sondern sie will im Namen aller Menschen, der ganzen Menschheit sprechen. (...)

Vordem war das Volk in der Hauptsache Objekt der politischen Handlung, wenn auch wichtigstes Objekt, war es Mittel zum Zweck, indem es einer herrschenden Klasse diente, gleichgültig ob als Sklave oder Gefangener in der Antike, ob als Leibeigener und Höriger im Mittelalter, ob als Proletarier und Lohnarbeiter in der Neuzeit, gleichgültig ob als Stammesvolk unter dem Stammesfürsten,

als Landesvolk unter dem Landesfürsten, ob als Wähler in der bürgerlichen Nation mit parlamentarischer Demokratie, die im Grunde nur ein Klassenregiment aufrechterhält, dasjenige der Bourgeoisie. Jetzt aber soll durch diese Oktoberrevolution erstmals das Volk als Gesamtheit nicht nur politisch-formal, sondern auch sozial-inhaltlich, also im direktesten Sinne des Wortes vollinhaltlich der Maßstab der gesellschaftlichen Werte werden. Vordem war die Arbeit des Menschen in der Hauptsache eine mehrwerterzeugende Leistung der Mehrheit zugunsten einer Minderheit; jetzt soll sie durch diese Oktoberrevolution erstmals eine mehrwerterzeugende Leistung aller für alle werden, und der Mehrwert wäre zuletzt nur noch direkter Wert.

Noch mehr: Vordem waren die wichtigsten Produktionsmittel im Besitz weniger, die sie scheinbar im Interesse aller handhabten, während das Interesse der wenigen doch das Primat gegenüber dem Allgemeininteresse beanspruchte und auch besaß. Jetzt soll dieses Interesse in jeglichem Ausmaß allein das Interesse der Gemeinschaft werden. Vordem waren Grund und Boden in der Hauptsache Privateigentum, Objekt individuellen Gewinnstrebens. Jetzt soll nach dieser Oktoberrevolution erstmals seit der Frühzeit des Menschen das Privateigentum an Grund und Boden aufgehoben und dem individuellen Gewinnstreben, der privaten Macht und Willkür und Spekulation entzogen werden.

Noch mehr: Vordem waren Grenzen der Produktionskräfte durch die Interessen der sie besitzenden und dirigierenden, also der herrschenden Klassen gezogen, gleichgültig, ob es sich um die Ausweitung oder um die Einschränkung dieser Kräfte handelte. Jetzt sollen durch diese Oktoberrevolution alle Grenzen, die Privat- und Klasseninteressen gezogen, aufgehoben werden – ein angesichts der modernen Nuklearenergie und der Raumfahrt immens wichtiger, wenn nicht der wichtigste Faktor für die künftig ungehinderte Entwicklung der Technik und der Wirtschaft. So vereinigen sich in direktester Nachfolge der Großen Russischen Revolution von 1917 wie noch nie in der bisherigen Menschheitsgeschichte die quantitativ weitgreifendsten und qualitativ tiefgreifendsten geschichtlichen und gesellschaftlichen Energien, um eben die Menschheitsgeschichte in einem Maße vorwärtszutreiben, wie sie die Geschichte noch nie erlebt. Erstmals werden alle Völker und Rassen über alle Bekenntnisse und Hautfarben hinaus ergriffen; erstmals werden alle Länder und Staaten über alle Gebirge und Meere hinweg erfaßt, werden sie, ob ökonomisch und sozial und politisch fortgeschritten oder rückständig, in das gleiche Kraftfeld hineingestellt, gleichgültig, ob sie diese neue Zentralkraft anerkennen und selber erweitern, oder ob sie diese negieren und mit voller Energie bekämpfen, gleichgültig, ob sie von ihr wissen oder ob sie abseits zu stehen vermeinen. Dieses Kraftfeld überlagert nun

unweigerlich die Kontinente, die ganze Welt, und es steht, seiner alles überlagernden Natur gemäß, im Mittelpunkt aller gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der Gegenwart. Es erfaßt das Weltproletariat als das heute treibende menschliche Element, es erfaßt die fortgeschrittene Nukleartechnik mitsamt der die bisherigen Raumgrenzen überwindenden Welt-Raketen, es erfaßt die modernste Weltanschauung, die die Gesetze der Menschheitsentwicklung wissenschaftlich erkennen und sie planmäßig im größten Maßstab auf die Zukunft anwenden will. (...)

Erstmals wird das Wagnis im großen Maßstab unternommen, den uralten Traum der Menschheit zu verwirklichen, den Traum von einer menschlichen Gesellschaft, die dem einzelnen wie auch der Gemeinschaft in natürlicher Wechselwirkung die Ordnung und den Raum zuspricht, die innere und äußere Freiheit ermöglicht, sein Können zugunsten seiner selbst und zugleich aller freisetzt.

Ich sage ausdrücklich: es wird das Wagnis unternommen. Aber nur schon der Beginn in solch riesigem Maßstab ist heroisch. Denn es ist der bewußte Beginn dessen, daß nur der Mensch selber es sein kann, der diese menschliche Gesellschaft ordnet. Es ist der bewußte Beginn dessen, daß nur der Mensch selber die menschliche Geschichte tätigt, daß nur der Mensch selber das Reich des Menschen als alles erfassende *Communio* aufrichtet. Es ist der bewußte Beginn dessen, daß der Mensch, der die Götter und Gott in historischer Notwendigkeit angenommen, diese oder diesen nun wieder in ebensolcher historischer Notwendigkeit verlieren wird – wie sagt doch Thomas Mann (1875–1955): „Den Göttern opferte man, und zuletzt war das Opfer der Gott!“ Es ist der bewußte Beginn dessen, daß der Mensch durch eigene Kraft die ungeheuerliche Selbstentfremdung, die über ihn gekommen, aufheben kann, daß er also die ihm gegebene Menschlichkeit wieder finden wird. Es ist der bewußte Beginn dessen, daß das Pflücken des Apfels vom Baum der Erkenntnis nicht falsch, sondern richtig war, und daß erst noch das verlorene Paradies wieder betreten wird, ein Paradies allerdings, das nicht nur den einen, sondern unzählige Bäume der Erkenntnis zu eigen nennt. Es ist der bewußte Beginn all dessen.

Es ist also Wagnis und bewußter Beginn zugleich. Zwar ist dieses Wagnis als solches nicht erstmalig, aber es ist neuartig. Es ist neuartig, weil es die gesamte Welt erfaßt und den herkömmlichen Raum sogar erweitert, in physischer und in psychischer Hinsicht; neuartig auch, weil es allein mit eigener menschlicher Kraft unternommen wird. Nicht mehr die Götter oder ein Gott, die Geister oder ein Weltgeist werden angerufen, nein, der Mensch allein macht sich zum Titan, um die Welt zu ändern – jedoch nicht mehr mit ertümlischer, chaotischer Gewalt wie die Kinder des Uranos, sondern mit gebändigter, planmäßig gelenkter und wissenschaftlich geleiteter Kraft.

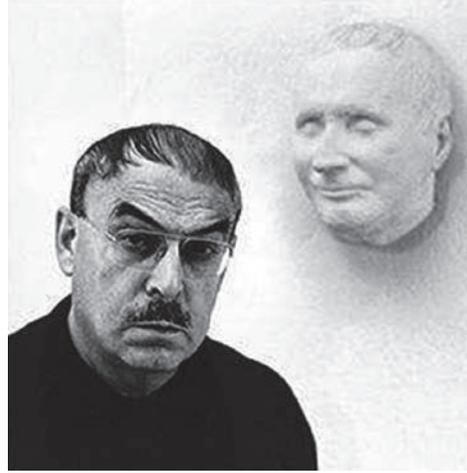
Noch mehr: Wurde durch Kopernikus (1473–1543) die Erde aus dem Mittelpunkt der Welt gerissen, wurde durch Marx (1818–1883) der Mensch aus dem Mittelpunkt Gottes gerissen, so wird jetzt durch die Oktoberrevolution und deren Nachfolge der Mensch wohl in den Mittelpunkt seiner selbst gestellt, zugleich aber dieser Mensch wiederum als nur die eine Möglichkeit unter unzähligen des Weltraumes gesichtet. Die Welt-Rakete sprengt auch hier alle bisherigen Grenzen, und die Stellung des Menschen ist von neuer Art: Er ist in seiner Dialektik mehr denn vorher und zugleich weniger als je.

Noch mehr: Die uralte Heilsgeschichte, die Spekulation über eine mögliche Erlösung von Übel, Drangsal und Not, die das gesamte Leben der Menschheit durchzieht und die größten Denker angeregt und beschäftigt, (...) diese uralte und fortwährend neu gesichtete Heilsgeschichte und dieser ewige Traum werden jetzt, nachdem sie durch Karl Marx kühn der Religion und der Metaphysik entkleidet und als „physikalische“ Geschichte in das menschliche Dasein gestellt, durch die Große Oktoberrevolution von 1917 als gesamt-menschliche Geschichte konkret getätigt: Das Heil ist weiterhin Geschichte, aber das Heilsgeschehen ist direkte menschliche Realität, abseits aller Götter und aller Himmel; der Traum ist jetzt Wach-Traum, dessen Verwirklichung bewußt gelebt wird. Das Paradies ist nicht jenseitiges, sondern diesseitiges Ziel, ist nicht göttlicher Herkunft und göttlicher Natur, sondern menschlicher Herkunft und menschlicher Natur; Utopia ist nicht mehr ferne, unerreichbare Insel, sondern bereits betretenes Festland. Die Erlösung von allem Übel ist nicht mehr Gebet, sondern Wissen, ist nicht mehr das Werk der Götter oder eines Gottes, sondern das Werk des Menschen. Nur des Menschen! (...)

Welch kühnes, heroisches Unterfangen! Welch gewaltiges, neuartiges Unternehmen! Welche Furchtlosigkeit! Aber eben auch: Welch ein Wagnis! Denn alle vorherigen Versuche brachten keine Erlösung von dem Übel, sondern endeten in der meist grausamen Niederlage, in Resignation und Verzweiflung, oder sie endeten bloß mit dem Sieg einer Minderheit auf Kosten der Mehrheit; oder sie endeten in der Gewißheit, daß nur durch Gott in einem Jenseits das Paradies, das wirklich Gute und Gerechte erreicht werden könne, ja, daß zudem noch die Götter oder Gott nach dem Menschen unfaßlichem Plan die Menschen weiterhin durch Leiden prüfen, daß also das menschliche Übel göttlicher Sicht entspringe und daher auch nur durch göttlichen Willen, durch göttliche Gnade aufgehoben werde. – Und jetzt, seit dem Oktober 1917, will man von vorneherein den Sieg aller, nicht mehr den Sieg nur einer Klasse, will man sich zudem noch selber erlösen, bar göttlicher Hilfe, will man somit die Wurzel des Übels als eine Wurzel im diesseitigen, menschlichen Erdreich bloßlegen und sie dann ausrotten.

Wahrlich, Welch ein Wagnis! Denn sollte es sich erweisen, daß diese Wurzel in Tiefen greift, die der Mensch nicht erreichen kann, oder sollte es sich erweisen, daß die Axt in der Hand zu schwach ist und zerbrechlich, oder daß der Mensch vorzeitig ermüdet und

die Kraft also nicht besitzt, dieses gigantische Werk zu Ende zu führen ..., sollte sich das erweisen, dann hätte sich doch herausgestellt, daß der Mensch sich nicht selber zu erlösen vermag, daß er also ewig unzulänglich bleibt und auf göttliche Hilfe angewiesen, daß er immer dem Übel und der Not ausgesetzt sein wird.



Konrad Farner mit der Totenmaske Brechts

Aber noch eine andere Schwierigkeit zeigt sich vor uns, ein Hindernis, das täglich, ja stündlich neu überwunden werden muß: die Zweifel der Menschen selber. Sind die einen von vornherein gegen dieses nur menschliche Unternehmen eingestellt, betrachten sie dieses als einen verbotenen Griff nach den Sternen, als eine widergöttliche Auflehnung, als eine Überhebung und Vermessenheit des Menschen, die demnach satanisch ist und unweigerlich im Höllensturz enden wird; so halten die andern dafür, daß möglichst keine Änderung vorgenommen werden soll, weil diese doch nutzlos sei und nur zu schon Dagewesenem führe als „ewige Wiederkehr des gleichen“; so sind die dritten dagegen, weil sie selber als privilegierte gesellschaftliche Minderheit schon beim bloßen Versuch ihre Vorrechte zugunsten aller abgeben müßten. Aber auch diejenigen, die das Wagnis bejahen und sich daran aktiv beteiligen, sind nicht ohne Torheit und Unsicherheit, und ebenfalls unter sich nicht einig: Die einen wollen in ihrem Enthusiasmus die vollumfängliche Tat heute noch zu sichtbarem Ende führen und die Pforten des Paradieses sofort erstürmen; es sind diejenigen, die dann angesichts dieses schwerwiegenden Irrtums aus Ungeduld und aus Unkenntnis der menschlichen Welt wie auch der Geschichte der Resignation verfallen oder sogar der Gegnerschaft. Andere vermeinen, daß, um das Gute und Gerechte zu erreichen, das Böse und Ungerechte statthaft sei, daß also der Zweck die Mittel heilige – sie wissen nicht oder wollen nicht wissen, daß dadurch das Böse nur gestärkt wird und das Gute in weitere Ferne gerückt oder sogar ad absurdum geführt. Die dritten nehmen an, daß alle diejenigen, die das Gute wollen und an diesem heroischen Versuch zugunsten des Guten aktiv beteiligt sind, schon allein dadurch gut seien, zumindest besser als die anderen, und zu Schlechtem

mehr oder weniger unfähig; sie verzweifeln dann angesichts des Umstandes, daß das Schlechte noch überall zu Hause ist – sie gehen den Weg nicht mehr weiter oder verlassen ihn sogar. Noch andere wollen in ihrem Eifer die Heilstat ganz allein vollbringen, sie kapseln sich ab gegenüber der übrigen Welt, dünken sich erhaben und als ausgezeichnet, sie kennen als Sektierer und Puritaner nur ihren eigenen Horizont und verengen damit den Welthorizont, während es doch gilt, die Welt als Ganzes zu erfassen; sie gefährden damit die Veränderung der Welt, indem sie diese in falschem, eben zu kleinem Maßstab betrachten. Wieder andere gelangen aus lauter Gegnerschaft zur Ausschließlichkeit und Starrheit geradezu in eine horizontlose Nebellandschaft hinein, in der sie sich dann nicht mehr zu orientieren vermögen und im fahlen Zwielicht jegliche Sache als gleichwertigen Wegweiser betrachten – sie laufen hin und her und nicht vorwärts, weil sie die Zielrichtung verloren.

Ja, die Schwierigkeit dieses Unternehmens ist unabsehbar groß, und die Gefahren und Hindernisse sind zahlreich. Und so ist unumgänglich festzuhalten, daß nur die stark verankerte Einsicht in all diese Schwierigkeiten, das Wissen um all diese Hindernisse den Beginn zu rechtfertigen, das Wagnis zu sichern vermögen. (...) Aller Beginn ist schwer, aber noch nie in der Menschheitsgeschichte war und ist der Beginn derart schwer, eben weil es der größte Beginn überhaupt ist.

Wir befinden uns heute inmitten dieses Beginns. Erst vierzig Jahre sind verflossen, seit dieser Beginn angefangen, vierzig Jahre! Weltgeschichtlich betrachtet eine unendlich kurze Zeitspanne, persönlich gesichtet, eine ganze Generation, mehr als die Hälfte eines Menschenlebens. In diesen vierzig Jahren ist, wiederum, was die Entwicklung der Menschheit seit Anfang betrifft, noch wenig geschehen, was jedoch die Menschheit von heute belangt, unendlich viel. So müssen wir stets beide Sichten zu vereinen wissen, denn erst diese Doppelsicht gibt uns auch die Gewißheit, daß dieser Versuch des Menschen, den Menschen wirklich zum Menschen zu machen, auf sich selbst zu stellen und so frei zu stellen, die gegenwärtige und die gesamtgeschichtliche Wahrheit besitzt. (...) Geschichte verstanden als vom Menschengeschlecht vollumfänglich bewußt getätigte Gestaltung des menschlichen Lebens.

Konrad Farner

Am 23. August 2017 ist

Günter Lunow

der frühere Oberbürgermeister der Hansestadt Wismar, Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender der „RotFuchs“-Regionalgruppe Mecklenburg-Vorpommern/Nord-West, im Alter von 90 Jahren gestorben.

Wir verabschieden uns von einem verdienstvollen und aufrechten Genossen und halten sein Andenken in Ehren.

Hans Heinz Holz: Das Signal Oktoberrevolution

Die Krise des Kapitalismus, die aus der zerstörerischen Zuspitzung seiner inneren Widersprüche entspringt, ist ein Jahrhundertphänomen. Sie zeigte sich erstmals in der Totalität des ersten Weltkriegs. In diesem ersten Ausbruch der allgemeinen Krise brach das zaristische Rußland, noch auf der Schwelle der Industrialisierung, in dem die Volksmassen noch nicht einmal die bürgerliche Demokratie erkämpft hatten, unter der Wucht der militärischen Niederlage zusammen; die Bourgeoisie, erst relativ schwach entwickelt, konnte dem ungestümen Drängen der Arbeiter- und Bauernmassen keine funktionierende bürgerlich-demokratische Herrschaftsordnung anstelle der zaristischen Diktatur entgegensetzen und wurde weggefegt. Das „schwächste Kettenglied“ des kapitalistischen Weltsystems zersprang. Gerade die Unreife der Bedingungen ermöglichte in diesem Sonderfall die sozialistische Revolution.

Ist in anderen Fällen die Revolution der Höhepunkt oder Abschluß eines revolutionären Prozesses (wie die französische Revolution von 1789 oder die bürgerliche Revolution von 1848), so stand die Oktoberrevolution an dessen Beginn – und zwar sowohl der jungen Sowjetunion als auch am Beginn des weltweiten Prozesses des Übergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Gesellschaft. Sie war ein Signal zum Aufbruch in geschichtliches Neuland, nicht ein Siegel unter schon vollzogene historische Veränderungen. Sie markiert nicht den Sieg des Proletariats, sondern den Anfang eines langen Kampfes um die klassenlose Weltgesellschaft, eines Kampfes gegen einen noch mächtigen, überlegenen Gegner. Mit der Oktoberrevolution begann die Epoche des revolutionären Prozesses, in dem der Kapitalismus überwunden und die wissenschaftlich-technische Revolution in den Dienst der Menschen (statt der Kapitalverwertung) gestellt werden wird. Aufstieg und Fall der Sowjetunion sind eine erste Phase dieser Epoche gewesen. Mit den sich verschärfenden Widersprüchen innerhalb des (scheinbar siegreichen) Kapitalismus sind wir in eine zweite Phase eingetreten. Die Entscheidungsfrage der Epoche bleibt aber dieselbe: Sozialismus oder Barbarei?

Die Oktoberrevolution setzte ein unvergängliches Zeichen: Die Schwachen und Entrechteten, die Ausgebeuteten und Unterdrückten haben die Kraft, sich zu erheben. Sie haben die Kraft, ihren eigenen Staat, ihre eigene Gesellschaft aufzubauen und einen mächtigen Feind in die Schranken zu weisen. Es war die Sowjetunion, die den Faschismus zu Fall brachte, sie gab den antikolonialen Befreiungsbewegungen Rückendeckung. Viele soziale Zugeständnisse in den kapitalistischen Ländern wurden mit dem Blick auf eine sozialistische Alternative gemacht. Das „Gespenst des Kommunismus“ jagte den Herrschenden Schrecken ein.

Dennoch brach das erste sozialistische Gesellschaftssystem zusammen. Die ökonomische Basis war zu schwach, um der Systemauseinandersetzung mit dem Ka-

pitalismus gewachsen zu sein und zugleich den sozialen Aufbau des Sowjetstaats zu tragen. Die Fortsetzung des revolutionären Prozesses nach der Oktoberrevolution unter den Bedingungen rückständiger Produktivkraftentfaltung und politisch-militärischer Einkreisung brachte mehr und mehr Abweichungen vom revolutionären Ziel mit sich. Anstelle der freien Assoziation der Produzenten verfestigte sich ein bürokratischer Apparat, ohne den der Aufbau des riesigen Sowjetreichs nicht gelingen konnte; die Partei war nicht mehr die Avantgarde des gesellschaftlichen Fortschritts, sondern wurde zur Trägerin der Staatsfunktionen und damit selbst zu einem Herrschaftsinstrument, statt das Medium kollektiver gesellschaftlicher Willensbildung zu sein. Es kam nicht zu der Integration der Massen in eine komplexe Struktur von Selbstbestimmungsinstitutionen; so koppelten sich die einzelnen immer häufiger von der Verantwortung für das Gesellschaftsleben ab, und in der Krise fehlte es dann an der Bereitschaft zur Verteidigung und Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft. Heißt das, die Oktoberrevolution ist gescheitert? Oder gar ein Unglück für die Menschheit gewesen, weil in ihrer Folge die Idee des Sozialismus verdarb? Wer in einem fundamentalen Mißverständnis die Oktoberrevolution für den Akt der Verwirklichung des Sozialismus hielt, wird diese Fragen so formulieren und bejahen. Wer jedoch begreift, daß die Oktoberrevolution die Morgenröte und nicht die Mittagsstunde eines weltgeschichtlichen Zeitalters war, braucht den Sonnenaufgang nicht zu verleugnen, nur weil in den späteren Vormittagsstunden ein Wolkenbruch vom Himmel herunterkommt. Die Ziele, die vom „Kommunistischen Manifest“ bis zum Programm der Bolschewiki für die nächste Stufe der Menschheitsgeschichte anvisiert wurden, sind nicht deshalb gegenstandslos geworden, weil sie im ersten Anlauf nicht erreicht wurden. Die gesteigerte Produktivkraftentwicklung im Kapitalismus führt unter den Gesetzen der Kapitalakkumulation zur Zerstörung der ökologischen Voraussetzungen menschlichen Lebens und zur imperialistischen Vernichtung von Teilen der Menschheit und der Kultur (nicht nur in der „3. Welt“, sondern auch in den Metropolen als materielle und mentale Verelendung der Opfer einer „Zwei-Drittel-Gesellschaft“). Eben darum ist die Antwort auf den Kapitalismus der revolutionäre Kampf um eine alternative Gesellschaftsordnung, den Sozialismus – nicht als das einmal geschehene Ereignis der Oktoberrevolution, sondern als der dauernde Widerspruch zum Kapitalismus, der innerhalb seiner selbst als Klassenkampf entsteht. ...

Im Zusammenhang dieser epochengeschichtlichen Bestimmungen ist dann auch das Auftreten der ersten sozialistischen Gesellschaften, das heißt das historische Ereignis Oktoberrevolution, einzuschätzen und zu bewerten. Wohl ist der Sozialismus als Staatsform, als welche er sich nach der

Oktoberrevolution zunächst in der Sowjetunion und dann im ganzen sozialistischen Lager herausgebildet hat, zusammengebrochen. Weitgehend werden Errungenschaften des Sozialismus, nämlich Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen in diesen ehemals sozialistischen Ländern wieder rückgängig gemacht. Und nicht nur da, wo durch Annexion, wie bei den fünf neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland, einfach ein Gesellschafts- und Rechtssystem durch ein anderes überlagert wird, sondern auch in den Staaten, die als selbständige Staaten ihren eigenen gesellschaftlichen Weg ja in der einen oder anderen Weise weitergehen könnten, werden die Eigentumsverhältnisse wieder im kapitalistischen Sinn restauriert. Dennoch meine ich, die Tatsache, daß das staatspolitische Ergebnis der Oktoberrevolution, die Schaffung der Sowjetunion und später des sozialistischen Lagers, nun in einem Restaurationsprozeß untergegangen ist, hat den welthistorischen Rang und die Bedeutung der Oktoberrevolution für die Bestimmung unserer epochengeschichtlichen Lage überhaupt nicht vermindert. Durch die Oktoberrevolution und durch das, was sich in ihrem Gefolge an Veränderungen im Bewußtsein der Massen und auch in den sozialpolitischen Strukturen im Kapitalismus selbst vollzogen hat, wirkt die Oktoberrevolution bis heute als ein ungeheurer Impuls der sozialen und politischen Entwicklung unseres Jahrhunderts. Dem kapitalistischen System sind eine Fülle sozialer Fortschritte, die in ihm selbst stattgefunden haben, abgerungen worden unter den Bedingungen der Systemkonkurrenz. Daß es achtzig Jahre lang ein starkes sozialistisches Lager gab mit alternativen Vorstellungen – wie gut oder schlecht sie auch immer verwirklicht waren –, bedeutete im Kapitalismus selbst und innerhalb der gesellschaftlichen Widersprüche im Kapitalismus eine ungeheure Stärkung jener Kräfte, die innerkapitalistisch reformerisch auf soziale Verbesserungen und Strukturveränderungen hingewirkt haben. Die großen Erfolge, die in den kapitalistischen Metropolen zwischen 1917 und heute von der Gewerkschaftsbewegung im Kampf um Arbeiterinteressen erzielt wurden, wurden vor dem Hintergrund der Tatsache durchgesetzt und behauptet, daß es alternative Systemmöglichkeiten gab, auf die die Kapitalmacht Rücksicht nehmen mußte und genommen hat. Man mußte im Kapitalismus eine ganze Menge sozialer Attraktivitäten mit einbauen, um in der Systemkonkurrenz weiter vorn liegen zu können. Drücken wir es in der philosophischen Terminologie aus, die sich an Lenin und Gramsci orientiert: Damit die Bourgeoisie ihre Hegemonie erhalten, das heißt ihre eigenen Wertvorstellungen auch noch den Beherrschten verbindlich machen konnte, mußte sie unter den Bedingungen eines bestehenden Konkurrenzsystems eine ganze Reihe von Zugeständnissen an die Interessen dieser Beherrschten machen.

Dies gehört zur Realdialektik des historischen Prozesses. Und insofern meine ich, daß die

Oktoberrevolution in der Tat ein epochenbestimmendes Ereignis unseres Jahrhunderts gewesen ist, und daß wir daran nicht rütteln sollen und nicht zu rütteln brauchen. Und zwar ganz unabhängig davon, wie sich dann die unter sehr vielen Widersprüchen und Anfangsschwächen sich entwickelnden sozialistischen Gesellschaften aufgebaut haben. Die Bedeutung der Oktoberrevolution hat aber nicht nur diese materielle, sondern auch eine ideelle Seite. Die Oktoberrevolution war ein Ereignis, in dessen Folge sich weltweit ein großer weltanschaulicher und geistiger Umbruch vollzogen hat. Das läßt sich, wenn man die kulturellen Entwicklungen der zwanziger Jahre direkt im Anschluß an die Oktoberrevolution studiert, sehr genau nachvollziehen – und die Auswirkungen dieses Umbruchs bestimmen die Kultur der folgenden Jahrzehnte bis heute.

Insofern war die Oktoberrevolution auch unabhängig von ihren historisch-materiellen Auswirkungen ein zentrales Ereignis als ein Einschnitt in der Bewußtseinsstruktur unseres Jahrhunderts und als normsetzend für soziale und geschichtliche Wertvorstellungen.

Veränderungen in der Weltbewegung

Was bedeutet nun das Leitbild der Oktoberrevolution in Relation zum Zusammenbruch der sozialistischen Gesellschaften für die kommunistische Weltbewegung? Denn es gibt ja eine kommunistische Weltbewegung, und zwar nicht nur und gerade nicht nur in unseren Metropolen des Kapitalismus. Die kommunistische Weltbewegung stand nach der Oktoberrevolution – und das ist auch eine der großen historischen Folgen, die sie gehabt hat – vor der unverzichtbaren Aufgabe, die erste sozialistische Gesellschaft im Aufbau, die es gab, die junge Sowjetunion, zu unterstützen und sich für ihr Überleben und ihre äußere wie innere Stabilität einzusetzen. Diese Aufgabe wurde mit dem Sieg des Faschismus in mehreren europäischen Ländern vorrangig. Der Kampf gegen den Faschismus wurde zu einem über die Arbeiterbewegung hinausgreifenden Überlebenskampf der Menschheit gegen die Barbarei, und die Kommunistinnen und Kommunisten standen in ihm an der Spitze als opferbereite Kämpfer und Kämpferinnen. Kampf gegen den Faschismus und für die Erhaltung und Stärkung der Sowjetunion bildeten eine Einheit.

Die kommunistische Weltbewegung mußte in dieser welthistorischen Situation zu einem Moment und in gewissem Sinn auch zu einem Anhängsel der Überlebensstrategie des ersten sozialistischen Staates werden. Man kann sagen, das habe Deformationen in die Weltbewegung hineingetragen; man kann sagen, damit seien nationale Interessen im Klassenkampf zurückgestellt worden zugunsten der Außenpolitik und inneren Stabilität der Sowjetunion; man kann die Widersprüche aufzeigen, die sich aus dieser Lage ergeben haben. Aber man darf nicht sagen, diese Orientierung der Weltbewegung sei dem Diktat irgendeines sowjetischen Machthabers, ob Stalin oder wer auch immer, geschuldet, der sowjetische Machtinteressen vor die Interessen der Weltbewegung gestellt habe.

Es war im Augenblick der Oktoberrevolution und der Gründung des ersten sozialistischen Staates eine logische Notwendigkeit, daß die Überlebensbedingungen dieses Staates die zentrale Frage der kommunistischen Weltbewegung sein mußten. Und das ist in der ganzen Zeit der Konfrontation zweier antagonistischer Gesellschaftssysteme so geblieben und hat uns mancherlei Schwierigkeiten bereitet; denn natürlich hat das sozialistische Lager im Aufbau unter den Bedingungen der ihm eigenen Widersprüche manche Erscheinungsformen angenommen und konstitutionelle Bestimmungen seiner eigenen Existenz ausgebildet, die weder im idealtypischen Programm des Sozialismus vorgedacht waren noch notwendige Bestimmungen einer sozialistischen Entwicklung in anderen Ländern hätten sein müssen. Aber das Lager existierte, und wir waren mit dem Lager selbstverständlich solidarisch. Es ist auch gar nicht daran zu rütteln, daß das richtig war. Es war logisch und politisch unausweichlich.

Diese Lage hat sich nun allerdings grundlegend geändert. Und das ist in der Tat eine neue Bestimmung unserer Epochensituation. Die kommunistische Weltbewegung steht sozusagen wieder in einer weltpolitischen Lage, die analog ist der vor der Oktoberrevolution. Und wie sie sich durchsetzt, haben wir ja in den UNO-Abstimmungen über den Golf-Krieg gesehen. Da werden dann die unmittelbaren Kapitalinteressen zu Interessen der Weltgemeinschaft und zum Ausdruck der Menschenrechte hochstilisiert. Nur nebenbei: ich bin nicht geneigt, die Rolle, die der irakische Präsident Saddam Hussein gespielt hat, verklären zu wollen. Ein Vorkämpfer für die Freiheit der „3. Welt“ ist er nicht gewesen, ganz im Gegenteil. Daß aber überhaupt die UNO als eine Weltfriedensorganisation, die sie ihrer Charta nach ist, einmütig und erstaunlicherweise sogar unter Zustimmung der Sowjetunion sich dazu bereit finden konnte, so etwas wie diesen Irak-Krieg zu beschließen und von den USA durchführen zu lassen – das zeigt, wie stark die Partikularinteressen des Kapitalismus heute in der Lage sind, sich durchzusetzen.

Die kommunistische Weltbewegung hat es heute mit einem die Welt beherrschenden System kapitalistischer Metropolen zu tun – wir haben die USA, wir haben die sich formierende EG, wir haben Japan, wir haben in diesen Metropolen sehr differenzierte Konzernstrategien, die zum Teil koordiniert, zum Teil aber auch scharf gegeneinander laufen. Die Welt ist der Gesamtherrschaft dieser kapitalistischen Metropolen unterworfen, aber die Opfer dieser Herrschaft stehen auch im Gegensatz zu ihr und wehren sich. Die Alternative, von der ich gesprochen habe, die bestimmte Negation des Kapitalismus, muß heute wieder erkämpft werden, und dazu braucht es organisierte Bewegungen, die die Volksmassen jeweils in ihren Ländern aus deren eigenen besonderen Problemen heraus entwickeln müssen.

Daß wir im Augenblick in unserem Land keine Volksmassen bewegen, ist eine andere Frage. International aber bestimmt die Situation sich so, daß die kommunistische Weltbewegung

heute wieder auf Feldern des nationalen oder regionalen Klassenkampfes antreten muß und daß erst als dessen weitere Konsequenz die Bewegung der Volksmassen auf eine Bewegung des internationalen Klassenkampfes zugespitzt werden kann.

Aus: Hans Heinz Holz: *Kommunisten heute. Neue-Impulse-Verlag, Essen 1995*

Linker Marsch

Den Matrosen

Entrollt euren Marsch, Burschen von Bord!
Dem Zank und Geflunker jetzt – Pause.
Still, ihr Redner!

Du
hast das Wort,
rede, Genosse Mauser.
Genug vom Gesetz aus Adams Zeiten.
Gaul Geschichte, du hinkst ...
Wolln die Schindmähre zuschanden reiten.
Links!
Links!
Links!

He, Blaublusen!
Nach vorn!
Stürmt Ozeane!
Oder
ist im Hafen der Sporn
der Panzerschiffe vermodert?!
Laßt
den britischen Löwen brüllen –
kronefletschende Sphinx.
Keiner zwingt die Kommune zu Willen.
Links!
Links!
Links!

Dort
hinter finsterschwerem
Gebirg liegt das Land der Sonne brach.
Quer durch Not,
über bittere Meere
stampft euren Schritt millionenfach!
Droht die gemietete Bande
mit stählerner Brandung rings –
Rußland trotz der Entente.
Links!
Links!
Links!

Adleraug sollte verfehlen?!
Altes sollte uns blenden?!
Kräftig
der Welt an die Kehle,
proletarische Hände!
Wie ihr kühn ins Gefecht saust!
Himmel, sei flaggenbeschwingt!
He, wer schreiet dort rechts aus?
Links!
Links!
Links!

Wladimir Majakowski (1929)
(Nachdichtung: Hugo Huppert)

Über Rußland als Friedenskraft und das Erstarken der Kommunisten

Gespräch mit Dmitri Nowikow (KPRF)

Martin Dolzer: Die Regierungen der USA, der EU-Mitgliedsstaaten, der Türkei, Saudi-Arabien und Katars verfolgen seit Jahren eine Politik der Destabilisierung des Mittleren Ostens und Nordafrikas. Sie erhoffen sich davon die Durchsetzung eigener geostrategischer Interessen. Auch der Krieg in Syrien findet vor diesem Hintergrund statt. Kann dieser Konflikt gelöst werden?

Dmitri Nowikow: Eine weitere Eskalation des Konflikts ist aus unserer Sicht absolut unnötig und hat für alle Akteure negative Konsequenzen. Um der destruktiven Politik im Mittleren Osten entgegenzuwirken, tritt die Russische Föderation heute als Friedenskraft auf. Durch die Unterstützung Syriens gegen den „Islamischen Staat“, die Fatah-Al-Scham-Front und die „Nationale Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte“ – die „gemäßigte“, aber dennoch gut bewaffnete Opposition – kümmert sich Rußland nicht nur um die eigene Sicherheit, sondern versucht auch die Situation in der ganzen Region zu stabilisieren. Rußland engagiert sich auf Anfrage der syrischen Regierung im Kampf gegen die genannten islamistischen Gruppierungen.

Auf der anderen Seite ist die weltweite Oligarchie nicht nur an einer Fortsetzung des Konflikts interessiert, sondern an einer maximalen Eskalation. Die Regierungen der USA und der EU, aber auch weitere, offen terroristische Strukturen sind daran beteiligt. Hieran ist nichts neu: Das Großkapital weitet seit jeher seinen Einfluß durch Expansion und die Zusammenarbeit mit zerstörerischen Kräften aus.

Der Mittlere Osten hat durch seine gigantischen Öl- und Gasvorkommen sowie durch seine einmalige strategische Lage stets kolonialistische Kräfte angezogen. 1916 verabredeten Briten und Franzosen im geheimen Sykes-Picot-Abkommen die künftigen Grenzen der Türkei, Irans, Iraks und Syriens. Heute zeigt sich diese „Anziehungskraft“ der Region zum Beispiel am „Greater Middle East Project“ der USA und diversen strategischen Papieren der EU.

Das ist eindeutig der Fall. Hier überschneiden sich seit langem die Interessen vieler Mächte. 1957 verkündete der amerikanische Präsident Eisenhower, daß er die Ausweitung des amerikanischen Einflusses im Mittleren Osten als wichtige Aufgabe sehe. Resultat der darauffolgenden Politik waren ständige große und kleine Kriege. Hunderttausende Zivilisten kamen in ihnen ums Leben, ganze Staaten und Regionen wurden ins Chaos gestürzt. Im Gegensatz zu den USA mit ihrer hegemonialen Politik definierte die Sowjetunion – später auch Rußland – eine friedliche und

stabile Entwicklung der Region als primäres Ziel ihrer „Nahoststrategie“.

Die aktuelle Syrien-Krise wurde seitens der USA provoziert. Zahlreiche Versuche Rußlands, eine Lösung herbeizuführen, beantwortete Washington mit der Forderung, es



Zum internationalen Arbeiterkampftag, dem 1. Mai, hatte die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) auch dieses Jahr eine Großdemonstration in Moskau organisiert.

solle die Absetzung Assads erwirken. Daran sei die Beendigung des Krieges geknüpft. Der Sturz des rechtmäßig gewählten Präsidenten Baschar Al-Assad ist für die US-Regierungen der Weg zur weiteren Stärkung des eigenen Einflusses im gesamten Mittleren Osten. Ob die Wahl des neuen Präsidenten der USA etwas daran ändert, wird die Zeit zeigen. Einige Voraussetzungen dafür sind vorhanden. In jedem Fall muß eine politische Lösung gefunden werden, die in erster Linie den Interessen des syrischen Volkes dient.

EU und USA verhängten wegen des Konflikts in der Ukraine und wegen des Referendums auf der Krim über den Beitritt zur Russischen Föderation Sanktionen gegen Rußland. Wie bewerten Sie das?

Die letzten zwei Jahrzehnte haben uns eine einfache Wahrheit gelehrt: Für die Regierungen der USA war unser Land nie ein Partner auf Augenhöhe. Rußland wird wie früher die UdSSR als Gegner betrachtet, dessen Einfluß, soweit es geht, eingeschränkt werden soll. Das Bündnis des Warschauer Vertrags wurde aufgelöst, die Streitkräfte wurden aus den ausländischen Basen abgezogen, und Rußland gab eine außenpolitische Position nach der anderen auf – doch all dies änderte daran nichts.

Die NATO hat – entgegen allen Versprechungen – ihre Militärmacht an unseren Grenzen ständig weiter ausgebaut. In diesem Zusammenhang wird dann jeder unabhängige Schritt Rußlands in der Außenpolitik propagandistisch als „Aggression“ bezeichnet. In der amerikanischen „Zukunftsvision“ ist für Rußland und seine Bevölkerung keine würdevolle Rolle vorgesehen. Leider wird

man auch weiterhin versuchen, unser Land mit Blockaden zu schwächen, durch Kriege zu bedrohen, mit Wirtschaftssanktionen zu belegen und unsere Bürger zu verfolgen. Ein Beispiel hierfür war auf anderer Ebene der Ausschluß der russischen paralympischen Mannschaft von den Wettkämpfen. Ich unterstreiche das: Dieser Ausschluß war politisch motiviert und verstieß gegen die Unschuldsvermutung, da er ohne Untersuchung auf alle Sportler ausgeweitet wurde.

Die Sanktionen wegen der Krim oder mögliche Sanktionen wegen Syrien reihen sich in dieses Schema ein. Doch die russische Wirtschaft erlebte ihren größten Rückschlag nicht durch Sanktionen, sondern durch Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds in den 90er Jahren, nämlich aufgrund der darauffolgenden kriminellen Privatisierungen. Der Eintritt in die Welthandelsorganisation hat die negativen Konsequenzen

für die Bevölkerung noch verstärkt. Diese Schritte hatten zerstörerische Auswirkungen auf unsere Industrie, das Bildungs- und Gesundheitssystem sowie das Sozial- und Rentensystem. Deshalb verloren und verlieren wir weiterhin soziale Errungenschaften aus der Sowjetzeit, die allen Menschen eine angemessene Teilhabe ermöglichten. Die Sanktionen der westlichen Regierungen könnten, so ungewöhnlich dies klingt, auch eine positive Rolle spielen. Potentiell sind sie ein mächtiger Stimulus für die Entwicklung der verarbeitenden Industrie und der Landwirtschaft in unserem Lande. Dank ihnen könnte Rußland viele Probleme lösen, z. B. die Arbeitslosigkeit deutlich senken und das Defizit des Rentenfonds verringern. Die KPRF hat dazu ein gut durchdachtes Programm, das wir auf dem Orlower Wirtschaftsforum beraten haben; bei den letzten Parlamentswahlen haben wir es vorgelegt.

Ein Frieden im Donbass ist trotz des Abkommens Minsk II nicht in Sicht. Welchen Ausweg gibt es?

Dies ist ein sehr schmerzliches Thema für uns sowie alle Bürger Rußlands. Im Frühling 2014 wurde in der Ukraine ein Putsch unter Beteiligung profaschistischer Kräfte durchgeführt. Mehr als 40 Diplomaten aus den USA und Vertreter einer Reihe europäischer Länder beteiligten sich unmittelbar an diesen Ereignissen. Erinnern Sie sich an Frau Victoria Nuland! Als Antwort auf die Offensive äußerst rechter Kräfte entstand eine starke Volksbefreiungsbewegung, die den gesamten Südosten der Ukraine ergriff – von Odessa bis Charkow. Und Rußland konnte hier nicht tatenlos zusehen. Vor allem nicht,

da Neonazis begannen, sich an ihren Gegnern und Antifaschisten zu vergehen.

*Am 2. Mai 2014 starben in Odessa mehr als 50 Menschen, als Faschisten das Gewerkschafts-
haus in Brand steckten und Menschen totprügelten, die den Flammen entkamen.*

Es ist kaum zu glauben, daß so ein grauenvolles Massaker im 21. Jahrhundert stattfinden konnte.

Welche Position vertritt die Kommunistische Partei der Russischen Föderation, die KPRF, in bezug auf den Donbass und die Krim?

Die KPRF befürwortet die eindeutig ausgefallene Abstimmung auf der Krim und in Sewastopol über die Rückkehr in die Heimat. Bis heute setzt unsere Partei ihre Unterstützung für die Volksrepubliken des Donbass fort. Regelmäßig entsenden wir Fahrzeugkonvois mit humanitärer Hilfe. Wir Kommunisten standen immer für eine Wiederherstellung eines gemeinsamen Staates wie auch eine Annäherung Rußlands und der Ukraine.

Allerdings war die Politik der russischen Regierung in den letzten Jahren inkonsequent. Auch deshalb konnten antirussische und antiukrainische Kräfte erfolgreich sein. Die Ukraine wurde zielstrebig in einen Bürgerkrieg gestürzt. Die neuen Kiewer Machthaber profilieren sich nun durch schlimmste Strafaktionen und Sanktionen gegen Oppositionelle und die Zivilbevölkerung. Auch die Minsker Vereinbarungen haben keinen Frieden im Donbass geschaffen. Für den Westen waren sie ein Instrument, um den Konflikt einzufrieren und damit das Auseinanderfallen und den Sturz des Kiewer Regimes zu verhindern, das sich aus militärischer Sicht unvorbereitet zeigte. Der Donbass wird weiterhin beschossen. Die ukrainischen Truppen machen sich immer wieder des Todes unschuldiger Menschen schuldig. Für viele Bürger Rußlands ist das aufgrund familiärer und freundschaftlicher Beziehungen auch eine persönliche Tragödie. Unsere Partei hat mehrmals vorgeschlagen, die Volksrepubliken Lugansk und Donezk anzuerkennen und die Kontakte mit ihnen allseitig auszuweiten. Viele Familien dort haben auf beiden Seiten der Grenze Verwandte. Tausende Menschen starben, ein Ende des Konflikts ist nicht absehbar. Um dieses Problem zu lösen, muß umgehend die Einmischung Washingtons und seiner Verbündeten beendet werden. Es ist nötig, den Willen der Bevölkerung im Donbass zu respektieren, die sich beim Referendum für die Unabhängigkeit ausgesprochen hat.

Die außenpolitische und wirtschaftliche Situation Rußlands ist momentan angespannt. Sehen Sie unter diesen Bedingungen für die KPRF die Möglichkeit, eine sozialere Politik in Rußland durchzusetzen?

Von den aktuellen politischen Realitäten ausgehend ergibt es keinen Sinn, auf die Lösung der wirtschaftlichen Probleme und auf eine Erweiterung der Sozialprogramme zu hoffen.

Die Partei „Geeintes Rußland“ kontrolliert das Unterhaus der Staatsduma vollständig. Und diese Partei hat nicht die Absicht, eine sozialere Politik zu betreiben.

Der neue Staatshaushalt ist ein Haushalt des Verfalls und der Zerstörung. Im ohnehin ausgebluteten Gesundheitswesen sowie in Bildung und Wissenschaft erwarten wir weitere Kürzungen. 72 von 100 Menschen werden mit monatlich 15 000 Rubel (etwa 235 Euro) oder weniger auskommen müssen. Das bedeutet offensichtliche Armut.



Es lebe der 5. Jahrestag der großen proletarischen Revolution!

Die KPRF wird selbst unter den ungünstigsten Bedingungen für die Rechte der Werktätigen kämpfen. Der Zusammenbruch der liberalen Parteien verstärkt die Position der Kommunisten als einziger oppositioneller Kraft. Wir bieten den Menschen Alternativen. So hat die KPRF Programme zur Entwicklung der Wirtschaft und des Sozialbereichs. Denn wenn im Land gearbeitet wird, dann finden sich auch Mittel für eine allgemeine medizinische Versorgung, für Bildung, für Grundlagenforschung und angemessene Renten. Die historischen Erfahrungen unseres Landes beweisen, daß eine effektive Entwicklung nur auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit möglich ist.

Wladimir Putins Partei „Geeintes Rußland“ gewann die letzten Wahlen zur Staatsduma mit deutlichem Abstand.

Ich erinnere an das Ergebnis der vorherigen Wahlen von 2011. Auch dort hatte „Geeintes Rußland“ gewonnen, ohne der Gesellschaft ein ernsthaftes Entwicklungsprogramm vorzulegen. Was sind die Konsequenzen? Durch einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts verlor das Land Trillionen Rubel.

Die KPRF hat bei den letzten Wahlen das Antikrisenprogramm „Zehn Schritte für ein würdiges Leben“ vorgeschlagen. Um unsere Ideen zu erläutern, veranstalteten wir Tausende Treffen mit den Wählern. Selbst unter schwierigen Bedingungen bekam die KPRF große Unterstützung in den Republiken Mari El, Burjatien, Baschkirien, Nordossetien sowie in den Oblasts Omsk, Irkutsk, Nowosibirsk, Kostroma und Uljanowsk, im Kreis Altai und in einer weiteren Reihe von Regionen. In den Ein-Mandat-Wahlkreisen waren sieben unserer Kandidaten erfolgreich. Wir sind damit zweitstärkste Partei

und führende Oppositionspartei. Obwohl die Regierung vor den Wahlen erneut das Wahlrecht änderte, kann man anhand der Resultate nicht von einem Triumph von „Geeintes Rußland“ sprechen. Selbst nach offiziellen Zahlen ist weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten in den Wahllokalen erschienen. Die Leute glauben nicht mehr an die Wirksamkeit der bürgerlich-demokratischen Prozeduren. 2007 stimmten noch 45 Millionen Menschen für „Geeintes Rußland“, dieses Mal waren es 17 Millionen Menschen weniger.

Weltweit befindet sich der neoliberale Kapitalismus in einer tiefen Krise. Die soziale Spaltung nimmt zu, Rechtspopulisten erstarken, Kriege und Flucht sind für immer mehr Menschen zum Alltag geworden. Wie können linke, sozialistische und kommunistische Parteien und Bewegungen ihre Kooperation weltweit ausbauen und wieder bedeutend werden?

Die Zerstörung der Sowjetunion wurde im Westen mit dem Zusammenbruch des gesamten Sozialismus gleichgesetzt. Doch die kommunistischen Parteien, Arbeiter- und linke Parteien konnten sich mittlerweile von den

Erschütterungen der 90er Jahre erholen. Sie entwickelten sich weiter und führen den Kampf für die Interessen der Werktätigen. Die regierenden kommunistischen Parteien in China, Vietnam und Kuba leisten eine gute Arbeit und entwickeln ihre Gesellschaften weiter. Aktuell existieren in der Welt mehr als 120 kommunistische und Arbeiterparteien in 90 Ländern. Seit 1998 gibt es jährliche internationale Treffen ihrer Vertreter. Initiator ist die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE). Die KPRF beteiligt sich aktiv an dieser Arbeit und ist Teil der ständigen Arbeitsgruppe für die Vorbereitung der Konferenzen. Die letzte Zusammenkunft fand vom 28. bis zum 30. Oktober 2016 in Hanoi statt (siehe RF 228, S. 4). In Vietnam waren Vertreter von 58 Parteien anwesend. Für die KPRF ist es sehr wichtig, daß der Feier des bevorstehenden 100. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eine besondere Aufmerksamkeit zuteil wird. Alle Parteien der Konferenz haben den Vorschlag der KPRF zugestimmt, das diesjährige Treffen in Rußland durchzuführen.

Die Stärkung jeder einzelnen kommunistischen Partei dient der Sache des Sozialismus. Der Kapitalismus ist nicht in der Lage, die zunehmenden Widersprüche zu lösen. Das bedeutet, daß die Hauptprobleme im jeweils eigenen Land sowie jene des ganzen Planeten von linken Kräften gelöst werden müssen.

Dmitri Georgiewitsch Nowikow ist stellvertretender Vorsitzender des ZK der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF). Das Gespräch mit ihm führte Martin Dolzer Anfang Juni für die „junge Welt“. (Übersetzung: Artur Leier)

Ein Film erleichtert das Erkundigen

Annelie und Andrew Thorndike:

Das russische Wunder

Dokumentaristen sind keine Diktatoren ihres Materials. Eine Wahrheit im Dokumentarfilm zur künstlerisch-ideologischen Aussage zu bringen, ist keinesfalls leichter, als eine Wahrheit im Spielfilm zu formulieren. Im Gegenteil. Der Dokumentarist muß sich der Authentizität des vorhandenen Materials fügen.

Die Wahrheit über das russische Wunder zu verkünden, über Vergangenheit und Gegenwart des Sowjetlandes zu berichten, ist im Dokumentarfilm ungleich komplizierter als in vergleichbaren Spielfilmen. Die Schranke der Authentizität kann nicht leichtfertig übersprungen werden. Jedes Bild muß echt sein. Ein Darunter gibt es nicht. Es kann keine Story erzählt werden. Die Erfüllung dieser unabdingbaren Forderungen erwirkt schließlich die besondere Beweiskraft, die die Wahrheit im Dokumentarfilm erhält: Diese Wahrheit ist überprüft und kontrollierbar. Der Zuschauer glaubt an die Ehrlichkeit des Materials, an die dokumentarische Ehrlichkeit. Die Wirklichkeit des russischen Wunders ist nicht inszeniert, gibt kein filmisches Potemkinsches Dorf. Freunde finden ihre Erfahrungen, ihr Wissen bestätigt und bereichert. Ungläubige und Skeptiker sehen sich mit zum Denken anregenden Tatsachen konfrontiert, mit den Argumenten der Praxis der menschlichsten Ordnung. Feinde müssen die unwiderlegbaren Fakten konstatieren, ob es ihnen gefällt oder nicht.

Das Unternehmen der Thorndikes, ihr Trachten nach Authentizität und nur nach Authentizität, sah sich mancherlei Schwierigkeiten und echten künstlerischen Problemen gegenüber. Um die Gegenwart des

russischen Wunders voll zu begreifen, ist die Fixierung der Ausgangspunkte unerlässlich. Doch gar ungleich war das gefilmte Material verteilt zwischen dem „Unten“ und dem „Oben“ des zaristischen Rußlands. Die Kameralente in Zarskoje Selo überlieferten in ausreichendem Maße Bilder der Romanowschen Lebensäußerungen, sei es beim Tennis, beim familiären Tête-à-tête oder bei Paraden, Messen und Jahrhundertfeiern. Das „Unten“ war nicht würdig als Gegenstand offizieller Kameras.

Aber auch später sind zum Beispiel Filmränder aus der ersten Zeit der Roten Armee rare Kostbarkeiten. Die Aufmärsche und Paraden der Interventen und der weißen Konterrevolution fanden dagegen weitaus mehr und willigere Kameras. Diese materiellen Schwierigkeiten liefern zugleich eine kleine und überzeugende Lektion über den Film als Teil des ideologischen Überbaus der Gesellschaft. Diese Lektion zu begreifen, heißt nicht, darauf zu verzichten, möglichst umfassend die wahren gesellschaftlichen Proportionen sichtbar zu machen, der historischen Wahrheit Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Sich der Abhängigkeit vom vorhandenen Material bewußt zu sein, heißt nicht Verzicht auf die Berufung, „Regisseure des Wissens über die Gesellschaft“ zu sein. Die Thorndikes machten aus der Not (des vorhandenen Materials) eine neue künstlerische Tugend. Sie bedienten sich in hohem Maße der Fotos, warfen einen Blick in Familienalben und Dokumentationen. Ohne ihre Verwendung wäre ein Großteil des Films nicht erzählbar gewesen. Doch nie kann der Vorwurf mangelnder filmischer Dynamik erhoben werden. Die vermeintliche Unbeweglichkeit der Fotografie ist durch geschickten Schnitt, durch Überblendungen und Montagen weitgehend aufgehoben. Verschiedene Größen, unterschiedliche Blickwinkel schaffen genügend Spannungsverhältnisse. So lebt das unbewegte Material, wird im künstlerischen Schmelztiegel zum Film.

Ein neues künstlerisches Problem: den gegenwärtigen kommunistischen Alltag in seinem unverfälschten Rhythmus, in seiner ganzen Schönheit zu zeigen. Der die Wirklichkeit inszenierende Regisseur wäre von Übel. Von Übel aber auch krampfhaftes Bemühen um Natürlichkeit und Frische. Die Thorndikes setzen das heiß diskutierte, nicht unumstrittene, aber künstlerisch legitime Mittel der verborgenen Kamera richtig ein. Weder als Spielerei noch als Mittel des Zufalls. Vielmehr als Waffe des Dokumentaristen, die Poesie des Alltags einzufangen, die schönen Gesichter von Menschen, die Gesichter, die Atmosphäre einer Stadt. Die verdeckte Kamera (ob in Omsk, in Alma-Ata oder Magnitogorsk) läßt die Menschen nicht in Posen erstarren oder

zu affektierten Schemen werden. Liebevoll sind Details des Konkreten eingefangen. Die Natürlichkeit macht hier einen Großteil der Überzeugungskraft aus.

Belichtetes Zelluloid allein ergibt keinen künstlerischen Dokumentarfilm. Das Zeigen von Dokumenten allein vermittelt nicht die ganze Wahrheit. Die Interpretation der Wirklichkeit ist die eigentliche Wahrheit. Auch der Dokumentarfilm kennt seine Dramaturgie, er kann nicht ohne sie sein.

Das Geheimnis des Thorndikeschen Erfolgs ist nicht zuletzt die vorzügliche Anwendung der Dramaturgie im Dokumentarfilm. Es werden gedankliche Klammern und Motive bevorzugt, die den Film gliedern, ihm Zusammenhang verleihen. Erinnern wir an die gedankliche Geschlossenheit, die logische und emotionale Einheit des ersten Teils. Die Klammer: der erste Mensch im Kosmos – ein sowjetischer Kommunist. Eine Tatsache unter vielen, zeugend von den Veränderungen, die die kommunistische Ordnung dem Sechstel der Erde brachte. Gleichzeitig wird diese Tatsache zum Symbol des russischen Wunders, der diesseitigen, nicht mythisch-jenseitigen Verheißung. Wo liegen die Quellen des „Wunders“, worin liegt die Kraft dieser Ordnung begründet?

Der Film schreitet fast behutsam weiter. Seite um Seite aufschlagend, stets überschaubar bleibend. Ein einfaches, auf den ersten Blick schmuckloses didaktisches Führen. Auf einmal gegebene Ereignisse und Fakten wird wieder zurückgegriffen, ein einmal eingeschlagenes Motiv taucht in Variationen, in vielfacher geistiger Verästelung wieder auf.

Eine zweite Klammer: Der 7. November 1918, das Einweihen eines Marx-Engels-Denkmal in Moskau. Bauern in Bastschuhen, Arbeiter in geflickten Blusen, verhärmte Frauen. Lenin: „Wir leben in einer glücklichen Zeit, in der sich das, was die großen Sozialisten vorausgesagt haben, zu erfüllen beginnt.“ Vergangenheit und Zukunft auf diesem Moskauer Platz der Revolution. Worte der Verheißung und die Male der Vergangenheit. Ein neuer gedanklicher Ansatzpunkt ist gegeben: der Weg zu diesem 7. November 1918. Die sich nun anschließenden Blätter der Vergangenheit haben so ihre spezifische Optik gefunden. Sie ist nicht historisierend. Von vornherein ist die Brücke zur Gegenwart des Jahres 1918 geschlagen, von vornherein bleibt auch die Assoziation zum Jahr 1961 erhalten. Der Zuschauer wird durch diese kurz skizzierte Architektur des Films gezwungen, das „russische Wunder“ im Spannungsfeld Vergangenheit – Gegenwart zu sehen. Er kann den Film nicht als Liebhaber historischer Bilder schmecken. Das Bilderbuch Geschichte ist zugeschlagen. Dafür überall



Stoff und Anreiz zum Denken, zum Vergleichen, zum Wägen und Urteilen. Die Thorndikes komplizieren die Gegenwart-Vergangenheit-Dialektik ihres Films nicht unnötig. Die einfache Gegenüberstellung erscheint oft am beweiskräftigsten. Auch schon in den historischen Sequenzen. Aus der Gegenüberstellung zweier Bildausschnitte, zum Beispiel der Familie des Gutsbesitzers und des Bauern hinter dem Holzpflug, wird die Klassensituation deutlich. Durch Fotomontagen werden Aktionäre und Grubenarbeiter des Donbass in direkte Beziehung gesetzt. Diese Gegenüberstellung verleiht den Bildausschnitten gleichfalls symbolischen Gehalt. Die verschiedenen authentischen Dokumente wachsen zu einer neuen Einheit zusammen, vermitteln eine neue künstlerische Aussage.

Dieses Prinzip ist zwar nicht neu. Der klassische Dokumentarfilm der Dsiga Wertow, Esther Schub, W. Turin und anderer brachte es schon zu eindringlicher Wirkung. Aber im Rahmen der Thorndikeschen dialektischen Konzeption (sie beziehen sich nicht willkürlich auf das Wort des bürgerlichen Publizisten Distelbarth: „Man kann Rußland nur mit sich selbst vergleichen: das Rußland von 1917 mit dem Rußland von heute. Dazu muß man das frühere Rußland gekannt haben.“) haben auch diese stilistischen Zitate ihre volle Berechtigung. Im zweiten Teil enthebt die Methode der Gegenüberstellung die Filmschöpfer davon, den Film mit Kommentaren zu überladen und in agitatorische Rhetorik zu verfallen. Von klassischer Anschaulichkeit ist die Gegenüberstellung des alten und des neuen Omsk, des alten und des neuen Kasachstan. Vielleicht am schönsten und ergreifendsten ist das vergleichende Gestaltungsprinzip im Porträt der kasachischen Ärztin Mursalijewa umgesetzt.

Doch offenbaren auch die Gegenwartskomplexe noch eine Fülle von anderen gestalterischen Möglichkeiten, das Antlitz des Sowjetlandes und seiner Menschen einzufangen. Das große Thema vom Sinn des Lebens wird behandelt, die Frage nach dem Glück gestellt. Wie lebt ein Mensch? Wann ist er ein Mensch?

Das „russische Wunder“ bedarf keines philosophischen Exkurses, keiner agitatorischen Floskel, um hier wesentliches auszusagen. Der Kommentar erfolgt optisch, ob in den Bildungssequenzen von Magnitogorsk, ob im Porträt des Professors Jemeljanow, ob beim zärtlichen Geflüster eines Liebespaares in Kasachstan. Die Frage „Wie muß der Mensch leben?“ wird in vielen filmischen Nuancen beantwortet, nie vereinfacht, nie einseitig.

Das „russische Wunder“ ist keine Wiederholung altbekannter Wahrheiten. Selbst dort, wo man glaubt, ausgiebig und umfassend unterrichtet zu sein, muß man sich angesichts dieses Filmwerks korrigieren. Diese Korrektur hat vor allem darin ihre Ursache, daß alte Wahrheiten hier einen neuen Aspekt erhalten. Neu betrachtet, in den Kosmos des russischen Wunders gestellt, offenbaren sie plötzlich überraschende Züge und Momente.

Ein Reporter befragt junge Menschen, Studenten, wieviel sie für ihr Studium bezahlen. Die Kamera fängt die Überraschung, das Staunen, die lächelnde Reaktion der Befragten ein. „Bezahlen? Nichts. Wir bekommen noch etwas dazu!“ Hier haben wir eine diesen Bürgern sozialistischer Staaten vertraute und bekannte Wahrheit über unsere Gesellschaft. Doch hier ausgesprochen, erschließt sie neue Erkenntnismomente, ist sie doch konfrontiert mit dem Teufelskreis von Hunger, Armut, Analphabetentum, den das zaristische Rußland durchschritt. Zwei Generationen – die Generation der Bastische und die Generation der Isotope und Elektronen – getrennt durch eine Idee, die der Schlüssel ist zum Wunder.

Das Verfremden alter Wahrheiten ist jedoch nur eine der vielen Möglichkeiten, die die Thorndikes anwenden, um ihre Zuschauer zum Nachdenken zu provozieren. Sie spüren selbst neue Wahrheiten auf, sind auf filmischer Entdeckungsreise. Der Blumenball in Omsk: die Schönheit von Menschen, die sich ihres Menschseins bewußt sind. Im Steuerhaus eines der neuen Hochöfen von Magnitogorsk: Zwei Menschen kontrollieren den gesamten Produktionsprozeß. Vom Menschen gelenkte Automaten und Steuerorgane ersetzen menschliche Arbeit. Das Wesen der sozialistischen Automatisierung ist in ein eindringliches Leitbild gebracht.

Typische Lebensläufe in einer sozialistischen Ordnung wurden entdeckt: Der Sohn des Analphabeten und Enkel des Bauern wird Vizepräsident der Atombehörde. Im Mikrokosmos erschließt sich der Makrokosmos. Ein gesellschaftliches Phänomen wird herausgelöst, vertieft und steht so letztlich als Synonym für viele. Diese Erzählweise ist von echter Modernität, bedeutet intellektuelle „Provokation“, die den Zuschauer als Mitschöpfer ansieht, nicht als Analphabeten des Denkens.

Mit intellektueller Disziplin sind Vorgänge und Dokumente ausgewählt, die geeignet erscheinen, die emotionale und rationale Bereitschaft des Betrachters zu finden. Dabei sind sie in keinen uniformen Stil gegossen. Die Thorndikes zeigen innerhalb ihrer geschlossenen thematischen Konzeption die Vielfalt der der filmischen Publizistik zur Verfügung stehenden Ausdrucksmittel und Genres. Das Kapitel Verbannung wird zur eigenständigen erschütternden Ballade geformt. Das infantile Tagebuch des Zaren gibt Anlaß zu satirischer Polemik. Die Szenen in der TU 104 und in Omsk werden feiletonistisch aufgelockert. Das Porträt des individuellen Helden wechselt mit der Darstellung von Schicksalen eines Kollektivs, einer Gruppe, eines Werkes, eines Milieus.

Brecht schrieb vor Jahren folgende Sentenz über den Kommunismus: „Er ist vernünftig, jeder versteht ihn, er ist leicht ... Er ist gut für dich, erkundige dich nach ihm!“ Der Film der Thorndikes macht die Wahrheit der kommunistischen Idee handhabbarer. Er erleichtert das Erkundigen. Wir besitzen in ihm ein wahres, menschliches Kunstwerk.

Fred Gehler
(Aus: „Sonntag“, 20/1963)

Der an den Schlaf der Welt rührte – Lenin

Er rührte an den Schlaf der Welt mit Worten, die Blitze waren. Sie kamen auf Schienen und Flüssen daher durch alle Länder gefahren.

Er rührte an den Schlaf der Welt mit Worten, die wurden Brot, und Lenins Worte, die wurden Armeen gegen die Hungersnot.

Er rührte an den Schlaf der Welt mit Worten, die wurden Maschinen, wurden Traktoren, Häuser, Bohrtürme und Minen –

wurden Elektrizität, hämmern in den Betrieben, stehen, unauslöschbare Schrift, in allen Herzen geschrieben ...

Johannes R. Becher (1929)

Der große Oktober

O großer Oktober der Arbeiterklasse! Endliches Sichaufrichten der so lange Niederbeugten! O Soldaten, die ihr endlich die Gewehre in die richtige Richtung gerichtet!

Die den Boden bestellten im Frühjahr, taten es nicht für sich selber. Der Sommer beugte sie tiefer. Noch die Ernte ging in die Scheuern der Herren. Aber der Oktober sah das Brot schon in den richtigen Händen!

Seitdem

hat die Welt ihre Hoffnung.

Der Kumpel in Wales und der mandschurische Kuli und der pennsylvanische Arbeiter, der unter dem Hund lebt, und der deutsche, mein Bruder, der jenen noch beneidet: sie alle wissen, es gibt einen Oktober.

Selbst die Flugzeuge der Faschisten, die gegen ihn heraufkommen, sieht der Soldat der spanischen Miliz darum mit geringerer Sorge.

Aber in Moskau, der berühmten Hauptstadt aller Arbeiter, bewegt sich alljährlich über den Roten Platz der unendliche Zug der Sieger. Mit sich führend die Embleme ihrer Fabriken, Abbilder der Traktoren und die Wollbüsche der Textilwerke,

auch die Ährenbündel der Getreidefabriken. Über sich ihre Kampfflugzeuge, die den Himmel verdunkeln, und vor sich ihre Regimenter und Tankgeschwader. Auf breiten Tuchstreifen tragen sie ihre Losungen und die Bildnisse ihrer großen Lehrer. Die Tücher sind durchsichtig, so daß all dies zugleich sichtbar ist.

(...)

Bertolt Brecht (1937)

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Lenins Schrift „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“ (1)

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommenden Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln. RF

Sendetermin: 28. Februar 1974

Genau ein Jahr nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution verfaßte Lenin die Arbeit „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“. Das Buch erschien noch im gleichen Jahr im Verlag „Kommunist“ in Moskau. Unmittelbar veranlaßt durch eine Broschüre Karl Kautskys mit dem Titel „Die Diktatur des Proletariats“ gehört Lenins Schrift zu den fundamentalen politischen Texten der kommunistischen Weltanschauung. Und sie hat bis auf den heutigen Tag nichts von ihrer politischen Aktualität und theoretischen Bedeutung eingebüßt.

Zunächst ein knapper historischer Abriss: Anfang Juli des Jahres 1918 war der 5. Gesamtrussische Sowjetkongreß zusammengetreten. Dieser Kongreß nahm die weltgeschichtlich erste sozialistische Verfassung an, die Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (RSFSR). Diese Verfassung verankerte gesetzlich die sozialökonomisch und politisch entscheidenden Errungenschaften der Oktoberrevolution: die Sowjetmacht als eine Form der Diktatur des Proletariats, die Aufhebung des Privateigentums der Kapitalisten und Gutsbesitzer, die Gleichberechtigung der Völker Rußlands. Zugleich garantierte die Verfassung allen Werktätigen die Teilnahme an der Regierung des Staates, und sie entzog den Ausbeuterklassen das Wahlrecht. Letzteres nun, die – unter den besonderen Verhältnissen Rußlands notwendige – Beschränkung des Wahlrechts für die Bourgeoisie, bildete einen der Vorwände für Kautsky und andere Führer der II. Internationale, um Lenin und die Partei der Bolschewiki den verlogenen Vorwurf zu machen, sie hätten „die Demokratie verletzt“.

Wollte man einige Hauptthemen und Hauptergebnisse der hier vorgestellten Arbeit herausheben, so wären zu nennen: *Erstens* die Verteidigung des revolutionären Marxismus gegen den Opportunismus der II. Internationale. *Zweitens* die Entwicklung der Staatstheorie. *Drittens* die Entwicklung der Revolutionstheorie und der revolutionären Strategie und Taktik der kommunistischen Bewegung unter den Bedingungen der neuen Epoche. Es ist die Epoche des durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eröffneten Übergangs der Menschheit vom Kapitalismus zum Kommunismus.

Zu den Fragen, auf die Lenin in seiner Schrift antwortet, gehören solche wie die folgende:

Was ist Demokratie? Gibt es eine über den Klasseninteressen schwebende Freiheit und Demokratie? Was ist das geschichtlich und politisch radikal neue Wesen der Sowjetmacht und der Diktatur des Proletariats gegenüber allen vorherigen Staatstypen und Regierungsformen? In welcher Weise bedeuten Opportunismus und Sozialreformismus Verrat an den Lebensinteressen der Arbeiterklasse, verfälschen sie die Marxsche Lehre, versuchen sie die Arbeiterbewegung an die Herrschaftsinteressen der Monopolbourgeoisie anzupassen? Worin besteht der Klassencharakter des imperialistischen Krieges? Was heißt es, die Vaterlandsliebe, den sozialistischen Patriotismus mit dem proletarischen Internationalismus, mit den Lebensinteressen der internationalen Arbeiterklasse zu vereinigen?

Das alles sind Fragen von brennender Aktualität. Sie gehören noch immer zu den heiß umstrittenen Problemen im Kampf zwischen der kommunistischen Weltanschauung und der bürgerlichen Ideologie, eingeschlossen ihre Erscheinungsformen in Gestalt des heutigen Sozialreformismus und des modernen Revisionismus.

Wir können freilich auf so knappem Raum nur auf einige der aufgezählten Probleme eingehen. Beginnen wir mit dem Begriff der Demokratie. Das Wort stammt aus dem Griechischen und bedeutet Herrschaft des Volkes, Volksherrschaft. Seit eh und je wollen uns nun die Verteidiger der kapitalistischen Gesellschaft und die Feinde des Kommunismus zweierlei weismachen: Erstens behaupten sie, in den „westlichen Demokratien“ – also in den vom Monopolkapital, einer Handvoll von Großaktionären, Konzernherren und Bankbesitzern regierten Ländern des Kapitals – gäbe es tatsächlich Demokratie, Volksherrschaft. Und zwar würde das Volk herrschen, indem es alle paar Jahre mittels Stimmzetteln in „freier Wahl“ eine Regierung wähle. Hierzu hatte übrigens schon Marx einmal folgendes bemerkt: der bürgerliche Parlamentarismus sei im allgemeinen dadurch gekennzeichnet, daß das Volk eigentlich nur die Wahl habe, und nun wörtlich, „einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll“¹. Zweitens sagen sie, in der Sowjetunion und in den übrigen sozialistischen Staaten gäbe es keine Demokratie, und zwar deshalb nicht, weil ja hier die Diktatur des Proletariats bestehe, und diese sei gerade das Gegenteil von Demokratie.

Beide Behauptungen sind von Grund auf verlogen und stellen die gesellschaftliche Wahrheit auf den Kopf.

Karl Kautsky – einst einflußreicher Propagandist des Marxismus, führender theoretischer Kopf der II. Internationale, seit dem Ausbruch des 1. Weltkrieges jedoch offener Opportunist und Reformist – unterstützte mit seiner These von der vorgeblichen „reinen Demokratie“ genau die erwähnte und gänzlich falsche bürgerliche Vorstellung. Und wie aller nachfolgende Antisowjetismus behauptete Kautsky schon 1918, der Sowjetstaat hebe die Demokratie auf.

Lenin nimmt zu der Hauptfrage, die geklärt sein muß, wenn man über Wesen und Rolle der Demokratie wissenschaftlich und politisch das Richtige ausmachen will, nämlich zur Klassenfrage, in einem besonderen Abschnitt seines Buches Stellung. Er ist überschrieben mit „Bürgerliche und proletarische Demokratie“. Lenin sagt hier: „Wenn man nicht dem gesunden Menschenverstand und der Geschichte hohnsprechen will, so ist klar, daß man nicht von ‚reiner Demokratie‘ sprechen kann, solange es verschiedene Klassen gibt, daß man da nur von *Klassendemokratie* sprechen kann ... Die Geschichte kennt die bürgerliche Demokratie, die den Feudalismus ablöst, und die proletarische Demokratie, die die bürgerliche ablöst ... Die bürgerliche Demokratie, die im Vergleich zum Mittelalter ein gewaltiger historischer Fortschritt ist, bleibt stets – und im Kapitalismus kann es gar nicht anders sein – eng, beschränkt, falsch und verlogen, ein Paradies für die Reichen, eine Falle und Betrug für die Ausbeuteten, die Armen.“²

Lenin verdeutlicht die Schranken, das Verlogene und Heuchlerische der bürgerlichen Demokratie sehr präzise. Insbesondere geht er auf das Argument ein, für die bürgerliche Demokratie sei doch angeblich typisch, daß sie den „Schutz der Minderheiten“ bedeute. In Wirklichkeit verhält es sich ganz anders, nämlich so, „daß die herrschende Partei den Schutz der Minoritäten nur einer anderen *bürgerlichen* Partei gewährt, während das Proletariat in jeder *ernsten, tiefgehenden, grundlegenden* Frage statt des ‚Schutzes der Minderheit‘ dem Belagerungszustand oder Pogromen ausgesetzt ist. *Je entwickelter die Demokratie, desto näher rücken bei jeder tiefgehenden politischen Auseinandersetzung, durch die die Bourgeoisie gefährdet wird, Pogrome oder Bürgerkriege heran.*“³ Und Lenin nennt solche gravierenden Belege für diesen Zusammenhang wie die

Dreyfuß-Affäre im republikanischen Frankreich, das Lynchen von Negern und Internationalisten im demokratischen Amerika, das Beispiel Irlands und Ulsters im demokratischen England, die Organisierung von Pogromen gegen die Bolschewiki im April 1917 in der damals bürgerlich-demokratischen Republik Rußland.

Wer wollte bestreiten, daß Lenins Feststellung auch für die ganze seitherige Entwicklung der kapitalistischen Welt zutrifft! Denken wir an die Errichtung der hitlerfaschistischen Diktatur des deutschen Monopolkapitals von 1933 und ihre Folgen! Denken wir an den Spanienkrieg von 1936, an die Errichtung eines militärfaschistischen Regimes in Griechenland! Denken wir an den erbarmungslosen Terror der vom US-amerikanischen Kapital ausgehaltenen Militärjunta gegen alle fortschrittlichen Kräfte in Chile! In all den eben genannten Fällen zeigt sich, daß Lenins Worte noch immer wahr sind: Wenn die Herrschaft der Bourgeoisie unter dem Ansturm der progressiven Kräfte des Volkes ernsthaft gefährdet ist, versucht sie ihre ökonomische und politische Macht nicht allein durch den Übergang zu offenen und brutalen Formen der Klassendiktatur zu retten; sie scheut dann auch nicht vor der Entfaltung des Bürgerkrieges und blutigen Konterrevolutionen zurück. Es zeigt sich daran besonders deutlich, daß die bürgerliche Demokratie formal ist. Das Formale eines solchen Prinzips bürgerlicher Demokratie wie desjenigen der Gleichheit aller Bürger kennzeichnet Lenin mit den folgenden Worten: „Auf Schritt und Tritt stoßen die geknechteten Massen auch im demokratischsten bürgerlichen Staat auf den schreienden Widerspruch zwischen der von der ‚Demokratie‘ der Kapitalisten verkündeten *formalen* Gleichheit und den Tausenden *tatsächlicher* Begrenzungen und Manipulationen, durch die die Proletarier zu *Lohnsklaven* gemacht werden.“⁴

Die von bürgerlichen Ideologen gepredigte Gleichheit – z. B. auch die sog. Chancengleichheit in der „Leistungsgesellschaft“ des Kapitals – ist genauso formal wie die von ihnen behauptete „Freiheit der Persönlichkeit“. Zwischen dem vom Besitz an Produktionsmitteln ausgeschlossen Lohnarbeiter – sagen wir des Ford-Konzerns – und dem Konzernherrn, dessen Eigentum die gigantischen Produktionsanlagen für die Automobilerzeugung sind, besteht alles andere als „Gleichheit“ oder „Chancengleichheit“ oder etwa ein Verhältnis „freier“ Sozialpartnerschaft. Der eine ist Ausbeuter, der andere ist Ausgebeuteter; der eine verfügt mit der ökonomischen auch über die politische Macht, der andere ist, weil ökonomisch machtlos, auch politisch entrechtet.

Aus den bisher skizzierten Leninschen Thesen ergibt sich:

1. Es gibt – im Gegensatz zu Kautsky, zu allem Opportunismus und aller bürgerlichen Ideologie – keine „reine“, d. h. klassenneutrale Demokratie. Demokratie, das ist wie alle sozialen Verhältnisse, wie alle politischen Erscheinungen, stets etwas geschichtlich Bestimmtes. Es handelt sich um eine Staatsform, deren Inhalt vom Charakter des jeweiligen Staates bestimmt wird. Im kapitalistischen Staat kann es folglich nur eine bürgerliche Demokratie

geben. Letztere aber ist nichts anderes als ein Instrument der Kapitalistenherrschaft.

2. Die in der bürgerlichen Demokratie verkündeten Rechte und Freiheiten tragen formalen Charakter.

3. Die Bourgeoisie ersetzt die demokratische Staatsform stets durch die offene Diktatur, wenn sie ihre Herrschaft ernsthaft bedroht glaubt. Wann, ob und in welchem Maße die Bourgeoisie eines gegebenen Landes das kann, hängt allerdings von zahlreichen inneren und äußeren Faktoren ab: von der Organisiertheit und politischen Zielstrebigkeit der progressiven und revolutionären Kräfte des Landes sowie von der Stärke und dem Masseneinfluß der marxistisch-leninistischen Partei.

Aus dem Dargestellten ergibt sich weiter: Demokratie und Diktatur lassen sich nicht abstrakt gegenüberstellen. Vielmehr beweist alle bisherige Geschichte, die Geschichte aller Klassenkämpfe: Demokratie und Diktatur stellen nur zwei Seiten einer Sache dar. Unmittelbar vor der Oktoberrevolution hatte Lenin in seiner staatstheoretischen Hauptschrift „Staat und Revolution“ betont: „Demokratie ist *nicht* identisch mit Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Demokratie ist ein die Unterordnung der Minderheit unter

die Mehrheit anerkennender *Staat*, d. h. eine Organisation zur systematischen *Gewaltanwendung* einer Klasse gegen die andere, eines Teils der Bevölkerung gegen den anderen.“⁵ Also: bürgerliche Demokratie, Staatsform einer Ausbeutergesellschaft, ist nicht das Gegenteil von Diktatur. Sie ist auch keineswegs Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit. Es ist gerade umgekehrt: Mittels ihrer herrscht und diktiert die kapitalbesitzende Minderheit über die arbeitende Mehrheit. Erst die sozialistische Revolution berichtigt ein für alle Mal dieses schreiende Mißverhältnis. Freilich nicht, indem sie eine „reine“ Demokratie herstellt, sondern indem sie die Diktatur des Proletariats errichtet. Die Frage, warum und in welcher Weise aber gerade sie den bis dahin vollständigsten Demokratismus bewirkt, wird uns im zweiten Teil des Vortrags beschäftigen (*Abdruck des Sendemanuskripts im November-„RotFuchs“*).

Anmerkungen

1) Vgl. Marx/Engels, Werke, Bd. 17, S. 340

2) W. I. Lenin, Werke, Bd. 28, S. 240 f.

3) Ebenda, S. 244

4) Ebenda, S. 244 f.

5) W. I. Lenin, Werke, Bd. 25, S. 469

Bücher von vorgestern für heute

► Larissa Reisner: Oktober

Larissa Reisner war mit dabei, sie half, die junge Sowjetmacht gegen die Angriffe der Konterrevolution zu verteidigen, und als eine der ersten schrieb sie über den Bürgerkrieg, die Helden Zarizyns und den dreijährigen Kampf der Wolga-Kaspi-Flottille. Und gleich, wieviel Aufmerksamkeit sie den einzelnen Menschen widmet, immer werden sie dem Leser schnell vertraut, nimmt er Anteil an ihrem Kampf, der voll Dramatik, aber auch Lyrik ist: ein wahres Bild von den ersten Schritten der Revolution.

Rote Dietz-Reihe, Bd. 24. Dietz-Verlag, Berlin 1961, 172 S.

► Albert Rhys Williams: Ein Amerikaner im revolutionären Rußland

Reportagen des Freundes John Reeds, unverdientermaßen immer etwas im Schatten von dessen berühmten „10 Tagen, die die Welt erschütterten“. Das Buch enthält „Gedanken zur Oktoberrevolution“ (1959), die spannende Reportage „Durch die russische Revolution“ (1922), die Arbeit „Lenin – Mensch und Werk“ (1919) und „Der größte Empfangssaal der Welt“, eine Skizze Boris Polewois über „den treuen Freund der Sowjetunion“ Albert Rhys Williams.

Dietz-Verlag, Berlin 1982, 332 S.

► Albert Nenarokow: Auf den Barrikaden der Oktoberrevolution

Erlebnisberichte von Teilnehmern und Gegnern. Damit sich die Geschichte nicht in eine leidenschaftslose Aufzählung von Tatsachen verwandelt, damit man immer wieder den Atemzug der Zeit spürt – die Tragödie hier, auch die komische Seite der Geschehnisse dort –, deswegen diese Sammlung von Augenzeugenberichten. Dieses Buch erhebt keinen Anspruch darauf, alle Geschehnisse zu erfassen. Sein Ziel ist, von einzelnen charakteristischen Episoden während der Vorbereitung und Durchführung der Revolution zu berichten.

Stimme-Verlag, Frankfurt a. M. 1967, 176 S.

► Im Zeichen des roten Sterns

Erinnerungen an die Traditionen der deutsch-sowjetischen Freundschaft

Natürlich können die Erinnerungen immer nur einzelne Seiten der Klassensolidarität und der Freundschaft zeigen, aber von jedem Beitrag läßt sich ablesen, wie sich aus kleinen Anfängen, aus Einzelaktionen die große Bewegung entwickelte. Die Autoren beschreiben nicht nur, was sie erlebten, sie gestalteten mit, standen in der ersten Reihe, sie kämpften, sammelten materielle Mittel, agitierten.

Dietz-Verlag, Berlin 1975, 322 S.

► Unser stärkstes Argument

Funktionäre der KPD über Werden und Wachsen des Sowjetlandes

Unter den Autorinnen und Autoren: Karl Liebknecht, Clara Zetkin, Franz Mehring, Rosa Luxemburg, Franz Dahlem, Ernst Thälmann, Ernst Schneller, Hermann Duncker, Alfred Kurella, Wilhelm Pieck, Albert Norden ...

Dietz-Verlag, Berlin 1977, 268 S.

Keine „Marx-freien“ Räume!

Politische Umbrüche, von den Herrschenden auf den Namen „Wende“ getauft, werden auch von diesen erst dann als dauerhaft angesehen, wenn der Name Marx und vor allem der Inhalt seiner Schriften und Lehren aus dem öffentlichen Bewußtsein verschwunden sind. So wie der damalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher 1990 gefordert hatte, ihm den Auswärtigen Dienst der DDR „besenrein und personalfrei“ zu übergeben, sollen seitdem in Deutschland wieder „Marx-freie“ Räume in Wissenschaft, Literatur, Politik durchgesetzt werden. Parteien wie Gewerkschaften sollen „Marx-frei“ sein. Die Bemühungen dazu waren und sind vielfältig, gemessen daran die Argumente eher einfältig. Karl Marx und Friedrich Engels mögen die Verfolgung ihrer Gedanken aus Prinzip vorangesehen haben, als sie das „Manifest der Kommunistischen Partei“ mit dem Paukenschlag „Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst des Kommunismus“ eröffneten. Nicht nur das „Gespenst des Kommunismus“ gehe um in Europa, schrieben sie, auch alle Mächte des alten Europa hätten sich dagegen zu einer „heiligen Hetzjagd“ verbündet. Das ist nun seit mehr als 150 Jahren so geblieben. Die Namen der „Marx-Töter“, der Machthaber im alten wie im neuen Europa, haben gewechselt, ihre Absichten nicht. Die Verhältnisse, ökonomische wie politische, sollen so bleiben, wie sie waren und sind.

In dem Entwurf seiner Grabrede für Karl Marx spricht Friedrich Engels davon, daß sein Freund zu den meistgehaßten Menschen in Europa gehörte, aber keinen einzigen persönlichen Feind hatte. An dieser Stelle irrt Friedrich Engels. Das Kapital ist nicht nur nachtragend, sondern auch rachsüchtig. Die Anhänger von Marx wurden verfolgt, ins Gefängnis geworfen und zu Zehntausenden ermordet, gerade auch in Deutschland, seinem Geburtsland. 1933 verbrannten, landesweit organisiert, fanatisierte Nazi-Studenten seine Bücher, den Autor verfluchten sie. Neben einer „schwarzen Liste“, die als Grundlage für die Bücherverbrennung diente, gab es, ebenfalls zentral vorgegeben, neun „Feuersprüche“ zu einigen den Nazis besonders verhaßten Autoren, Wissenschaftlern, Humanisten. Der erste lautete: „Gegen Klassenkampf und Materialismus, für Volksgemeinschaft und idealistische Lebenshaltung! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Marx und Kautsky!“ Zuerst brannten Bücher, dann brannten Städte und Dörfer, dann ging Europa in Flammen auf, und Millionen Menschen verloren ihr Leben. Marx verteidigen heißt bis heute, Ungeist zu bekämpfen und die Aufklärung hochzuhalten.

Über Jahrzehnte wurden die Schriften von Karl Marx als veraltet, als Menschheitsirrtum abgetan und zum Dogma umgedichtet. „Das Kapital“ taucht heute, auch 150 Jahre nach seinem ersten Erscheinen, kaum in einem ökonomischen oder geisteswissenschaftlichen Lehrplan einer deutschen Universität auf. Um ihn überhaupt ertragen zu können, wird der „Marx an sich“ dem anderen, dem Revolutionär, dem Gründer des Bundes der

Kommunisten, dem Umstürzler entgegengesetzt. Ersterer wird liberal interpretiert, sein umfassendes Wissen, die Schönheit seiner Sprache anerkannt. Gern verweisen bürgerliche Wissenschaft und im politischen Raum die Sozialdemokratie positiv auf Marx' Frühwerk, das so ganz anders sei als seine ökonomischen und strategischen Schriften. Marx mit seinem moralisch-philosophischen Anspruch soll von Marx dem Revolutionär abgespalten werden.

Friedrich Engels wußte es besser. Im Entwurf seiner Grabrede für seinen Freund und Weggefährten notierte er am 17. März 1883, daß die Wissenschaft Marx nie vollständig ausgefüllt habe, „denn er war wirklich ein Revolutionär, wie er sich selbst bezeichnete. Der Kampf für die Befreiung der Lohnarbeiter von den Fesseln des modernen kapitalistischen Systems der Produktion war seine wahre Berufung. Und niemals gab es einen aktiveren Kämpfer als ihn.“ Zu der Zeit waren die internationale Arbeiterbewegung, die Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien, und gerade die deutsche Sozialdemokratie nicht nur mit seinem Namen und seinen Schriften, sondern mit der Praxis seines politischen Kampfes eng verbunden.

Das Verhältnis von Sozialdemokratie und Marx war jedoch beidseitig stets ein spannungsreiches.

Die heutige SPD hat kaum mehr etwas mit der Sozialdemokratie der Marx'schen Zeit, mit Wilhelm Liebknecht, August Bebel, Karl Kautsky, Eduard Bernstein zu tun. Die letzte Scheidungsurkunde zwischen Marxismus und SPD ist deren Godesberger Programm (1959), mit dem sie auf NATO- und Westkurs einschwenkte und sich radikal von Marx und Klassenkampf trennte. Die SPD ist keine Partei, die „bei Marx“ ist, und trotzdem ist bei vielen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Sehnsucht, bei Marx zu sein, lebendig geblieben. ...

„Das Kapital“ Band 1 von Marx (1867) und Darwins epochales Werk über den „Ursprung der Arten“ (1859) sind fast zeitgleich erschienen. Wie Darwin das Entwicklungsgesetz der organischen Natur entdeckt hat, so Marx das der menschlichen Geschichte und zwar in zweifacher Weise: im „historischen Materialismus“ im Allgemeinen und in den Beziehungen von kapitalistischer Produktionsweise und der von ihr erzeugten bürgerlichen Gesellschaft im Besonderen. Indem sie die jeweiligen Entwicklungsgesetze von Natur und Gesellschaft erforscht und beschrieben haben, haben Darwin und Marx sie jeweils von ideologischer Überwucherung befreit. Sie haben die Auffassungen von der Welt revolutioniert. Ihre Erkenntnisse sind bis heute stürmisch umstritten. Das haben sie gemeinsam; wobei, wie Marx schrieb, „die Menschengeschichte sich dadurch von der Naturgeschichte unterscheidet, daß wir die eine gemacht und die andere nicht gemacht haben“.

Das von Marx entdeckte Grundprinzip der menschengemachten Geschichte ist einfach: Staatseinrichtungen, Rechtsanschauungen, Kunst, Religion haben sich aus

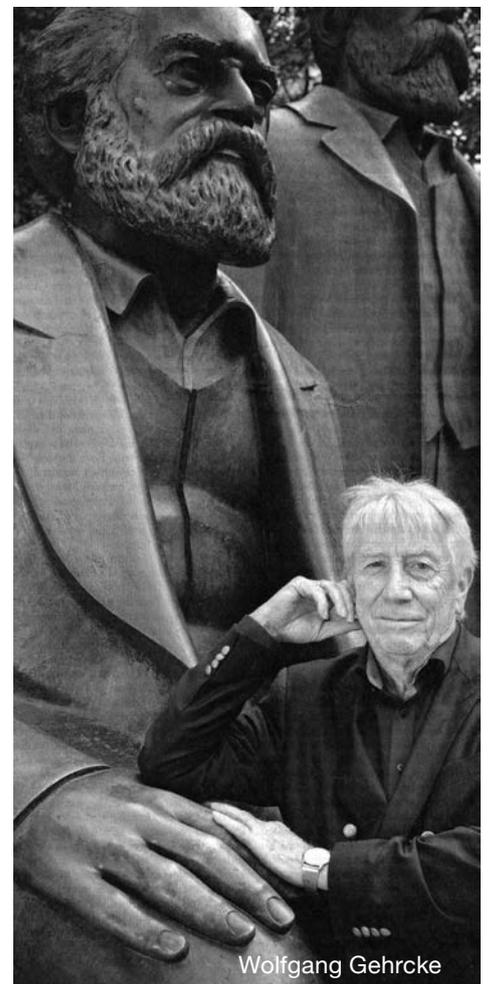
den ökonomischen Entwicklungsstufen heraus entwickelt und sind letztlich aus ihnen zu erklären. Im „Kapital“ hat Karl Marx das spezielle Bewegungsgesetz der kapitalistischen Produktionsweise, die Profitproduktion, offengelegt und ist den Formen nachgegangen, die sie annehmen kann. Mit dieser wissenschaftlichen Erkenntnis hat er das Licht entfacht, mit dessen Hilfe sich die Lohnabhängigen aus dem Dunkel des bisherigen erkenntnistheoretischen Zustands befreien können: Sie brauchen in der Tat keinen Gott, keinen Kaiser noch Tribun, um sich aus dem Elend zu erlösen. Mit Marx waren sie bei sich selbst, bei ihrer eigenen Kraft angekommen.

Marx selbst hat sich stets dagegen gewehrt, zum Säulenheiligen gemacht zu werden. Er lehnte es ab, sich selbst als „Marxianer“ zu verstehen oder gar so zu bezeichnen. Sein Lebensmotto „An allem ist zu zweifeln“ hat er nicht zuletzt auf seine eigenen Erkenntnisse bezogen.

Es wird viel Zeit brauchen, Energie, Verstand und Moral, ehe die linke Bewegung in Deutschland wieder zu Recht mit Rosa Luxemburg von sich sagen kann: „Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner!“

Wolfgang Gehrcke

(Leicht gekürzt aus „Das Kapital, das Buch der Bücher ...“ Hrsg. von Wolfgang Gehrcke und Christiane Reymann. PapyRossa-Verlag, Köln 2017)



Wolfgang Gehrcke

Geschichtsvergessenheit deutscher Politiker

Vor kurzem habe ich mir alte sowjetische Filme wieder angesehen. So „Ein Menschenschicksal“, „Im Morgengrauen ist es noch still“, „Blockade“, „Man wird nicht als Soldat geboren“, „Die Lebenden und die Toten“ ... Sie beschreiben die Zeit des faschistischen Überfalls auf die Sowjetunion, die Jahre des Großen Vaterländischen Krieges. Welch ein Unglück brach über dieses Land, über dieses Volk herein! Können das heutige Generationen überhaupt noch ermesen? Auch deshalb sind diese Filme aktueller denn je. Nicht, weil wir gegenwärtig in der gleichen Situation wie damals wären, sondern weil die Gründe für das Führen von Kriegen nicht beseitigt sind. Expansionismus treibt das Kapital voran, damals wie heute.

Es stellt sich die Frage, wie es sein kann, daß erst 72 Jahre nach Kriegsende damit begonnen wird, die Devotionalien aus der Zeit des Faschismus in der Bundeswehr zu entsorgen. Vergessen? Ein Versehen? Wohl kaum! Es erklärt sich mit der in der Alt-BRD seit 1945 nicht beseitigten Glorifizierung der „Heldentaten“ der Wehrmacht. Es waren u. a. die in Millionenaufgaben verbreiteten „Landserhefte“, die dazu beitrugen, im öffentlichen Bewußtsein Westdeutschlands ein antikommunistisches Zerrbild vom Krieg, seinem Beginn und seinen Folgen zu erzeugen.

Und nicht zu vergessen: Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hatte mit seinem Urteil vom 31. Juli 1973 zum Grundlagenvertrag zwischen BRD und DDR auf seine Weise bestätigt: „Das Grundgesetz (...) geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist. ... Das Deutsche Reich existiert fort. (...) Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert.“

Wenn also ein höchst Richterliches Organ der BRD dieses 1973 feststellte, was die Bundesregierung 2013 erneut bestätigte, wie sollte dann eine wirkliche Bewältigung der faschistischen Vergangenheit und des faschistischen Gedankengutes in großen Teilen der Bevölkerung Westdeutschlands erfolgt sein? Plötzlich wundert man sich, daß es sogenannte Reichsbürger gibt. Wird hier nicht erklärbar, warum es die herrschenden Kreise der BRD wieder gen Osten zieht (eine Politik, die sie seit Ende des 2. Weltkrieges nicht aufgegeben haben)? Eine Revision der Ergebnisse eben dieses Krieges ist das Ziel.

Seit Jahren befinden sich in Europa politische Kräfte an den Hebeln der Macht, die Kriege nicht erlebt und das mit ihnen verbundene Leid nicht selbst erlitten haben. Sie predigen öffentlich Frieden, Demokratie und Menschenrechte. Hinter den Kulissen stehen sie jedoch für ganz andere Ziele. Und wie viele von ihnen sind gekauft oder haben sich aus Machterhaltungsgründen erpressen lassen? Man meint Kriege wieder führen zu können, ohne eigene Verluste zu erleiden.

Können Politiker, besonders in Deutschland, so geschichtsvergessen sein, daß sie nicht wissen, wohin sie sich bewegen?

Gegenwärtig spitzt sich eine Entwicklung zu, die sich seit Jahren abzeichnet und die vom Westen ohne Rücksicht auf internationale Verträge vorangetrieben wurde. Man hat kräftig geplant, organisiert und gehandelt, um bestehende Sicherheitsstrukturen und Verhältnisse in Europa und im Nahen Osten nachhaltig zu unterlaufen, zu beseitigen – notfalls mit Kriegen. Chaos muß gestiftet und Länder, Völker und Ethnien müssen aufeinandergehetzt werden. Seit Bestehen des Imperialismus hat er sich dieser Vorgehensweise bedient, indem willkürlich Grenzen gezogen, Völker auseinandergerissen und künstliche Staatengebilde geschaffen wurden. Immer im Interesse des Kapitals.

Nach der Niederlage des sozialistischen Lagers nahm besonders mit Bush junior diese verhängnisvolle Entwicklung ihren ungehinderten Lauf. Das Verkünden seiner damaligen Außenministerin Condoleezza Rice, „regime change“ (Regimewechsel) und „nation building“ (Nationenbildung) im Nahen Osten und in afrikanischen Regionen herbeizuführen, war der offizielle Auftakt zur unverfrorenen Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder. So, als ob man Nationen zwischen „Frühstück und Sonnenuntergang“ bilden könnte. Welche interessengebundene politische Kurzsichtigkeit! Dabei wußte man die NATO und die EU an seiner Seite, oder man hat diese Länder mit politischem und wirtschaftlichem Druck „auf Linie“ gebracht. Drehbuchautor dieser Politik war der frühere US-Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski, dem die westlichen Politiker kritiklos folgten.

Deutschland leistete dabei willfähige Dienste, auch unterhalb der Schwelle des Offiziellen. Erstmals seit 1945 wurde die BRD mit ihrer Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien wieder Kriegspartei. Man wirkte am „Verteidigungsfall“ Afghanistan mit und „verteidigte“ Deutschland am Hindukusch.

Wenn man die Schwätzereien und Kaffeesatzdeutungen von Politikern und Journalisten in den bürgerlichen Medien verfolgt, stellt sich die Frage nach deren Welt- und Weitsicht. Es schmerzt, wenn man diese unsinnigen politischen Entscheidungen und deren Begründungen mit logischem Menschenverstand nachzuvollziehen versucht. Aber dort, wo das Kapital herrscht, gibt es keine oder nur selten menschliche Logik.

Der Westen mit den USA an der Spitze hat 1990 alle Zusagen zur Gestaltung einer europäischen Sicherheitsarchitektur gebrochen. Antisowjetismus und Antikommunismus bestimmten die Richtlinien der Politik. Man hat sich regelrecht an die atlantische Übermacht geklammert, politisch gekuschelt und die Situation angeheizt, wo es nur ging.

Nun passierte in den USA mit der Präsidentschaftswahl etwas, womit das europäische und besonders das hiesige Establishment nicht gerechnet hatte. Wovor aber haben sie denn Angst, nachdem Hillary Clinton nicht gewählt

wurde? Meinen sie, daß sich irgend etwas am System ändert? Natürlich nicht. Lediglich wurden sie der allgemeinen Lächerlichkeit preisgegeben, nachdem ihre überbordende politische, mediale und finanzielle Unterstützung für diese Präsidentschaftskandidatin nach hinten losging. Entwaffnende Hilflosigkeit in den politischen Hinterzimmern und in den „Qualitätsmedien“ wohin man blickt. Daß Trump gewählt wurde, können nur die Russen inszeniert haben ...

Die Ergebnisse sind eine zerstörte Sicherheitsarchitektur in Europa, Kriege in Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien und der Ukraine. Die NATO steht an russischen Grenzen wie weiland die deutsche Wehrmacht – jetzt aber, um angeblich Frieden zu stiften. Wann und wo haben imperialistische Armeen schon einmal in der Welt Frieden gestiftet?

Nicht, daß man selbstkritisch eigene Fehler eingesteht. Nein, man kreierte ein neues (altes!) Feindbild: der Russe und ganz besonders Putin als Diktator, als Verbrecher. Mit der Ukrainekrise und mit Libyen hat das nichts zu tun. Die Stoßrichtung im Rahmen einer längst bekannten Strategie hat sich nach 1989/90 nicht geändert. Es geht gen Osten. Man erinnere sich an den damaligen Kriegsminister der USA Donald Rumsfeld, der das „neue Europa“ östlich der Oder-Neiße-Grenze favorisierte. Das war der Startschuß für die Errichtung eines Bollwerks gegen Rußland, so wie es Brzezinski vorausgesagt und allen US-Präsidenten seit Anfang der 90er Jahre eingetrichtert hatte.

Man erinnere sich an die warnende Rede Putins auf der „Münchener Sicherheitskonferenz vor zehn Jahren oder an seine Rede vor dem Deutschen Bundestag! Nicht der Westen streckte die Hand zur Verständigung aus. Es war Rußland mit Putin als Präsident – und ist es immer noch. Das paßt jedoch offenbar nicht in die Strategie des Westens.

Reiner Neubert, Berlin

Wir grüßen und beglückwünschen

**Prof. em. Dr. sc.
Horst Schneider**

aus Dresden zu seinem 90. Geburtstag, den er am 25. Oktober begeht. Wir nehmen Dein Jubiläum, lieber Genosse Schneider, zum Anlaß, um Dir für Deinen außerordentlichen Beitrag, den Du zur Profilierung unserer Zeitschrift sei vielen Jahren leistest, den Dank des RF-Kollektivs auszusprechen. Als Lehrer in der DDR und Wissenschaftler an der Pädagogischen Hochschule in Dresden galt Dein Engagement der klassenmäßigen Erziehung der jungen Generation. Bis heute wirst Du nicht müde, mit Deinen Schriften und Publikationen das Erbe der DDR zu verteidigen und für eine sozialistische Gesellschaftsperspektive einzutreten.

Weltfestspiele der Jugend und Studenten (3)

Am 14. Oktober starten die XIX. Weltfestspiele der Jugend und Studenten mit einer internationalen Parade auf dem Roten Platz. Am Tag danach können Festivaldelegierte aus 150 Ländern – insgesamt werden 20 000 junge Leute erwartet – in der olympischen Eishalle „Bolschoi“ der Festivalstadt Sotschi am Nachmittag die Eröffnungszereemonie erleben. Bereits Stunden zuvor werden die politischen, kulturellen und sportlichen Veranstaltungen begonnen haben. Auf der Internetseite des Russischen Nationalen Vorbereitungs Komitees (russia2017.com) ist eine große Vielfalt an Aktivitäten angekündigt, mit denen den Vertretern der Weltjugend unvergessliche Erlebnisse bereitet und deren unterschiedlichste Interessen berücksichtigt werden sollen. Einen ganz besonderen Programmpunkt haben sich die Organisatoren der dritten „russischen“ Weltfestspiele (nach 1957 und 1985) ausgedacht: Einige Delegierte werden erst am 17. Oktober in Sotschi ein treffen, denn sie nehmen vorher am Regionalen Festivalprogramm teil. Jugendgruppen aus aller Welt besuchen 15 unterschiedliche Regionen Rußlands, darunter Weliki Nowgorod, Wladiwostok, Nowosibirsk, Kaliningrad, St. Petersburg und Sewastopol. Die Jugendlichen können so die Vielfalt Rußlands erleben und auch an anderen Orten Festivalstimmung genießen.

Wenn dann am 21. Oktober das Festival in der Bolschoi-Halle in Sotschi dem Ende zugeht und die Abschlusserklärung bekanntgemacht ist, wird man wissen, wie erfolgreich der Weltbund der Demokratischen Jugend (WBDJ)

seinen bisherigen Festivals ein neunzehntes hinzufügen konnte. Fragen stellen sich bei genauer Betrachtung der politischen Diskussionsthemen auf der genannten Internetseite und beim Lesen eines Beitrages von Nikolas Papadimitriou, dem Präsidenten des WBDJ, für die Monatsschrift der Schwedischen Kommunistischen Partei „Riktspunkt“ (4/2017). Die Geschichte zeige, so Papadimitriou, daß die Weltfestspielbewegung mit ihrer konkreten historischen Verwurzelung nur dann eine erfolgreiche Fortsetzung findet, wenn sie mit den Ideen des Friedens, der Völkereundschaft und des antiimperialistischen Kampfes verbunden bleibt. Eine gute Infrastruktur und eine große Summe Geldes allein seien für einen Erfolg nicht ausreichend.

Diese Aussage spiegelt offenbar eine Auseinandersetzung um die Themen wider, welche das Programm der Konferenzen und Diskussionen in Sotschi bilden. Die Auseinandersetzung fand ihren Abschluß Mitte August, als die veröffentlichten Themen eine „Auffrischung“ erfuhren und den Vorstellungen des WBDJ angeglichen wurden. Fand man dort die aus UNO-Zielstellungen wie den „17 Zielen der nachhaltigen Entwicklung“ abgeleiteten Schwerpunkte, so ordnen sich diese jetzt in einen Rahmen ein, der auch Themen enthält wie „Die Ziele und Errungenschaften der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“, „Die Rolle der UdSSR im Kampf gegen Nazismus

und Faschismus“, „Der Beitrag der UdSSR für die nationalen Befreiungsbewegungen“ oder „Das Erbe Che Guevaras in der Jugendbewegung“. Das Wort Antiimperialismus wird vermieden. Man findet es, wenn man auf die Internetseite des Allrussischen Leninschen Kommunistischen Jugendverbandes (skmrf.ru) schaut. Der jedoch ist nicht Mitglied des Russischen Nationalen Vorbereitungs Komitees – im Unterschied zum Leninschen Komsomol, dem Jugendverband der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (JKCM РФ, komsomolrf.ru), der aktiv im Vorbereitungs-komitee mitarbeitet.

Uwe Durak, Greifswald



Unser Autor (hier anlässlich eines Vorbereitungstreffens in Moskau) freut sich auf seine Aufgabe als „Silberner Volontär“ – das ist die Bezeichnung für die älteren unter den 5000 freiwilligen Helfern bei den XIX. Weltfestspielen.

ISOR – Gemeinsam für Gerechtigkeit kämpfen!

Selbst ist der Mann – so lautet der Titel seiner Monatszeitschrift für „Heimwerker“, der dazu animieren will, am besten selbst zum geeigneten Werkzeug zu greifen, um Geplantes zu verwirklichen. Insbesondere dann, wenn man keine Hilfe von „Leuten vom Fach“ erwarten kann.

Der Sozialverband ISOR muß nun – nach der höchstrichterlichen Nicht-Entscheidung vom November 2016, die rechtswidrige und politisch diskriminierende Rentenbestrafung von ehemaligen Angehörigen der DDR-Staatsicherheit als verfassungswidrig zu erklären – , die anfangs zitierte Aufforderung zu seinem Handlungsprinzip machen und sich selbst helfen.

Die im Juni durchgeführte ISOR-Vertreterkonferenz hat mit großer Mehrheit beschlossen: „Wir lassen nicht zu, daß unser Haus einstürzt oder bis auf die Grundmauern abbrennt. Wir handeln selbst als Feuerwehr und Rettungskräfte.“ Die gewählten ISOR-Vertreter trotzten also der Arroganz und Ignoranz dreier Richter in roter Robe und erheben ihre Stimme für die Fortführung des Kampfes um soziale Gerechtigkeit.

Sie kündigen in ihrer fast einstimmig angenommenen Entschließung an, daß ISOR als größter Sozialverband in Ostdeutschland nicht klein beigegeben wird. Die vom höchsten Gericht der BRD auf die Politik und den Gesetzgeber abgeschobene Verantwortung zur Beseitigung des weiterhin existierenden Strafrechtensystems in Gestalt des § 7 des AAGÜ sollte ISOR nun veranlassen, „den Feuerwehrschauch unter vollem Druck“ auf die Bundesregierung, die im Bundestag vertretenen Parteien und den Bundesrat zu richten. Die ISOR-Vertreter wollen auch den juristischen Weg nicht verlassen, bevor die noch begehrtbare Strecke bis nach Strasbourg nicht absolviert ist. Darum haben sie gemeinsam mit ISOR verbundenen Europarechts-Experten inzwischen kräftig an das Tor des Europäischen Gerichtshofes geklopft und dort ihre Forderungen nach Schutz des Eigentums der in der BRD diesbezüglich Beraubten, nach Beseitigung ihrer Diskriminierung und nach einem fairen Gerichtsverfahren in der BRD vorgebracht.

Gewiß werden diese „ISOR-Thesen“ am Gerichtshoftor in Strasbourg nicht das

historische Gewicht der „Luther-Thesen“ von vor 500 Jahren am Tor der Schloßkirche zu Wittenberg und erst recht nicht das des Aufrufs Lenins vom Juni 1917 zur Oktoberrevolution in Petersburg vor 100 Jahren erreichen. Aber sie werden in diversen europäischen Medien zumindest darauf hinweisen, daß es mit der vielgepriesenen Rechtsstaatlichkeit der BRD nicht weit her ist.

Viele meinten, es sei schon zu viel vernichtet, als daß noch etwas zu retten sei. Überblickt man die Zeit, in welcher der „Brand“ schon schwelt, könnte man ihrer Auffassung folgen. Doch selbst Asche ist vielfältig nützlich verwertbar. Auch wenn die Überreste nur „verkohltes Papier“ waren, wird daraus noch so manches ablesbar, was für den „Wiederaufbau nach dem Brand“ von Bedeutung ist.

Den vielen tausend tapferen „Brandbekämpfern“ sei gewünscht, daß sie mit ihrem auf die unsoziale Politik in der BRD gerichteten „Feuerwehrschauch“ und mit ihren „Thesen am europäischen Gerichtshoftor“ Erfolg haben mögen.

Manfred Wild, Berlin

Das Denkmal im Gamengrund

Der 24. August 1941 war ein Sonntag. Viele Berliner wollten auf der Flucht vor der sommerlichen Hitze den Tag im Grünen verbringen. Der Zug nach Tiefensee, dem im Nordosten der Hauptstadt gelegenen Erholungsort, war voll besetzt. Gewiß bedrückte der Krieg die Gemüter, aber noch war ja alles gutgegangen. Seit dem „Polenfeldzug“ hatte eine Sondermeldung nach der anderen von Vormarsch und Siegen berichtet. Daß seit einigen Wochen die deutschen Truppen auch in Rußland vorrückten, aber ein Ende noch nicht abzusehen war, das wurde von vielen im Glauben an die „Vorsehung des Führers“ einfach verdrängt.

Sicher traf das nicht auf alle Reisenden zu, die in Werneuchen oder Tiefensee ausgestiegen waren. Insbesondere nicht auf jene Frauen und Männer, die sich im Blumenthaler Forst – in der Nähe des Gamensees – zu einem illegalen Treffen verabredet hatten. Es waren etwa 50 Antifaschisten, die sich auf einer abgelegenen Waldlichtung zu einer geheimen Beratung versammelt hatten. Der Überfall auf die Sowjetunion hatte nicht nur Kommunisten, sondern auch andere Widerstandskämpfer alarmiert. Die Nachrichten waren spärlich, und eine nüchterne Einschätzung der Situation war dringend erforderlich. Jeder spürte, daß der Kampf gegen die Weltherrschaftspläne der Faschisten in ein entscheidendes Stadium getreten war.

Der Leiter der Berliner Widerstandsgruppe, Dr. Josef Römer, berichtete über die militärische Lage. Seine Informationen und Argumente bestärkten die Zuversicht seiner Genossen, die unter Einsatz ihres Lebens den illegalen Kampf gegen das Hitlerregime führten. Trotz aller Erfolge der Faschisten werde der „Rußlandfeldzug“ mit einer Niederlage enden. Römers Ausführungen wurden ergänzt durch den Bericht von Willy Sachse, der eine Widerstandsgruppe im Berliner Arbeiterbezirk Neukölln leitete. Er sprach über die zunehmende Verschlechterung der Lebensverhältnisse im Land und die wachsenden Schwierigkeiten in der Rüstungsindustrie. Nach diesem Treffen verstärkten die Antifaschisten ihren Widerstand gegen das Nazi-Regime. Im Februar 1942 wurden viele, die sich nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Gamengrund getroffen hatten, verhaftet. Ein Spitzel hatte sich in ihre Reihen eingeschlichen und verriet sie an die Gestapo. Folterungen und hohe Haftstrafen waren die Folge, die meisten wurden zum Tode verurteilt.

Mitglieder der VVN, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, haben ihren von den Faschisten ermordeten Kameraden 1974 im Gamengrund ein Denkmal gesetzt. Auf einer Bronzetafel lesen wir die Namen jener Antifaschisten, die sich im Kampf um ein friedliches und demokratisches Deutschland besondere Verdienste erworben haben.

Dr. Josef Römer, der Initiator des illegalen Gamengrund-Treffens, wurde am 17. Dezember 1892 in München geboren, seit 1932 war er Mitglied der KPD und Herausgeber der Zeitschrift „Aufbruch“. Für diese Zeitschrift

schrieben Persönlichkeiten aus bürgerlichen Kreisen wie Leutnant Richard Scheringer und der Schriftsteller Bodo Uhse, die Kommunisten Ludwig Renn, Theodor Neubauer und Ernst Schneller. Nach seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager Dachau im Sommer 1939 setzte er in München den Kampf gegen die faschistischen Machthaber fort. Im Februar 1942 erneut verhaftet, starb er nach seiner Verurteilung zum Tode am 10. Juli 1944 am 25. September 1944 im Zuchthaus Berlin-Plötzensee unter dem Fallbeil.

Willy Sachse, am 7. Januar 1896 in Leipzig geboren, war während des ersten Weltkriegs einer der Führer des revolutionären Matrosenaufstands in der deutschen Hochseeflotte. Zusammen mit Albin Köbis und Max Reichpietsch wurde er 1917 zum Tode verurteilt. In letzter Minute zu Zuchthaus begnadigt, befreite die Novemberevolution Willy Sachse aus dem Kerker. Als Mitglied der KPD lernt er im antifaschistischen Widerstand Dr. Josef Römer kennen und wird während des Krieges dessen engster Mitarbeiter in der Redaktion des illegal erscheinenden „Informationsdienstes“. Im Februar 1942 wird Willy Sachse verhaftet, im Juli 1944 zum Tode verurteilt und am 21. August 1944 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet.

Fritz Riedel wurde am 1. März 1908 in Berlin geboren. Er war seit 1929 Mitglied des Arbeitersportvereins Fichte und warb als Mitglied der KPD unermüdlich neue Anhänger für die Antifaschistische Aktion. Fritz Riedel setzte

seine antifaschistische Tätigkeit auch während der Hitlerdiktatur fort und war während des Krieges einer der wichtigsten Kampfgefährten von Dr. Josef Römer. Im Februar 1944 wurde er verhaftet, im Juli 1944 zum Tode verurteilt, am 21. August 1944 starb er im Zuchthaus Brandenburg unter dem Fallbeil.

Kurt Ritter, am 31. Dezember 1909 in Ostramond in Thüringen geboren, war von Beruf Landarbeiter und Weber. Er wurde Mitglied und Funktionär der KPD. Als die Faschisten 1933 Jagd auf ihn und seine Genossen machten, übersiedelte Kurt Ritter nach Berlin, um den Verfolgungen der SA zu entgehen. Er fand Arbeit in einem Lichtenberger Rüstungsbetrieb und setzte auch hier seine antifaschistische Tätigkeit fort. Im Februar 1942 wurde er an seinem Arbeitsplatz verhaftet, im Sommer 1944 zum Tode verurteilt und am 28. August 1944 im Zuchthaus Brandenburg hingerichtet.

Es ist inzwischen gute Tradition, daß die Mitglieder der Strausberger DKP und der „RotFuchs“-Regionalgruppe mit Freunden und Sympathisanten den Gedenkstein im Gamengrund besuchen. Er ist zu einem Ort des Nachdenkens über den Sinn unseres politischen Handelns geworden, zu einem Ort des Erinnerns an das Vermächtnis jener, die sich damals dort im Zeichen des Widerstands gegen die faschistische Barbarei versammelt haben. Mehr denn je gilt auch in unseren Tagen das in den Gedenkstein gemeißelte Wort: „Laßt die Toten in Euren Taten leben!“

Prof. Dr. Erich Kundel, Eggersdorf

Einladung

Der Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. lädt alle Mitglieder für Sonnabend, den 18. November 2017, zur Mitgliederversammlung in den Münzenberg-Saal des Bürogebäudes Franz-Mehring-Platz 1 (ND-Gebäude), 10243 Berlin, herzlich ein.

Tagesordnung:

- Berichte des Vorstandes, des Kassierers und der Revisionskommission
- Aussprache
- Beschlußfassung über eine Änderung des § 7 der Satzung *
- Neuwahl des Vorstandes, der gesetzlichen Vertreter des Vereins und der Revisionskommission
- Kulturprogramm

Die Mitgliederversammlung beginnt um 10 Uhr und dauert bis gegen 15 Uhr.

* Vorschlag zur Satzungsänderung

Bisher:

§ 7 Chefredakteur

1. Der Chefredakteur wird vom Vorstand berufen.
2. Der Chefredakteur leitet die Zeitschrift eigenverantwortlich und ist dem Vorstand gegenüber rechenschaftspflichtig.
3. Der Vorstand beruft einen redaktionellen Beirat. Er tagt unter Leitung des Chefredakteurs mindestens alle 6 Monate.

Neu:

§ 7 Redaktion

1. Die Redaktion wird vom Vorstand berufen. Ihr gehören ein im Sinne des Presserechts Verantwortlicher und mindestens zwei weitere Redakteure an.
2. Die Redaktion arbeitet auf der Grundlage der in dieser Satzung niedergelegten Zielstellung (bes. § 2 Zweck und Aufgaben, Abs. 1).
3. Die Redaktion ist dem Vorstand gegenüber rechenschaftspflichtig.

Junge Frau im Sozialismus (Teil 5)

Was die Reformierung des Sozialismus anbelangt, wurde meine Zuversicht auch getragen von der politischen Entwicklung in Kuba und seit November 1971 in Chile. Dort hatte die Unidad Popular, eine Einheitsfront linker, fortschrittlicher Parteien in Chile, Salvador Allende zum Präsidenten gewählt, der die Kupferminen verstaatlichte und ein umfassendes soziales Programm für die ärmsten Menschen im Lande schaffte. Und wieder schritten amerikanische Geheimdienste ein. Am 11. September 1973 nahmen sich die Globalstrategen der USA im Namen der „Demokratie“ wieder mal die „Freiheit“, jede kleinste Regung in Richtung Sozialismus möglichst im Keim zu ersticken. Der gekaufte chilenische Verräter General Pinochet ließ den Präsidentenpalast bombardieren. Allende, der sich bis zuletzt verteidigte, fand den Tod und mit ihm unzählige Anhänger der Volkspartei. Die folgenden hunderttausendfachen Verhaftungen, Folterungen und Morde an chilenischen Sozialisten und Kommunisten, von Intellektuellen und Künstlern erschütterten vor allem die sozialistische Welt, die sich dem neuen Chile verbunden fühlte. Dazu zählten auch die DDR und



viele ihrer Bürger. Wir kannten die wunderbaren Gedichte von Pablo Neruda, wir kannten die Lieder des Volkssängers Victor Jara, dem die Folterknechte von Pinochet im Stadion von Santiago die Gitarre und die Hände mit Gewehrkolben zerschlagen hatten, als er mit seinen Liedern den Mitgefangenen Mut machte. Sie töteten auch ihn. Pablo Nerudas Haus in Isla Negra wurde verwüstet. Der große Dichter, Nobelpreisträger und Kommunist Pablo Neruda starb wenige Wochen später am Kummer um dieses Blutbad an seinem Volk und um den Tod seines Freundes Salvador Allende.

„Sein Leichnam wurde heimlich beerdigt ... begleitet von einer einzigen Frau, die den Schmerz der Welt in sich trug, ... zerfetzt von den Kugeln der Soldaten, die Chile wieder einmal verraten hatten.“ So schreibt Neruda in seinen erschütternden Memoiren „Ich bekenne, ich habe gelebt“, die kurz nach seinem Tod veröffentlicht wurden. Im Verlag Volk und Welt erschien auch Nerudas umfangreiches Gesamtwerk in vielen Auflagen, großartig übersetzt von Erich Ahrendt. Ich habe diese Bücher von Neruda verschlungen. Seine sprachgewaltigen Gedichte und Oden begeistern mich immer wieder. Und zu meiner liebsten Musik gehören immer noch die Lieder von Victor Jara, wie das: „En ti compañera de mis días y del porvenir ... Sin saber el fin ... el fin“ (Gefährtin meiner Tage und der Zukunft

... deren Ende man nicht kennt“). Die DDR-Regierung unter Erich Honecker übte damals tätige Solidarität, nahm Tausende chilenische Flüchtlinge mit Familien auf und gab ihnen Wohnung, Arbeit und eine Heimat. Darüber ist viel geschrieben worden. Aber für viele ist das nach 44 Jahren vergessen, weil ja die DDR nur grau, trostlos und bösartig gezeichnet werden soll.

Ich, junge Frau im Sozialismus, kleine fleißige Studentin, hatte in dieser Zeit beim DEFA-Kurzfilmstudio um unbezahlten Arbeitsurlaub bis zum Ende des Studiums gebeten, um mehr Zeit für die Kinder und fürs Studium zu haben. Das schlechte Gewissen begleitete mich immer, und ich hatte das Gefühl, ich müsse drei Leben leben. Inzwischen war ich Kandidatin des Schriftstellerver-

bandes und schrieb weiter Gedichte und Geschichten. 1975 bekam ich gemeinsam mit anderen jungen DDR-Autoren vom Schriftstellerverband eine Studienreise nach Moskau und Leningrad geschenkt. Auf den Spuren von Tolstoi und Dostojewski erlebten wir herrliche Tage im Novemberschnee, begegneten sowjetischen Schriftstellern, besuchten den Heldengruftfriedhof in Lenin-

grad. Kaum einer von uns konnte die Tränen unterdrücken beim Klang der Windharfen auf dem verschneiten Friedhof mit diesen aber Tausenden Toten. Das Leid des sowjetischen Volkes war uns hautnah. Auf dem Rückflug am 22. November 1975 von Moskau nach Berlin kam im Bordfunk die Nachricht vom Tod Francos. Plötzlich war ein Jubel im Flugzeug, die Menschen standen auf und klatschten, weil ein Massenmörder gestorben war, ein Diktator, der seit dem Spanienkrieg 1936 an der Macht war und viel Blut an den Händen hatte, das nie gesühnt wurde.

Meine Jungs Adrian und Sebastian waren jetzt zwölf bzw. zehn Jahre alt, sehr selbständig und nachmittags im Schulhort in Babelsberg bestens betreut. Ich hatte einen neuen Filmvertrag für einen Kinderfilm fürs DEFA-Spielstudio bekommen. Meine Dramaturgin Katharina Schubert konnte das Drehbuch an den Regisseur Herrmann Zschoche vermitteln, der schon mit zauberhaften Kinder- und Jugendfilmen bekannt war. Herrmann und ich verstanden uns auf Anhieb, hatten die gleiche Wellenlänge, was Ästhetik und die sensible Haltung zu Kindern betraf und was zu einer lebenslangen Arbeitsfreundschaft führte. Der Film „Philipp der Kleine“ wurde 1975 abgedreht. Im Juni 1976 war Premiere, und die Presse war begeistert über diese real-phantastische Erzählweise, die mit Selbstverständlichkeit Wunder im Alltag geschehen läßt.

Ein Junge, zu klein für sein Alter, müht sich um Anerkennung, bekommt eine Wunderflöte geschenkt und kann mit einer Zaubermelodie Dinge größer oder kleiner machen ...



Ein schöner runder Film, zauberhaft gemacht von Herrmann Zschoche und dem Filmteam, inzwischen auch als DVD zu haben. Preise gab's im Inland reichlich, auch in Salzburg beim Kinderfilmfestival den Publikumspreis. Der Preis, eine große silberne Nabelschere, die einen Storch mit einem Baby im Bauch zeigt, ist im Filmmuseum Potsdam zu sehen, in der großen Vitrine, die Hunderte Filmpreise aus 40 DEFA-Jahren zeigt. Das war also mein Spielfilm-Debüt. Stolz war ich und glücklich, mußte aber artig weiterstudieren, mich durch Prüfungen quälen.

Inzwischen war auch Rolf Losansky mit dem „Schneemann für Afrika“ beim Drehen. Nach einer dreimonatigen Afrikatour an der afrikanischen Westküste entlang, für Schnittbilder mit hoher See, Delphinen, fliegenden Fischen und afrikanischem Hafengewimmel, wurde dann im kleinen Fischerdorf Christianos in Bulgarien ein „afrikanischer Hafen“ als Hauptdrehort gezaubert. Dort und im Rostocker Hafen fanden die Außenaufnahmen statt. Unsere kleine achtjährige Hauptdarstellerin Asina, mit brauner Haut wie Milkschokolade und 21 Zöpfen, war in Leipzig geboren und sprach das süßeste Sächsisch. Ihr Vater war Student aus Ghana, der in Leipzig studierte, die Mutter eine Leipzigerin. Asina bezauberte den ganzen Drehstab. Ich war einmal in Rostock beim Drehen dabei. Drei Tage regnete es wie aus Gießkannen, der Drehstab und dreißig Kleindarsteller waren zermüht und warteten auf Sonne. Aber das heitere Gemüt von Rolf Losansky ermunterte alle.

Meinen Studienabschluß an der Filmhochschule Babelsberg im Fach Film- und Fernseh-Dramaturgie machte ich am 1. Juni 1976, dem Kindertag. Ich nahm es symbolisch, denn ich war entschlossen, weiterhin für Kinder zu schreiben, die für mich die Ureinwohner des Landes Phantasie sind. Ich habe viel gelernt in den Studienjahren, aber das Beste war, daß ich mich schon als Autorin für Kinderfilme bewährt hatte. Ab jetzt konnte ich nur noch bunte Gedanken im Kopf haben.

Christa Kožik

Vom schweren Weg der Erkenntnis

Es gehört oft mehr Mut dazu, seine Meinung zu ändern, als ihr treu zu bleiben!“ Diese Worte des Dichters Friedrich Hebbel beziehen sich auch auf die Betrachtung meines Lebens in drei unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen.

„Warum tust du dir das an? Genieße doch den Ausklang deines Lebens. Deine gesundheitlichen ‚Fesseln‘ belasten dich doch schon genügend“, sind gutgemeinte Ratschläge und Wünsche von Freunden, die ich auch ernst nehme. Doch wer wie ich die Gnade hat, das 87. Lebensjahr erreicht zu haben, der hat doch auch eine moralische Pflicht sich einzumischen, seine Erfahrungen und Bedenken mitzuteilen. Mein Denken und Tun ist katholisch bestimmt und wie bei wohl allen Menschen von Höhen und Tiefen und der Einsicht geprägt, den Mut und das Vertrauen in die Zukunft niemals aufzugeben.

Die Gesamtheit meiner Lebensbedingungen half mir, „Stolperfallen“ zu erkennen, nicht immer auszuweichen, aber auch hinter Irrwege zu kommen, Fehlinformationen und Manipulationen aufzudecken. Das ist ein schwieriger und ständiger Lernprozeß, den man wollen muß, nicht fürchten darf und auf den man sich auch vorbereiten sollte.

Meine Riesengebirgsheimat war lange Zeit fast so etwas wie eine Insel der Seligen, ein kleines Paradies. Die Zeit vor dem Krieg sah mich in einem Gefühl der Sicherheit und Ordnung, in einem uns beschützenden Staat, meinem Vaterland, auf das ich stolz war.

Meine Eltern und Großmutter ließen mich nie ihre Sorgen und Ängste spüren. Für mich war doch alles in Ordnung. Kindliche Aufregung und spontanen Ärger brachte manchmal die Schule. Immer, wenn ich mich mißverstanden fühlte und die Handlung eines Lehrers nicht einzuschätzen vermochte, war für mich der Lehrer schuld.

Zum „Reich“ gehörte auch das „Jungvolk“. Den „Schwur der Pimpfe“ nahm ich sehr ernst: „Pimpfe sind hart, schweigsam und treu. Pimpfe sind Kameraden. Das Pimpfes Höchste ist die Ehre.“

In dieser Gemeinschaft wollte ich aber nicht nur gehorsam sein und bei Geländespielen mitmachen, sondern auch etwas zu sagen haben. Da reichte der Fanfarenzug im Ort nicht aus. Meine Delegation auf die Bannführerschule während der großen Ferien mit dem Abschluß als „Hordenführer“ und später „Jungschafsführer“ „erhöhte“ mich und hinderte mich in keiner Weise an meiner Ministrantentätigkeit. Mein Glaube sagte mir auch, wie ich mich zu meinen Kameraden zu verhalten hatte.

Das Leiden und Sterben kam mir nicht nur nahe beim jährlichen Kreuzweg Jesu Christi, sondern in der Zeit, als die ersten Nachrichten und Zeichen des Krieges auch unsere „Insel“ berührten. Der Krieg kam langsam und anfangs noch mit wenigen Auswirkungen auf meine Seele und mein Denken.

Es gab die ersten Nachrichten von den Gefallenen, und unserem Pfarrer Renschke versagte oft die Stimme, wenn er Leid und Tod verkünden mußte. Dann fiel der evangelische, auch

von uns Kathol'schen geliebte Pastor Marschall in Frankreich. Unsere Herzen waren bei den Soldaten; überzeugt, daß sie das Richtige, das Gute für uns, für unser Vaterland tun. Im Ort und in Hirschberg hörten wir noch nichts vom Lärm und Getöse der Front. Das Gymnasium hatte bereits im Spätsommer des Jahres 1944 den Schulbetrieb eingestellt.

Der Dezember 1944 und die Monate bis zum 8. Mai 1945 wurden zum Trauma, zu einem Schock, zu einem Zerbersten und Zusammenfallen von Idealen. Alles verkehrte sich in das Gegenteil. Immer mehr wurde Schreckliches, unvorstellbar Schlimmes offenbar. Millionen ermordeter Juden, Christen, Antifaschisten, Sinti, Roma, Kriegsgefangene aus all den Gebieten, wo das „Dritte Reich“ seine Macht zügellos entfaltet hatte.

Die Informationen und Meldungen beinhalten auch die immensen materiellen und kulturellen Schäden, einschließlich der Vergewaltigung der Natur in den Kriegsgebieten. Die relativ wenigen Menschen, die das ahnten oder miterlebten, bewegte die Frage: Wie soll es nun mit dieser Schuld weitergehen? Warum haben wir das mitgemacht?

Auch ich erfuhr erst in dieser Zeit vom antifaschistischen Kampf meines Onkels Herbert und vom Engagement meines Vaters gegen den Krieg. Um das Leben unserer Familie zu schützen, mußten meine Eltern und meine Großmutter unerbitlich schweigen.

Wie weiter und wo? Von Mund zu Mund ging das Gerücht nach dem 8. Mai 1945, daß auch unser Kreis von Polen besetzt werden würde. Wie diesen Menschen begegnen und vielleicht mit ihnen zusammenleben angesichts dessen, was geschehen war? Meine Familie hatte viel verloren, andere aber noch viel mehr, besonders liebe Menschen.

Aus der Hoffnungslosigkeit keimte langsam der Gedanke, daß es doch irgendwie wieder gelingt, Fuß zu fassen, ein wenig Heimat und Geborgenheit mit Zukunftschancen zu finden. Meine Familie und mich verschlug es schließlich in die spätere DDR als der von mir gefühlten Alternative zu Krieg und Völkerfeindschaft. Aus all meinem Erleben sah ich in diesem neuen Staat einen Weg in die Zukunft und die Chance für eine berufliche Entwicklung. Das gewollte Engagement für die DDR führte zur kritischen Auseinandersetzung mit der jüngeren Vergangenheit. Diese Auseinandersetzung war dem Wesen nach eine antimilitaristische, antiimperialistische und antifaschistische.

Die „Insel der Seligen“ gab es nicht mehr. Was die DDR für mich wurde, wuchs aus dem Schulteranschluß mit neuen Menschen an meiner Seite, die für mich Vorbilder waren, mein Denken und Fühlen bereicherten, meine „Grundausstattung“ erweiterten und zu neuen Erkenntnissen führten.

Mein Selbstwertgefühl kehrte zurück. Ich konnte lernen, neue Erfahrungen auf verschiedenen Arbeitsebenen sammeln, bekam „Boden unter den Füßen“ und Hoffnung in die Zukunft. Das neue gesellschaftliche System war für mich ein Weg in soziale Stabilität und eine friedliche demokratische Entwicklung.

Dieser Prozeß war ein außerordentlich schwerer, hürden- wie bürgenreicher mit vielen Unwegsamkeiten und Stolpersteinen, von außen mehr als von innen.

Die Startbedingungen und Existenzgrundlagen der DDR waren unvergleichlich komplizierter als in der Bundesrepublik. Die Menschen in der DDR waren mit denen in der BRD doch aus einem „Stall“ und hatten es deswegen besonders schwer, die neue gesellschaftliche Entwicklungs- und Gestaltungslinie zu begreifen, anzunehmen und danach – unter mancherlei Einschränkungen und Mängeln – zu arbeiten. Das internationale Kräfteverhältnis (einschließlich der beiden deutschen Staaten) war eine der Ursachen dafür, daß sich dieser Sozialismus nicht auf Dauer halten konnte. Der Kapitalismus hatte das Sagen, das Übergewicht der Macht. Die Unterschiedlichkeiten im Erscheinungsbild, in der Attraktivität der beiden deutschen Staaten erzeugten bei vielen DDR-Bürgern den Wunsch auf ein „Ebenso“ im Osten. Dogmatismus, Sektierertum, Unerfahrenheit und Unbeholfenheit verhinderten wichtige Maßnahmen zur rechten Zeit. Die Schwierigkeiten, auch Vorbehalte im Umgang mit den Bündnispartnern, einschließlich der Intelligenz, waren ein weiterer Grund für den Vertrauensschwund und die Instabilität des Systems. Wenn es auch verschiedenen Ortes eine Zusammenarbeit mit den Repräsentanten der Kirchen gab, war dieser Weg vom „Ich“ zum „Wir“ eines Füreinanders und Miteinanders zu oft gestört.

Trotz allem war die DDR ein bedeutender Abschnitt in der Geschichte Nachkriegsdeutschlands, besonders im Hinblick auf ihre Haltung zu nachhaltigem Frieden, Völkerfreundschaft und sozialem Fortschritt.

Dr. Wilfried Meißner, Chemnitz



Collage: Siegfried Lachmann

An der Grenze erlebt

Über das folgende kann ich aus eigener Anschauung berichten, ich habe es als Werkleiter des Volkseigenen Betriebs „Molke-riarmaturenwerk Hötensleben“ selbst erlebt. Ich leitete diesen Betrieb von 1962 bis 1965. Seine Besonderheit bestand darin, daß seine Betriebsgrenze fast identisch war mit einem Stück der Staatsgrenze West. Die Grenze war direkt am Betriebszaun.

Als ich mit Parteiauftrag und einem provisorischen Zugangsausweis für die 500-m-Schutzzone mit meinem Trabant zum ersten Arbeitsantritt fuhr, wurde ich selbstverständlich, wie jeder andere auch, an der Grenzstelle in Marienborn kontrolliert. Ein Grenzer, dem Rang nach war er Unteroffizier, schaute argwöhnisch meinen provisorischen Ausweis an, dann verlangte er die Fahrzeugpapiere und den Führerschein, was natürlich alles in Ordnung war. Nun fragte er mich, was ich in Hötensleben wollte. „Ich will ins Armaturenwerk“, sagte ich. „Und was wollen sie dort?“ „Ich will den Betrieb ab jetzt leiten“, war meine wahrheitsgemäße Antwort. Er lachte, hob die Stimme und sagte: „So, Sie wollen ihn leiten? Ist ja toll, und gibt es denn noch mehr solche wie Sie, die den Betrieb leiten wollen?“ Ich sagte: „Hoffentlich nicht, sonst geht es doch durcheinander.“ Er gab einem anderen Grenzer die Order, mich nicht wegzulassen und gut auf mich aufzupassen, dann ging er ins Dienstzimmer, offensichtlich zu seinem Vorgesetzten. Nach kurzer Zeit kam ein Oberleutnant heraus, ging mit schnellen Schritten und lachend auf mich zu, hielt mir die Hand entgegen und sagte: „Guten Tag, Genosse Kulitzscher, es ist natürlich alles in Ordnung. Viel Erfolg in der neuen Tätigkeit, das Armaturenwerk hat es nötig!“ Er machte den Schlagbaum hoch und grüßte – auch der Unteroffizier, allerdings mit einem etwas süßsauren Gesicht. Er hatte aber richtig gehandelt. Als ich dann später noch oft mit meinem Dienstwagen, einem Wolga, die Kontrolle passieren mußte, weil doch Frau und Tochter in Magdeburg wohnten, grüßte er immer schon von weitem sehr freundlich und machte den Schlagbaum hoch. Daß es in Sachen Grenzangelegenheiten eine enge Zusammenarbeit zwischen mir und den Sicherheits- und Grenzschutzkräften gab,

verstehst sich von selbst. Der Schutz der Grenze ist Sache jedes Staates und gehört zum Völkerrecht. Das unberechtigte Übertreten der Grenze ist eine Straftat, die zu verhindern war. Erinnert sei an das Vorkommnis in der BRD an der Grenze zu den Niederlanden im Abschnitt Aachen in den 50er Jahren, bei dem illegale Grenzgänger erschossen wurden, oder an das heutige Geschehen in den USA an der Grenze zu Mexiko, bei dem fast täglich Tote zu beklagen sind.

Da ich ein möbliertes Zimmer in Hötensleben bewohnte und abends zum Essen in die Gaststätte ging, hörte ich sehr viel vom Dorfgerede. So gab es einen, der lauthals in der Kneipe verkündete: „Ich haue ab.“ Am nächsten Tag war er noch da. Nun nannte er sogar Termine für seine Republikflucht. Immer öffentlich in der Gaststätte. Er war da. Man bewachte nun seine Wohnung. Das Licht brannte, und laute Musik spielte nachts. Sie klingelten, er kam und rief: „Was wollt ihr Kanaken mitten in der Nacht?“ Er war immer da und wollte ständig abhauen. Nach einer gewissen Zeit glaubte man ihm nicht mehr und dachte „Angeber“. Wieder brannte Licht im Zimmer, und die Musik war laut, sie spielte noch am nächsten Morgen. Er war weg.

Durch sein Getue hatte man natürlich den Hötenslebener Grenzabschnitt besonders im Auge, und so war uns allen rätselhaft, wie das geschehen konnte. Just in der nächsten Nacht meldete ein Kontrollposten einen Grenzdurchbruch in Form einer Spur, die allerdings in die andere Richtung ging. Von West nach Ost. Viele Suchtrupps kämten systematisch die nähere Umgebung durch – niemand und nichts! Da holte man einen Spurenleser-Spezialisten von der Armee. Der brauchte nicht lange, um zu erkennen, daß da einer rückwärts über die Grenze von Ost nach West gelaufen ist. Er erklärte sehr plausibel, daß das Gewicht eines rückwärts Gehenden anders verlagert ist als im Vorwärtsgang, folglich sind die Tiefen der Fußspur anders. „Das läßt sich sogar nachmessen“, meinte er überzeugend.

Unser Mann war ein Schlauer. Mit Psychologie und Technik hat er seine Umwelt überlistet. Auch möglich, daß es noch Hinweise von der Grenze gab, wo es relativ leichter geht. Der

Stacheldraht und die Minen waren bei weitem nicht auf jedem Meter vorhanden.

Eines Nachts gab es an der Grenze einen lauten Knall und wildes Geschieß. Ich fragte den verantwortlichen Kommandeur des Streckenabschnitts, was das war. Er erzählte unter Augenzwinkern folgendes: „Den Knall haben wir absichtlich ausgelöst, indem wir eine Mine haben hochgehen lassen. Sofort wurde der bedrohte Grenzabschnitt mit allen zur Verfügung stehenden Leuten im Westen verstärkt. So wurden einige Abschnitte entblößt und genau dort kam eine große Gruppe junger Leute zu uns über die Grenze, die am dritten Deutschlandtreffen 1964 im Mai in Berlin teilnehmen wollten. Sie wurden in der gleichen Nacht mit dem Bus nach Berlin in ihre Quartiere gefahren. Wie diese berichteten, gab es eine ganze Reihe von Hindernissen im Westen zu überwinden, um in die DDR zu kommen.“

Als ich einmal wieder auf dem Heimweg nach Magdeburg war, bemerkte ich verstärkte Grenzkontrollen und jede Menge Hektik. Als ich mit meinem Wolga auf der Autobahn weiterfuhr, sah ich vor mir auf der rechten Seite eine Kolonne von Fahrzeugen stehen. Ich traute meinen Augen nicht. Es waren alles Amis mit Militärfahrzeugen. Ich fuhr im angemessenen Tempo an der Kolonne vorbei. Sie war sehr lang. An der Spitze konnte ich deutlich einen Kommandeurswagen ausmachen. Die Offiziere standen im Gespräch vertieft auf der Straße und genau vor ihnen ein russischer Panzer T54. Sein Geschütz war auf die Kolonne gerichtet. Als ich weiterfuhr, der Verkehr war nicht gesperrt, bemerkte ich im Wald jede Menge weitere russische Panzer. Die Radiomeldung am Abend lautete: „Eine amerikanische Militärkolonne hat sich an der Grenze der vereinbarten Grenzkontrolle widersetzt und ist gewaltsam durchgebrochen. Sie wurde später gestoppt und konnte nach ihrer Kontrolle die Fahrt nach Berlin-West fortsetzen.“ Die Kommentare dazu waren einheitlich. Man wollte prüfen, was man sich auf dem Weg durch die DDR alles leisten könnte. Dieses jedenfalls nicht.

Dr. Werner Kulitzscher, Berlin

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Oktober!

zum 92. Geburtstag
Helmut Petereins (Schwepnitz) am 14. Oktober

zum 91. Geburtstag
Gerda Grünberg (Zossen) am 25. Oktober
Eberhard Georgi (Strausberg) am 29. Oktober

zum 90. Geburtstag
Johanna Grötzner (Kaufbeuren) am 7. Oktober
Helga Besenbruch (Berlin) am 22. Oktober

zum 85. Geburtstag
Erika Kühl (Neubrandenburg) am 4. Oktober

Heinz Behrendt (Plauen) am 12. Oktober
Werner Vollrath (Zeuthen) am 17. Oktober

Horst Smok (Köln) am 22. Oktober
Rosi Bleich (Potsdam) am 28. Oktober
Bruni Bauer (Berlin) am 30. Oktober

zum 80. Geburtstag
Helga Möller (Jena) am 10. Oktober
Dr. Karl-Heinz Otto (Potsdam) am 16. Oktober

zum 75. Geburtstag
Sieglinde Mäder (Neubrandenburg)
am 7. Oktober

Karin Jakob (Magdeburg) am 22. Oktober

zum 70. Geburtstag
Joachim Borsch (Bautzen) am 2. Oktober

Zum 65. Geburtstag
Uwe Uschner (Erfurt) am 5. Oktober
Reinhard Knöfel (Golßen, OT Altgolßen)
am 8. Oktober

zum 60. Geburtstag
Heinz-Norbert Senk (Schwerin) am 8. Oktober

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

Das Emblem

Was ein vernünftiger Mensch gegen einen Hammer haben kann, ist mir schleierhaft. Ein Hammer ist ein sehr nützliches Werkzeug.



Man kann Nägel mit ihm einschlagen oder gewissen Zeitgenossen damit auf die unsauberen Finger klopfen. Nicht weniger sinnvoll ist ein Zirkel. Ich möchte mal wissen, in welche Kreise die Schüler aller Länder geraten würden, hätten sie keinen Zirkel. Was schließlich einen Ährenkranz angeht, so vermag ich beim besten Willen nichts anderes einzusehen, als daß es sich da um eine recht nahrhafte Angelegenheit handelt: Aus Ähren macht man Mehl, aus Mehl Teig und aus Teig Schrippen. Schrippen essen alle Leute gern.

Vereinigt man nun Hammer, Zirkel und Ährenkranz auf unserer Fahne, so ist das ein Emblem. Die Leute gucken sich das Emblem an und denken gleich an lauter vernünftige Sachen wie Arbeiten, Essen, Studieren. Natürlich ist in Wirklichkeit alles etwas feierlicher, aber so kann man's auch sagen. Der Bonner Regierung indes liegt dieses Emblem schwer im Magen, obwohl es dort eigentlich gar nichts verloren hat. Im Grunde hätte sie sich ja ihre Köpfe über ganz andere Dinge zu zerbrechen – beispielsweise darüber, was aus Feierschichten, Mördern im Ministerrang, steigenden Butterpreisen und Bestechungsskandalen werden soll –, aber nein, sie haben's nun mal partout mit unserer Staatsflagge, die geht ihnen nicht aus dem Sinn.

Jedem Einsichtigen dürfte inzwischen allerdings klargeworden sein, daß die getroffenen Maßnahmen gegen unsere Fahne bei weitem noch nicht ausreichen, um dem aufreizenden Symbol die einzig gehörige Abfuhr zu erteilen. Schon vernahm man aus nah und fern Äußerungen renitenten Untertanengeistes, der sich weigerte, das von allerhöchster Stelle mit dem Bannfluch belegte Flaggentuch niederzuholen. So geschehen bei kulturellen, sportlichen und handelspolitischen Veranstaltungen, hinter denen man selbstverständlich die Hand der bolschewistischen Weltrevolution vermuten muß. Um nun die gefährliche Wirkung dieser noch gefährlicheren Fahne mit dem gefährlichsten aller Embleme endgültig und ein für allemal zu beseitigen, sei es gestattet, den Herrn Innenminister in Bonn auf einige naheliegende Schritte in dieser Richtung aufmerksam zu machen. Jeglicher Gebrauch eines Hammers ist ab sofort untersagt. Da das deutsche Volk ein starkes Volk ist, kann es seine Nägel auch mit der Faust durch die Tischplatte hauen. Träger des Namens Hammer werden in Kneifzange umgetauft. Den einzigen Hammer, der im Land noch geduldet wird, hat der Herr Bundeskanzler, um sich bei Sitzungen der Alliierten Gehör zu verschaffen.

Besitz oder Gebrauch eines Zirkels ist Landesverrat. Die herrschenden Kreise benötigen keine solchen, und ob die Schüler rund oder viereckig zeichnen, ist eh schon egal, weil allzuviel Bildung nur schädlich ist. Lese-, Strick- und sonstige Unterhaltungszirkel werden aufgelöst bzw. in eine neuzugründende KDF übernommen. Der Lateinunterricht an den Höheren Lehranstalten wird eingestellt, da sich bereits Archimedes mit seinem Wort: „Noli turbare circulos meos!“ (Zerstöre meine Kreise – Zirkel – nicht!) als früher Agent Pankows entlarvt hat. Die Erwähnung des Ährenkranzes kommt dem Delikt einer Gotteslästerung gleich. Das von Konrad Adenauer regierte Volk braucht keine Ähren, versagt sich daher ab sofort gehorsamst den Verzehr von Schrippen, Brot, Kuchenbrötchen und anderen Näschereien, die sowieso nicht gut für die Zähne sind. Nur mit derart



Offizielles Logo der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der „SED-Diktatur“

harten, aber rigorosen Maßnahmen dürfte dem Emblem der DDR-Staatsflagge auf die Dauer wirksam beizukommen sein. Wobei es doch immer wieder erstaunlich bleibt, zu welchen weitgehenden Zwangsmaßnahmen ein gar nicht existierender Staat einen anderen treiben kann! Aber das ist eben der Terror.

Hans J. Stein (1960)



„Sie haben Ihre Identität verloren“, klagte kürzlich eine Fernsehzuschauerin von einst. Ich antwortete: „Hätte ich sie behalten, müßte ich erlassen, wie seinerzeit Bert Brechts Herr Keuner erblasste.“ Dennoch ist der Komödiant in mir lebendig geblieben, sonst gäbe es nicht das von mir reimrhythmisch erweiterte Sprichwort:

Die Zeit vergeht, der Narr besteht, doch macht sie selbst den Narren klug, falls er sie nicht zu Tode schlug.

Aus: Lutz Jahoda/Rainer Schwalm
„Lustig ist anders“

BoD, Norderstedt 2017, 448 S., 26,99 €

In der DDR hatte der Sport Verfassungsrang

Auch wenn es westlich der Elbe keiner Recht wahrhaben will, das Sportsystem der DDR war von Erfolg gekrönt, weil „die sozialistische Gesellschaft eine Mobilisierungskraft hatte, die eine unübersehbare Schar von Lehrern, Kindergärtnerinnen, Betriebsleitern, Gewerkschafts- und FDJ-Funktionären, Pionierleitern, Volkspolizisten, Wissenschaftlern, Ärzten, Journalisten, Übungsleitern, Kampf- und Schiedsrichtern, Platzwartern, Initiatoren und Organisatoren auf das Ziel „Sport für alle“ vereinen konnte, wie es unsere Sportlegende Gustav Adolf Schur (Täve) in seiner Rede beim Treffen anlässlich des 60. Gründungstages des DDR-Sportverbandes im Berliner Freizeitforum vor nahezu 200 Teilnehmern hervorhob. Es bleibt dabei, nicht nur die Medaillen bei Olympia, WM und EM, sondern eben die gesamte Organisation des Sports für alle – von den Jüngsten im Kindergarten bis zu den Veteranen – belegt das.

Täve, der zu den Gründungsmitgliedern gehörte, erinnerte daran, wie es begann: „Nach vielen Mühen, partiellen Rückschlägen, aber vor allem Fortschritten, bestand das Ziel darin, ein vielseitiges System der Körperkultur zu vervollkommen, zu dem alle Bürger Zugang hatten und das den sportlichen Talenten die Möglichkeit bot, nach den persönlichen Neigungen ausgebildet zu werden. Dafür stand die höchste Autorität: Der Sport hatte Verfassungsrang und zudem eine hohe gesellschaftliche Wertschätzung. Das Jugendgesetz, das Bildungsgesetz, das Gesetzbuch der Arbeit schufen einen staatlichen Ordnungsrahmen, der die ganze Gesellschaft zu diesem Anliegen verpflichtete.

Alle Welt war voller Bewunderung über die einzigartigen Erfolge unserer sozialistischen

Sportbewegung in den Städten und Dörfern, in den Betrieben der Industrie und Landwirtschaft, in den Kindergärten, Schulen und Hochschulen, bei Betriebssportfesten und Spartakiaden, den glanzvollen Turn- und Sportfesten und in den internationalen Arenen des Sports.“

Es war dann wohl nur zu verständlich, daß die westdeutsche Sportführung und die Sportverbände 1989 frohlockten und sich schon als Erben des erfolgreichen Sports der DDR sahen. Ganz Einfältige hatten schon die Medaillen addiert und sahen sich konkurrenzlos vorn. Doch sie machten die Rechnung ohne den Wirt, den damaligen Sportminister Wolfgang Schäuble. Der hatte den Sportleuten bedeutet, daß die internationale Sportrepräsentanz Deutschlands durch Fußball, Tennis und Formel 1 abgedeckt sei, DDR-Trainer nicht in Frage kämen, weil die vorhandenen nicht einfach ausgewechselt werden könnten und die Einrichtung von Kinder- und Jugendsportschulen in der Zuständigkeit der Länder läge.

Die euphorischen Einheitsaktivisten wurden dann im Einigungsvertrag Artikel 39, Abs. 2, mit der Formulierung abgespeist, daß vom DDR-Sportsystem zu erhalten sei, was sich bewährt habe.

Die Folge: Die Organisationsstrukturen des DDR-Sports wurden rücksichtslos zerschlagen und das alte Vereinswesen wieder eingeführt. 4700 akademisch ausgebildete Trainer wurden arbeitslos, die international renommierte Deutsche Hochschule für Körperkultur in Leipzig liquidiert und Sportfunktionäre, Trainer und Sportmediziner juristisch verfolgt.

Ein Jahrzehnt nach dem Anschluß zog der Soziologe Dr. Peter Rummelt (damals

Düsseldorf, heute Greifswald) dieses thesenhafte „Transformations“-Fazit:

- Erhaltenswertes des DDR-Sports ist nicht erhalten worden;
- die Herstellung der inneren Sporteinheit verlief nicht erfolgreich;
- im Transformationsprozeß sind schlechte Standards des Westens übernommen worden;

mögliche und notwendige Änderungen im bundesdeutschen Sportsystem wurden nie ernsthaft in Erwägung gezogen.

Nun könnte man sagen: Was geht es uns an? Sicher, unsere Einflußmöglichkeiten sind gering. Aber, wo immer möglich, sollten wir unsere Autorität, unseren Sachverstand in die Waagschale werfen, um auf Fehlentwicklungen aufmerksam zu machen.

In Gesprächen mit Monika Zehrt, Ilona Slupianek und Thomas Köhler als goldene Olympioniken, den olympischen Medaillengewinnern Ulrike Bruns, Maritta Bauerschmidt, Reinhard Gust und eben auch Täve, dem erfolgreichsten Eisschnelllauftrainer der Welt Joachim Franke, zahlreichen Generalsekretären olympischer und nichtolympischer Sportverbände, Trainern, Sportwissenschaftlern war der Stolz herauszuhören, dagegesehen zu sein. Sie alle könnten den heutigen Sportverantwortlichen hilfreiche Tips geben, wie man vom gezielten Schulsport über den Nachwuchsleistungssport ein ganzes Volk zum Mitmachen begeistern kann. Fußball über alles, gespickt mit Milliarden, genießt Vorrang. Nur bei Olympia erinnert man sich daran, daß es noch andere Sportarten gibt, mit denen man auch „Staat“ machen könnte. Hätten sie nur ein Drittel der Fußballfinanzen zur Verfügung, wäre diesen Vereinen sehr geholfen.

Thomas Köhler, Berlin

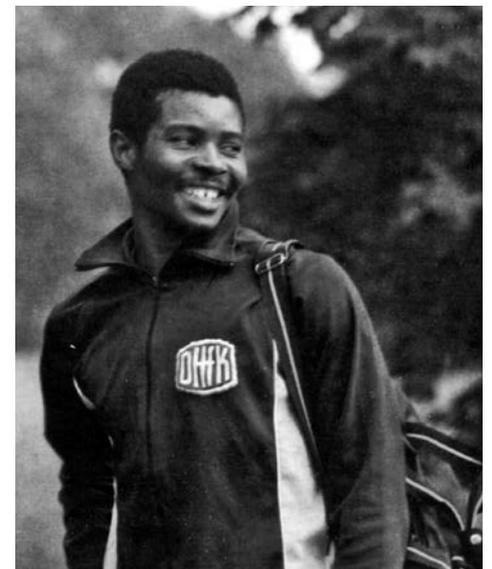
Die Geschichte des Ausländerstudiums an der DHfK Leipzig Sendboten Olympias

Die Aufforderung des Begründers der Olympischen Spiele der Neuzeit, Baron Pierre de Coubertin, „Den Frieden lieben, das Leben achten!“ erlangte auch für die Aus- und Weiterbildung ausländischer Sportfachexperten an der Deutschen Hochschule für Körperkultur in Leipzig große Bedeutung. Der Autor dieses bereits 2008 erschienenen Buches, Doz. Dr. paed. habil. Lothar Kalb, schreibt in einem ganz persönlichen Stil über die Geschichte dieser wichtigen Aufgabe im Wissensprofil der Leipziger Sporthochschule. Es werden anhand von vielfältigen Fakten, Sachverhalten und Namen die sportwissenschaftlichen Ergebnisse sowie die hochschulpädagogischen und sportpolitischen Rahmenbedingungen für alle Studien- und Lehrgangsformen des Ausländerstudiums an der DHfK thematisiert. Über 2400 Diplomsportlehrer, Trainer sowie

Sportwissenschaftler aus 94 Ländern, darunter aus 42 afrikanischen Staaten, wurden an der DHfK vorrangig als Solidaritätsbeitrag des DDR-Sports für die Entwicklungsländer qualifiziert. Das Diplom oder die Promotionsurkunde der DHfK waren ein international anerkanntes Gütesiegel. Die ausländischen Absolventen der DHfK arbeiten bis heute als „Sendboten Olympias“ in allen Bereichen der nationalen Körperkultur ihrer Heimatländer oder wirken aktiv in unterschiedlichen Funktionen in den internationalen Gremien des Sports und der Sportwissenschaft.

Bemerkenswert ist die sorgfältige Gestaltung und Herstellung des Buches, welche sowohl Sportenthusiasten als auch „Laien“ zum Anschauen und Lesen verführt. RF

Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2008, 312 Seiten, zahlreiche Abbildungen, 29 €



Stimmen aus aller Welt über die DDR

Solange der sozialistische deutsche Staat, die DDR, existierte, haben sich immer wieder Persönlichkeiten aus der ganzen Welt bei oder nach Besuchen über die DDR geäußert. Zum 30. Jahrestag am 7. Oktober 1979 hat die Auslandspressagentur Panorama DDR über hundert solcher Stellungnahmen in einem Buch vereint. Entstanden ist so ein Mosaik persönlicher Erfahrungen und Erkenntnisse, die jeweils ein Stück gesellschaftlicher Wirklichkeit widerspiegeln. Stellvertretend für die anderen veröffentlichten wir hier einige dieser Äußerungen – Älteren zur Erinnerung, Jüngeren zur Verdeutlichung dessen, was die DDR für die Welt – und für uns – war.



Miriam Makeba
Sängerin, Südafrika
(1932–2008)

Ich bin beeindruckt von Berlin, von den Menschen hier in der DDR. Alles macht einen ganz anderen Eindruck, als uns eine gewisse Propaganda einzureden versucht. Besonders diese Stadt und ihre offene Atmosphäre haben mich von der ersten Stunde an begeistert und mitgerissen. Die Stärke eines Landes ist ablesbar an der Haltung der Jugend. Mein Land ist noch unterdrückt, und viele Länder leiden unter dem Neokolonialismus. Diese Jugend, die sich hier in Berlin zum Festival versammelt hat, trotz dem Imperialismus! Das ist das Schönste. Und diese Jugend hat nicht nur ein feines Ohr für künstlerische Interpretation, sondern auch ein kluges Gehirn für meine Probleme, über die ich singe. Es ist eine politische Jugend und darum eine sehr menschliche. Manche Leute sagen über mich, die Makeba singt nur politische Lieder; ich antworte: Ich singe die Wahrheit, Kunst und Politik kann ich nicht trennen;

denn die Kunst erzählt davon, wie die Menschen leben. Ich stelle meine Stimme in den Dienst der Erkennbarkeit der menschenfeindlichen Apartheidpolitik, möchte Botschafterin der Völker Afrikas sein, Kündigerin ihres Kampfes gegen Kolonialismus und Rassismus. Und dabei singe ich so gern von der Liebe, von der Fröhlichkeit der Menschen, dem Zauber ihrer Träume. Dafür finde ich in der DDR das richtige Publikum.



Martti Larni
Schriftsteller, Finnland
(1909–1993)

Als der bedeutendste Kulturstaat Europas in den 30er Jahren zum sogenannten dritten Reich wurde, mußten viele Vertreter von Wissenschaft und Kultur ihre Heimat verlassen. Wenn sie nicht vertrieben worden waren, suchten sie ein Asyl in fremden Ländern. Zu ihnen gehörte auch der in Augsburg geborene Schriftsteller Bertolt Brecht, der die Bürgerrechte seines Heimatlandes 1935 verlor. Danach begann das jahrelange Wanderleben Brechts, von dem er auch einige Monate in Finnland wohnte. Durch einen glücklichen Zufall machte ich die Bekanntschaft mit Brecht, die unauslöschlich im Archiv meiner Erinnerungen verblieben ist. Während seines Aufenthaltes in Finnland besuchte Brecht häufig die Redaktion der Zeitung „Elanto“, bei der ich damals als Redakteur tätig war. Zu der Zeit wurden in Finnland noch keine Tabakwaren rationiert, so daß es auf dem Regal des Buchschranks auch einen Zigarrenkasten für seltene Gäste gab. Eines Tages erschien Brecht in meinem Arbeitszimmer, bat vielfach um Entschuldigung für die Störung und klagte über eine ungewöhnliche Müdigkeit. Ich forderte ihn auf, es sich auf dem Sofa in meinem Arbeitszimmer bequem

zu machen. Er befolgte meine Aufforderung, zog sich die Schuhe aus und machte es sich bequem. Ich bot ihm eine Zigarre an, worauf die Müdigkeit des Gastes wie Kampfer in der Luft verfliegen war. Er setzte sich hin, zündete die Zigarre an und sagte folgende Worte, die ich in meinem Notizbuch festhielt: „Wenn alle Mächtigen der Welt sich lieber eine Zigarre ansteckten, als einen sinnlosen Weltbrand anzuzünden, wie glücklich wäre dann die Menschheit. Der Krieg ist ein schreckliches Unglück, dessen Opfer zum größten Teil unschuldig sind. Haben sich Millionen Väter und Mütter, Kinder und Alte wirklich so sehr schuldig gemacht, daß sie massenweise getötet werden müssen? Es ist nur eine Frage, aber die herrschenden Todeshändler werden mir wohl kaum antworten ...“

Diese Worte Bertolt Brechts waren mir viele Kriegsjahre im Gedächtnis und sind mir immer noch in frischer Erinnerung. Bertolt Brecht war einer der bedeutendsten Verkünder der Menschheit unserer Zeit und ein Schriftsteller, der einen bleibenden Platz unter den Unsterblichen einnimmt. Seine Stücke sind fast immer im Repertoire der finnischen Theater zu finden. Er ist in der ganzen Welt als Meister der Dramatik und als mutiger Erneuerer der Schauspielkunst bekannt. Ich war einige Male in der DDR und konnte mit Freude feststellen, daß die Erinnerung an Brecht in seiner Heimat wirklich in schöner Weise gepflegt wird.

Bertolt Brecht war in vieler Hinsicht der Prophet einer neuen Zeit und einer neuen Gesellschaft. Wenn er noch bis zum Jahre 1978 gelebt hätte, könnte er mit Befriedigung feststellen, daß die DDR in einigen Jahrzehnten seinen Traum verwirklicht hat. Auf allen Gebieten der Wissenschaft und Kunst blüht ein vielseitiges und reiches Kulturleben. Auch die wirtschaftliche Entwicklung hat neue Erfolge erzielt – und das ganz ohne Marshallplanhilfe.

Spendenauf Ruf

Hilfe für Kuba wegen Hurrikan Irma

Die verheerenden Folgen des Super-Hurrikans „Irma“ auf mehreren Inseln der Karibik sind ein schwerer Schlag für die Betroffenen. Die Bilder und Berichte über die Schäden und Verwüstungen sind schockierend. Der Hurrikan hat mit Windgeschwindigkeiten bis zu 260 km/h trotz der aufwendigen Schutzvorkehrungen im Osten und an der gesamten Nordküste Kubas immense Schäden angerichtet, die regionale Infrastruktur, Schulen und Produktionsstätten beschädigt und einige Wohnbezirke zerstört. Das Eindringen des Meeres und über sechs Meter hohe Wellen verursachten schwere Schäden an den Ufern der gesamten Region. Betroffen sind vor allem die zentralen Provinzen Las Tunas, Cama-

güey, Ciego de Avila, Sancti Spiritus, Villa Clara, Cienfuegos. Die Provinzen Matanzas, Havanna und Artimisa waren über 40 Stunden den Stürmen und Wassermassen ausgesetzt. Entsprechend hoch sind die entstandenen Schäden. Daß nur wenige Menschenopfer und nicht noch mehr Zerstörungen zu beklagen sind, ist den aufwendigen und kostspieligen Sicherheitsvorkehrungen in Kuba zu verdanken. Die Schutzmaßnahmen und die Behebung der Zerstörungen sind mit extrem hohen Kosten verbunden, die Kuba allein nicht zu tragen vermag. Daher werden auch in Kuba dringend Finanzmittel für den Wiederaufbau von Schulen, Ärztezentren, Wohnhäusern, Straßen, Brücken etc. benötigt. Es müs-

sen Baustoffe, Baugeräte, Werkzeug etc. beschafft werden.

Aufgrund der Schwere der Zerstörungen und Schäden durch den Hurrikan in Kuba rufen wir dazu auf, großzügige Geldspenden zur Hilfe in Kuba zu übermitteln.

Spenden (sie werden von uns an die zuständige kubanische Institution überwiesen) bitte an:

Netzwerk Cuba e.V., Berlin

IBAN: DE58 1001 0010 0032 3331 00

BIC: PBNKDEFF

Verwendungszweck:

Spende Hurrikan Irma

Gisela Steineckert: Hand aufs Herz

Leben ist etwas ungemein Persönliches. Jedes Leben gibt es wie jeden Menschen nur ein einziges Mal. Alle Versuche, Typisches für diese Lebenszeit zu verallgemeinern, mißlingen. Das weiß der Zahn nicht, der hat seine Zeit, dann lockert er seine Beziehungen, läßt los, hinterläßt eine Lücke, eine Erinnerung an seine Vollkommenheit. Aber unersetzbar ist er eben auch nicht. Das Gehirn, unser blödes, versagendes, unerbittlich tüchtiges, ist vom ersten Tag an einzigartig eigenartig. Was es bewahren will, trägt es durch die Stürme des Lebens, hütet es, manchmal mit Umhütungen, die sich wegleben lassen. Aber immer ein Schrein, ein Prahlhänschen, das wie durch Glas, durch Scheiben schimmern läßt, was vergänglich oder einzigartiger Schatz ist. Über das Herz können uns die Ärzte etwas mitteilen, aber das sagt uns eigentlich nichts, oder vorschnell zuviel, oder das Wichtigste zu spät, oder alles im falschen Augenblick. Guck dir deine Hände an. Untätig leben sie im Schoß, oft auch, wo sie sich hätten rühren sollen, sich ballen, aneinander klatschen, sich heben, weit über den Kopf – Streichler die, sanfte Beruhiger, starke Beispringer, vorausarbeitende, manchmal verzweiflungsvolle Ausplauderer, wo das unterbrechende Wort fehlte.

Müde Augen, noch nicht unterrichtete, den Unterschied nicht wahrnehmende, verweilende mit dem Blick auf Gewesenes, auf Kommen, sich schließend vor dem Beweis der Unwiederbringlichkeit. Die Augen, nachblickende, die nichts sehen können, was kein Bild ergibt: Wer zwingt euch, ein Spiegel zu sein, der keinen Abflug aufhalten kann? „Verweile doch, du bist so schön!“: Leben, neuer Versuch, Lehre, vielleicht doch Bereicherung und nicht nur Zeichen von Verlust.

Was ist denn dies, das Leben, wenn es nur dein eigenes ist, nur deine Stillung von Hunger und Durst, dein Ende von etwas, dein Neubeginn, deine Fortpflanzung, deine Angst vor dem letzten Augenblick. He, sagen deine Anlagen, sagt deine Erfahrung, rufen deine unausgelebten Triebe, meint deine ungenutzte Chance, es gibt auch mich noch. Ich kann, was ich nie konnte. Gut, das denke ich nicht zum ersten Mal. Warum? Weil ich jetzt die Zeit dazu habe. Ist dir die ungesunde Eile nie aufgefallen?

Ich war immer eilig, habe zu vieles mit *schnick-schnack-schnuck* entschieden. Auch das, was Bedächtigkeit gebraucht hätte. Die habe ich auch jetzt nicht, aber ich kann sie mir holen, könnte sie aufbringen, aus der verwundenen und aus der beseligenden Erfahrung. Die ist bunt genug, um alles abzudecken, was den Augen sonst allzu offen läge. Das geht jedem so. Da bin ich nichts Besonderes. Aber wahrscheinlich bin doch auch ich auf die Welt gekommen, um sie zu bereichern, vielleicht sogar zu befrieden. Ich erinnere mich des besonderen Gefühls, als ich inmitten sehr unterschiedlicher Meinungsäußerer in mir einen Gedanken entdeckte, der paßte nicht hinein und nicht dazu. Ich kannte den Augenblick der absoluten Trauer noch ebensowenig wie den der vollkommenen Übereinstimmung, den man Glück nennt, oder mit einem

anderen übertreibenden Namen belegt. Ich war noch nicht soweit, erst einmal allein und dann weiterzudenken, Widerspruch lag ganz vorn auf der vorlauten Zunge, recht zu behalten war wichtiger, als teilzuhaben an einem noch nicht erkannten Ergebnis. Ich mag mich nicht besonders, wenn ich mich erinnere, daß ich mit schneller Zunge auch anderen Frauen das Wort abgeschnitten habe, daß sie scheinbar so dumm dastanden, wie ich mir hinterher vorkam. „... und dann hat sie gesagt ...“, da gibt es Anekdoten, die hoffentlich nicht bis zur Urenkelin gelangen.

Und nun, heute?

Der Spiegel sagt mir einen Teil der Wahrheit, eigentlich kaum Neues. Was ich sehe, ist ja nicht über Nacht entstanden, wie man manchmal so sagt. Über Nacht schlohweiß geworden, das hab ich als Kind oft gehört und nie gesehen, und eigentlich glaube ich auch nicht daran. Ja, du bist abgegriffen, welk, du hast ein zerknittertes Herz, manchmal ein naßgeheiltes Taschentuch, darin sind auch Erinnerungen – vor dem Papierkorb bewahrt, in den sie eigentlich gehörten. Dem Papierkorb, den dir dein Leben hinhält. Vorschnell entleert? Du hättest froh sein können, wenigstens diesen Ballast los zu sein?

Aber du bist damals nicht mitgerannt, als sich – scheinbar! – die Gelegenheit bot, ohne eigenes Zutun alle Chancen auf einmal sehen zu können, vielleicht sogar zu haben, sie waren zum Anfassen nahe. Das Preisschild ziemlich verwischt, kein Wunder! Vielleicht doch ein Wunder, die soll es ja geben. Anderen ist es doch gelungen, den Zipfel zu erwischen – und er war es, mit dem die Tür aufzureißen war, hinter der alles steckte, wofür sich das Leben lohnte. Hinter dir könnten alle Aufhaltungen, durch deinen unzulänglichen Charakter verursacht, verschwinden – wie eine Wolke am sommerlichen Himmel. Ganz leicht und so, als hätte deine Vergangenheit nichts mit dir zu tun. So sollte sie abgelegt werden, mit Zensuren unterschrieben, wie in der Schule damals. Vielleicht mit „ungenügend“, vielleicht auch mit dem obrigkeitlichen Vermerk „Thema verfehlt“. Da war dein Weg gemeint, auf den du gestellt worden bist. Oder? Bist du ihn gegangen, erst mal los, mit zögerndem erstem Schritt, zunehmend bewußter, du, dein Fuß, dein Gehirn, dein Weg.

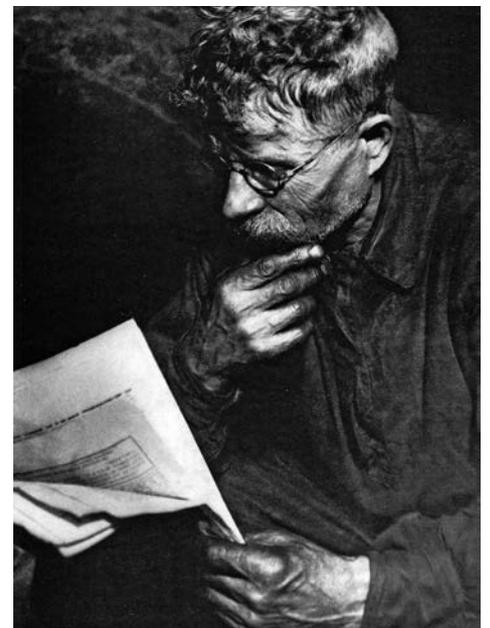
Wie du jetzt bist, dieser Mensch, so bist du geworden, und jeder Vergleich hinkt. Die Summe stimmt nicht? Wie sollte sie!

Es ist vieles noch möglich. Du kannst noch etwas abstellen, etwas beginnen. Nicht alles, nein. Damals? War da mehr, sogar alles möglich? Es gab Kreuzungen, von denen aus hättest du die Wahl. Du hättest auf alles spucken können, was dir vorher wichtig war. Das hätte dir Türen geöffnet: du brauchtest nur vorzubringen, daß du für gar nichts konntest, schon immer gegen alles gewesen bist. Daß du abgehalten, gestraft, gehindert wurdest, dein wahres Leben zu wählen. Du hättest sagen können, daß du jetzt erst angekommen bist in deinem immer erträumten Sein.

Warum hast du das nicht gemacht? Warum hast du genauer hingeguckt und die eben

zu freudigem Winken erhobene Hand wieder gesenkt, sogar mit Stirnrunzeln, ein bißchen beschämt, wegen Übereifer, der ja gar nicht zum Zug gekommen war. Du hast nur gedacht – und dafür bist du zu rühmen. Hingeguckt und gedacht. Und etwas verstanden, was sich beim Weiterleben als nützlich erwies. Es kam auf dich an! Was du verlachen oder verteufeln solltest, hatte es so nicht verdient. Auch von dir nicht, und was du bejubeln solltest, brauchte seine Ermutigung. Von dir, für dein Leben. In all dem, was du allein oder mit anderen zusammen versucht hast, steckte ein bißchen mehr Mühe, als du für dich selber brauchtest. Ich habe dich einmal in der Menge gesehen, im richtigen Moment, an wichtigem Platz, mit dem nötigen Aufwand, der nötigen Haltung, auch mit einem nötigen Risiko. Niemand als du selbst konnte da über Abwesenheit oder Einsatz entscheiden. Es hat kaum was gebracht, hast du gesagt. Und dann noch einen Satz darüber, daß die Welt sowieso am Abgrund trudelt. Und daß wir eben nichts machen können. Egal! Du lebst. Was das ist? Nicht genug. Aber du bist einzigartig und machst daraus keine einseitige Forderung an alle andern.

*Das Leben ist
Gehen und fliegen
Unterliegen und auferstehen
Über zertretenes Gras weitergehen
Leise sein und die Stimme erheben
Wie am Ende und wieder
Eine Seite vom Ich erleben
Sich zwischen Anfang und Mitte
An vorläufige Enden bringen
Und zwischen Aufschrei,
Heulen und Lachen
Das Eigene irgendwie machen*



Zeitungslesender Arbeiter

Foto: Georgi Petrussov (1933)

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Oktober

■ Regionalgruppe Magdeburg

Am 5. Oktober um 14 Uhr spricht Bruno Mahlow, Mitglied des Ältestenrates der PDL, zum Thema: Die Lehren aus der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution – ihre Bedeutung in der Auseinandersetzung mit der imperialistischen Welt

Ort: Kühleweinstraße (Kulturraum am Ende der Sackgasse), 39106 Magdeburg

■ Regionalgruppe Suhl

Am 5. Oktober um 17 Uhr Diskussionsrunde zu aktuell-politischen Themen mit dem Schwerpunkt Schlußfolgerungen für die Linkskräfte aus den Ergebnissen der Bundestagswahl

Ort: Gaststätte „Suhler Weibewirtschaft“, Bahnhofstraße 1, 98527 Suhl

■ Regionalgruppe Frankfurt/Oder

Am 6. Oktober um 15 Uhr: Kreuz und quer durch Kuba. Wolfgang Frotscher zeigt seinen Film über eine Reise nach Kuba.

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt/Oder

■ Regionalgruppe Erfurt-Weimar

Am 7. Oktober um 11 Uhr: Aktuell-politische Gesprächsrunde zu den Ergebnissen der Bundestagswahl

Ort: Gaststätte „Dahlie“, Roßlauer Straße 1, 99086 Erfurt

■ „RotFuchs“-Gruppe Brandenburg an der Havel

Am 12. Oktober um 18 Uhr spricht Dr. Udo Stegemann zum Thema: Was verschweigt und verfälscht das offizielle Feindbild Terrorismus?

Ort: Lighthouse-Konferenzlounge, Bahnhofspassage 4 (gegenüber Hauptbahnhof), 14766 Brandenburg

■ Regionalgruppe Harz

Am 13. Oktober um 14 Uhr spricht der Journalist der „jungen Welt“ und Mitglied des RF-Autorenkreises Peter Steiniger zum Thema: Aktuelle Entwicklungen in Lateinamerika und der Karibik

Ort: Gaststätte „Lindenhof“, Spiegelsbergweg 16, 38820 Halberstadt

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 14. Oktober um 10 Uhr spricht der deutsch-afghanische Politologe Dr. Matin Baraki über das Thema: Der Imperialismus als Geburtshelfer des islamistischen Terrors – die Situation und Entwicklung im Nahen Osten

Ort: Mehrgenerationenhaus Neubrandenburg, Senioren-Büro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ Regionalgruppe Dresden

Am 14. Oktober um 10 Uhr Veranstaltung zum 68. Jahrestag der DDR unter dem Motto „Erinnerungen an die DDR – auch ein Dienst an der Zukunft“

Ort: Dresdner Straße 26, „Drogenmühle“, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Potsdam

Am 14. Oktober um 10 Uhr: Der antifaschistische Verein „Unentdecktes Land“ stellt sich vor.

Ort: Lothar-Bisky-Haus, Alleestraße 3, 14469 Potsdam

■ „RotFuchs“-Gruppe Plauen

Am 17. Oktober 2017 um 15 Uhr spricht der Fraktionsgeschäftsführer der Partei Die Linke Chemnitz Raimon Brete zum Thema: Die Ergebnisse der Bundestagswahl und sich daraus ergebende Schlußfolgerungen

Ort: Jugendherberge Plauen, Alte Feuerwache, Neundorfer Straße 3, 08523 Plauen

■ „RotFuchs“-Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am 17. Oktober um 18 Uhr spricht Oberst a. D. Wolfgang Herzig zum Thema: Rußland im 100. Jahr der Oktoberrevolution

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ „RotFuchs“-Regionalgruppe Berlin-Lichtenberg

Am 18. Oktober um 18 Uhr spricht Dr. Udo Stegemann über das Thema: Die neue Rechte – Hintergründe und Erscheinungsformen der aktuellen rechten und rechtsextremen Bewegungen

Ort: KULTSchule, Sewanstraße 43, 10319 Berlin

■ Regionalgruppe Mecklenburg Vorpommern – Nord/West

Am 18. Oktober um 15 Uhr spricht Dr. Arnold Schölzel, Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins und Mitglied der RF-Redaktion, zum Thema: Medienpolitik heute und ihre Wirkung auf die Gesellschaft

Ort: Stadtkantine, Großschmiedestraße 41–43, 23966 Wismar

■ Regionalgruppe Frankfurt/Oder

Am 20. Oktober um 15 Uhr spricht Bruno Mahlow, Mitglied des Ältestenrates der PDL, zum Thema: Der Rote Oktober wirkt weiter

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt/Oder

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am 21. Oktober um 10 Uhr spricht Oberst a. D. Bernd Biedermann zum Thema: Die Lage in der asiatisch-pazifischen Region – Interessengegensätze zwischen China und den USA

Ort: „Rothaus“, Lohstraße 2, 09111 Chemnitz

■ Regionalgruppe Königs Wusterhausen

Am 21. Oktober um 10 Uhr: Diskussionsrunde zu den Ergebnissen der Bundestagswahl und die Verantwortung der Linken

Ort: Bürgertreff, Fontaneplatz 2, Königs Wusterhausen

■ Konferenz der DKP, des „RotFuchs“-Fördervereins und der SDAJ anlässlich des 100. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

21. Oktober, 13 Uhr bis 19 Uhr

Ort: Filmtheater Babylon, Rosa-Luxemburg-Straße 30, 10178 Berlin

■ Regionalgruppe Bautzen

Am 24. Oktober um 17 Uhr spricht der Fraktionsgeschäftsführer der Partei Die Linke Chemnitz Raimon Brete zum Thema: Die Ergebnisse der Bundestagswahl und sich daraus ergebende Schlußfolgerungen

Ort: Unabhängiger Seniorenverband, Lohrstraße 33, 02625 Bautzen

■ Regionalgruppe Eberswalde

Am 25. Oktober um 17 Uhr spricht Michael Westphal zum Thema: Der Kampf des letzten Imperiums

Ort: „Café am Weidendamm“, Schicklerstraße 4, 16225 Eberswalde

■ „RotFuchs“-Gruppe Berlin Treptow-Köpenick

Am 25. Oktober um 16 Uhr spricht Wolfgang Dockhorn zum Thema: Die Verantwortung der Linken nach der Bundestagswahl

Ort: Gaststätte „Hauptmann von Cöpenick“, Oberspreestraße 148/Ecke Westendstraße, 12557 Berlin

■ Regionalgruppen Teterow und Güstrow (gemeinsame Veranstaltung)

Am 25. Oktober um 15 Uhr spricht der Historiker und Osteuropakorrespondent Reinhard Lauterbach zum Thema: Wie entwickelt sich unser Nachbarland Polen?

Ort: Regenbogenhaus, Straße der Freundschaft 2, 17166 Teterow





Seit längerem bin ich ein begeisterter Leser des „RotFuchs“, war selbst längere Zeit Vollzeit-Journalist und schrieb für bürgerliche Medien ebenso wie beispielsweise für die „junge Welt“ und weiß daher Eure Leistungen sehr zu schätzen!

Als politischer Aktivist bin ich u. a. in der Funktion des Bundeskoordinators der österreichischen Linken Gewerkschaftsjugend, also der Jugendgruppe des Gewerkschaftlichen Linksblocks, tätig. In dieser Funktion biete ich Euch an, den „RotFuchs“ am „Volksstimme“-Fest – ehemals ausgerichtet von der KPÖ – am 2. und 3. September zu verteilen.

Christian Kaserer, Wien

Erst vor kurzem haben wir über den „RotFuchs“ erfahren, daß unser „lustiger“ Lutz Jahoda ein aktiver politischer Mensch war und ist, der es auch versteht, Romane zu schreiben.

Nachdem wir, meine Frau und ich, uns aus der Bibliothek den ersten Teil seiner Romantrilogie „Der Irrtum“ ausgeliehen hatten, waren wir so begeistert, daß wir uns alle drei Teile im Buchhandel gekauft haben.

Obwohl wir „Leseratten“ sind, haben wir lange nicht so ein interessantes und schön geschriebenes Werk entdecken können wie die Geschichte aus dem damaligen Brunn im 2. Weltkrieg. Lutz Jahoda ist es gelungen, eine politische und private Geschichte zu erzählen mit einem klaren Klassenstandpunkt, die sowohl politisch überzeugt als auch menschlich zu Herzen geht.

Es war ein Lesegenuß der Extraklasse. Dafür, lieber Lutz Jahoda, auch für Dich als Autor im „RotFuchs“, unseren herzlichen Dank!

Waltraud und Harry Schröder, Berlin

Zu Horst Schneider und Vladimiro Giacche: Über die Produktion falscher Geschichtsbilder (RF 234, Beilage)

Was da vom „RotFuchs“ als Beilage zu seiner Juli-Ausgabe geliefert wurde, ist aller Ehren wert. Mit dem kompetenten Hintergrundwissen von Prof. Horst Schneider und einem offenen Brief des italienischen Ökonomen Vladimiro Giacché an die „Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“ liegt eine thematisch abgerundete Darstellung darüber vor, wie, warum und durch wen falsche Geschichtsbilder produziert werden.

Mit erschütternder Logik zieht der Zeitgeist von Goethe über Richard von Weizsäcker bis zu Roman Herzog und dann den Wendehals-apologeten der Bourgeoisie Schäuble, Kinkel

und schließlich Gauck als eine Art Negativ-Rekord vorüber. Die Politiker erwiesen sich als „Kommandeure in der ‚Erinnerungsschlacht‘“. Siegfried Prokop nannte sein Buch in diesem Zusammenhang pointiert „Die DDR hat's nie gegeben“. Der rote Faden ahistorischer Logik führte dann mit „Gaukianern“ und „Eppelmännern“ direkt zur „Totalitarismuskritik“, um Faschismus und Kommunismus (Stalinismus) als gleich übel verurteilen zu können. Hier ist interessant zu erfahren, daß diese Doktrin bereits Anfang der 50er Jahre von Alexander Abusch als „vergifteter Dolch“ erkannt wurde. Mit der „Wende“ wurde statt der sogenannten inneren Einheit der wurmstichige Sieg des Kapitals über den „Kommunismus“ stilisiert und mit ideologischem Wunschdenken die Geschichte des Besiegten trendgemäß ignoriert und desavouiert. Aber diese DDR-Geschichte ist es, die vom bundesdeutschen Mainstream immer noch anscheinend als eine Art Phantom-schmerz erlebt wird. Denn wenn eine Mischung von Arroganz und Ignoranz zwanghaft sachliche Informationen verdrängen muß, kommt es zu grotesken leidigen Zweckvorstellungen und einer Art Tunnelblick. Da das aber mainstreamgerecht abläuft, ist die Zeit offensichtlich noch nicht reif für eine historisch gerechte und zugleich auch emotionale Entschärfung. So lange muß sich der „historisch belastete“ DDR-Bürger noch gedulden.

Der Mainstream-Michel ist zu sehr systemkonform gefangen, als daß er sich auch staatlich demokratisch frei entscheiden könnte. Aber nun müssen wir uns entscheiden: Können wir souverän und demokratisch leben? – d. h. mit Rußland! –, oder liefern wir uns neokolonial-globalisierter Gewalt aus? – d. h. gegen Rußland! Ohne Selbstbehauptung gibt es keine Freiheit!
Dr. Siegfried Lietz, Poththagen

Die etablierten staatstragenden Parteien können sich seit Jahren auf Großspenden aus der Daimler-Zentrale in Stuttgart verlassen. Insgesamt 320 000 Euro hat der Konzernvorstand dafür bewilligt. Jeweils 100 000 Euro bekommen die SPD und die CDU, zudem noch die CSU 40 000 Euro und ebensoviel jeweils Bündnis 90/Die Grünen und die FDP.

Kein Wunder, daß einige Regierungschefs Deutschlands sich selbst als Auto-Kanzler bezeichnen. Die kapitalistische Gesellschaft ist eine Warengesellschaft, in der alles käuflich ist, auch die Menschen, sagte Karl Marx. Man kann sich Parlamentarier, Minister und sogar Regierungschefs kaufen.

Anfang August 2017 hat der Fußballverein „FC Barcelona“ seinen Stürmer Neymar an den französischen Verein „Paris Saint-Germain“ für 222 Millionen Euro verkauft. Während die Zeitung „Libération“ diesen Menschenhandel als „Meisterleistung“ feierte, sahen andere darin den „Gipfel der Unanständigkeit“. Ich würde sagen, das ist nichts anderes als ganz gewöhnlicher Kapitalismus.

Dr. Matin Baraki, Marburg

Vor nicht allzulanger Zeit hieß es noch, daß die zweithäufigste Todesursache bei Jugendlichen Suizid sei. Zuletzt geisterte durch die Medien die Schlagzeile, daß die Selbsttötungsrate bei Senioren jenseits des 60. Lebensjahres rasant gestiegen ist. Es konnte dabei nicht verschwie-

gen werden, daß dies neben Krankheiten wie Depressionen und Suchterkrankungen mit Armut, sozialem Abstieg – verursacht durch Erwerbslosigkeit, Hartz IV und Niedrigrenten – zusammenhängt. Daß Korrelationen zwischen Krankheiten, gesellschaftlichen Defiziten und Lebensmüdigkeit bestehen, wurde nicht untersucht. Hier war der Soziologe Durkheim (1858–1917) schon weiter!

Uwe Moldenhauer, Altena

Die „documenta“, seit 1955 die weltweit wohl bedeutendste zeitgenössische Kunstausstellung, hat in Kassel, diesmal gemeinsam mit Athen, ihre eindrucksvollen Kunstschaufenster beendet. Jede „documenta“ hat unverkennbar ihre Spuren hinterlassen. Es sei nur an die Beuys-Bäume und den Himmelsstürmer erinnert. Auf den bisherigen Ausstellungen gab es viel Herausragendes. Was bleibt Kassel und seinen Menschen davon erhalten?

Die Diskussion dazu ist voll entbrannt. Der auf dem Königsplatz erstellte Obelisk ist für die Besucher aus aller Welt bei zentraler Lage und dem hochaktuellen Thema „Ich war ein Fremdling, und ihr habt mich beherbergt“ eine wertvolle Denkhilfe – in Deutsch, Türkisch, Englisch und Arabisch. „Mein Obelisk soll auch an die erinnern, die Flüchtlinge aufgenommen haben“, sagt der „documenta“-Künstler Olu Oguibe (USA).

Vergessen wir dabei nicht: Das Elend der Flüchtlinge steht in direktem Zusammenhang mit der weltweiten Rüstungsproduktion. Hessen ist einer der größten Rüstungsstandorte der Bundesrepublik, und Nordhessen entwickelt sich zum Zentrum des deutschen Rüstungsexports und des Militärinterventionismus. Wer den Tod täglich in die Welt schickt, darf sich nicht wundern, wenn Flüchtlinge aus aller Welt zu uns kommen. Darüber sollte man nachdenken. Der Obelisk auf dem Königsplatz kann dabei helfen.

Karl-Heinz Mruck, Kassel

Es ist doch immer wieder sehr erstaunlich, festzustellen, mit welcher zeitlichen Verzögerung im abendländisch-deutschen Vaterland gewisse historische Vorgänge behandelt werden. Insbesondere betrifft das Vorgänge, die nach gutbürgerlichem Gusto unter die Rubrik „peinlich“ oder – noch besser – „Wär's nur net gschehn“ fallen.

So konnte der aufmerksame Leser am 15. August in der „Mitteldeutschen Zeitung“ lesen: „Bund erforscht NS-Geschichte“. Dafür stellt die Kulturstatsministerin immerhin vier Millionen Euro zur Verfügung. Bis 2020 sollen die Mittel ausgegeben sein. Weiter heißt es: „So wird die Universität Kassel unter dem Titel ‚Neue Eliten – etabliertes Personal‘ untersuchen, wie weit der Neuanfang nach 1945 von Menschen geprägt wurde, die auch zu Hitlers Zeiten schon Karriere machten.“

Dazu habe ich zwei Bemerkungen: Welche Gründe waren ausschlaggebend dafür, daß in den westlichen Besatzungszonen sehr bald nach 1945 alte Nazis wieder in alle möglichen Führungspositionen aufrückten, obwohl in Nürnberg ihr System als verbrecherisch verurteilt worden war? Unverkennbar ist, daß es dieser Kräfte bedurfte, um Ziele der „alten Garde“ irgendwann wieder anzustreben.

Und: Die Verspätung, mit der sich die BRD bemüht, festzustellen, „wie weit der Neuanfang nach 1945 von Menschen geprägt wurde, die auch zu Hitlers Zeiten schon Karriere machten“, gebietet, dieses Ansinnen mit sehr großer Skepsis zu beobachten.

Warum? Es ist bekannt, daß es bis 1990 zwei deutsche Staaten gab, die von der UNO anerkannt waren. Der kleinere (mit einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung) übermittelte dem größeren (mit einer kapitalistisch geprägten Ordnung) zu sehr vielen Anlässen gerichtswertbares Tatsachenmaterial über Eliten, „die auch zu Hitlers Zeiten schon Karriere machten“ – meistens ohne daß dies für die Betroffenen irgendwelche juristischen Folgen gehabt hätte. Berücksichtigt man diese historischen Tatsachen, kommt man zu dem Schluß, daß das aktuelle „Projekt“ offensichtlich Alibifunktion haben soll. Wie schnell war man doch, nachdem sich die größere 1990 die kleinere Republik einverleibt hatte, mit der Verfolgung der dortigen Eliten! Welche juristischen Purzelbäume und andere Artistik wurden aufgeführt, um ihnen „Straftaten“ nachzuweisen!

Auf alle Fälle hat die Uni Kassel jetzt eine Gelegenheit, vier Millionen Euro an Steuergeldern zu „verarbeiten“. Wohl bekomm's!

Dr. Günther Freudenberg, Bernburg

Zu Reiner Zilkenat: Westberlin und der kalte Krieg (RF 235, S. 7)

Der Beitrag beleuchtet nochmals sehr eindringlich die Rolle, die der „Frontstadt“ Westberlin von den Gegnern unserer Republik zugeordnet war: ein Mekka der westlichen Geheimdienste und ein „Pfahl im Fleische der DDR“. Auch auf justitieller Ebene wurde der Kampf mit allen Mitteln geführt. Der in die Geschichte eingegangene Rundfunkprozeß gegen Gladewitz u. a. macht das sehr deutlich. Nachzulesen ist er neben anderen Verfahren gegen fortschrittliche Kräfte in Westberlin bei Friedrich Karl Kaul, der zahlreiche Betroffene verteidigte, in dessen Büchern „Ankläger auf der Anklagebank“ (2 Bände). Auch nach 1990 kam dem auf ehemals westlichem Territorium gelegenen Berliner Landgericht eine Schlüsselrolle bei der Verfolgung von Angehörigen der Partei- und Staatsführung, der Grenztruppen oder Juristen der DDR zu. Als man dort allerdings Ende der 60er Jahre über den einstigen Beisitzer Roland Freislers am Volksgerichtshof, Hans-Joachim Rehse, zu Gericht saß, wurde dieser in der zweiten Runde nach vorangegangener Aufhebung des Urteils durch den Bundesgerichtshof vom Vorwurf des Mordes freigesprochen. In der Begründung wurde dem Nazistaat ein „Recht auf Selbstbehauptung“ zugesprochen und war man in Verkennung der Rolle des Volksgerichtshofes als politisches Terrorinstrument der Auffassung, seine Beweisführung habe sich „im Rahmen sachlicher Überlegungen“ gehalten, und die Verhängung der Todesstrafe habe schließlich „der Bekämpfung der Wehrkraftzersetzung“ gedient, sie sei deshalb nötig gewesen.

RA Ralph Dobrawa, Gotha

Zu Otto Köhler: Löst den braunen Haufen auf! (RF 234, S. 15)

Will man den politisch-ideologischen Zustand dieser Armee historisch einordnen, greift man mit einem Zeitfenster „Deutscher Volkssturm

Wehrmacht“ und 1943 zu kurz. Sowohl die Namensgebungen von Kasernen und Truppenteilen nach Kriegsverbrechern und Tötungsspezialisten der faschistischen Wehrmacht als auch deren Verherrlichung ist nicht auf den im Beitrag genannten Zeitraum und die Person Heusinger zu begrenzen. Er umfaßt die ganze Ära Hitlerdeutschlands.

Die Chancen für eine ehrliche Aufarbeitung der faschistischen Vergangenheit im militärischen Bereich wurden bereits bei der Gründung der Bundeswehr vergeben. Ihre Gründerväter haben Hitlers Vernichtungskrieg geführt. Einige Kasernen umbenennen und die faschistische Wehrmacht verherrlichende Zeugnisse aus den Soldatenzimmern und Traditionsräumen entfernen, verhilft keineswegs dazu, daß aus der braun gesprenkelten Aggressionsarmee eine demokratische, etwas antifaschistisch angehauchte „wahre Volksarmee“ (Gauck 2012) wird. Will man tatsächlich etwas in den Köpfen der Bundeswehrangehörigen verändern, braucht es mindestens drei Voraussetzungen:

1. Austritt aus dem NATO-Kriegspakt, 2. Rückzug aus allen Kriegsbeteiligungen, 3. Beschränkung auf eine wirkliche Landesverteidigung.

Harry Pursche, Leipzig

Zu „Für einen kräftigen Oppositionswahlkampf!“ (RF 235, S. 13)

Die gegenwärtige Lage ist höchst besorgniserregend. Gegen Rußland wird gehetzt, was das Zeug hält. Auch Deutschland ist wieder dabei. Die Rüstungsindustrie in Bayern und Baden-Württemberg arbeitet auf Hochtouren und „verdient“ Unsummen mit dem Geschäft des Todes. Kaum gab es die DDR nicht mehr, wurde Krieg wieder möglich. Die Bundeswehr ist weltweit im Einsatz, um Deutschlands Machtansprüchen den Weg zu ebnen. Wie wird das enden?

Ich denke zurück an das Jahr 1945. Im Herbst des Jahres mußte ich als 14jähriger einen Fuder Weizen nach Oranienbaum als Reparationsleistung bringen und Pferd und Wagen dort abgeben, was mir die Tränen in die Augen trieb. Ein junger sowjetischer Hauptmann erklärte mir, warum das notwendig war. Er erzählte, daß die „Wehrmacht“ im Krieg in der Ukraine, in Belorußland und in Rußland kein Stück Vieh, nicht mal die Tauben am Leben ließ und die gesamte Ernte vernichtete, um so die Menschen in diesen Gebieten auszuhungern.

Diese Erklärung wurde für mich das erste Erlebnis, das mich vom Pimpf zum Antifaschisten hat werden lassen. Bis heute stehe ich gegen Krieg und Faschismus. Bei den in Kürze stattfindenden Bundestagswahlen werde ich mich für die PDL entscheiden, in der Hoffnung, mit ihr eine starke Opposition zum Kriegskurs der Bundesregierung zu wählen.

Werner Gericke, Berlin

Eine großartige Idee, für die sich britische Friedenskämpfer mit ihren Rädern auf den Weg machten, um auf einer der Routen der traditionellen Friedensfahrt von Prag nach Berlin die Friedensfahrradtour 2017 zu fahren. Ihr Motto „Nein zur NATO – Ja zum Frieden“.

Angehörige des Freundeskreises der Sport-Senioren und Vorstandsmitglieder der GRH (Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e. V.) begrüßten die britischen

Friedensbotschafter am 4. August am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow. In drei Tagen hatten sie ihr Ziel – Berlin – erreicht.

In einer Grußbotschaft würdigte Täve Schur diese Radtour für den Frieden u. a. mit folgenden Worten: „Ihr radelt auf den Straßen der nach dem 2. Weltkrieg 1952 geborenen Internationalen Friedensfahrt Warschau–Berlin–Prag. Euer Vorkämpfer Jan Steel startete 1952 mit der britischen Nationalmannschaft bei der Friedensfahrt und gewann die Gesamtwertung, ohne einen einzigen Etappensieg errungen zu haben. ... Der 1. Paragraph unseres Reglements lautete damals ‚Die Internationale Friedensfahrt verbindet den sportlichen Wettkampf mit dem gemeinsamen Streben der Völker, den Weltfrieden zu festigen und die friedliche Koexistenz zur Grundlage der Beziehungen zwischen den Staaten verschiedener Gesellschaftsordnungen zu machen. Ihr demonstriert die Entschlossenheit aller Teilnehmer, für dauerhaften Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit der Völker einzutreten.‘ In diesem Sinne radelt ihr in dieser immer kriegerischer werdenden Welt für eine friedliche Welt ohne NATO und ohne Krieg. Ich bin an Eurer Seite für einen sicheren Frieden in der Welt.“

Heidi Richter, Berlin

Zu Liane Kilinc: „Immer lebe die Sonne!“ (RF 235, S. 16)

Der Artikel hat mich sehr berührt. Die Autorin berichtet darin über ihre Fahrt in die Ukraine, die das Ziel hatte, Hilfe für die leidgeprüften Menschen im Donbass zu leisten. Ganz spontan kam der Wunsch, die künftigen Aktionen selber unterstützen zu wollen. Ein Gespräch mit Frau Kilinc ergab, daß im Oktober/November eine weitere Fahrt mit einem LKW in das Krisengebiet geplant ist, und daß die Organisatoren für Hilfe jeder Art sehr dankbar sind. So konnte ich auf die Kontonummer DE56 1009 0000 2582 7930 02 zu Händen von Friedensbrücke – Kriegsopferhilfe e.V. eine Spende überweisen. Aber ich habe auch einen Sack Wolle für die fleißigen Strickerinnen sowie Beutel mit Kuschtieren, gestrickten Socken und Bettwäsche bereitgestellt. Auch 20 Kugelschreiber und Filzstifte werden nun in den nächsten Tagen nach Wandlitz geschickt, um dann auf die weite Reise in den ukrainischen Winter zu gehen.

Hanna Spiegel, Oranienburg

Die „Gretchenfrage“ „Nun sag, wie hast du's mit der Religion? aus Goethes „Faust I“ ist gerade auch heute aktuell. Goethe stellt die zwei Gesellschaften seiner Zeit dar, die strenggläubige Margarete aus einfachen Verhältnissen, welche den Glauben an Gott in den Mittelpunkt stellt, und den aufklärerischen Wissenschaftler Faust, der argumentiert, er könne genauso leben wie Margarete, auch ohne den Glauben an Gott. Nun lese ich von Herrn Bischof Wolfgang Ipolt aus Görlitz in einem Artikel in der „Thüringischen Landeszeitung“ vom 29. Juli: „Ohne Gott wird unsere Gesellschaft erbarmungslos.“ Und: „Wir Christen haben einen Auftrag, die Welt zu durchdringen mit dem Geist des Evangeliums. Geht in alle Welt, sagt Jesus.“

Aber warum verlieren dann die zwei größten Kirchen immer mehr Gläubige?

Nach aktueller Kirchenstatistik hatte die römisch-katholische Kirche in Deutschland im Jahr 2016 23,6 Millionen Mitglieder (1990 über 28,5 Mill.).

Die Evangelische Kirche in Deutschland hatte 2016 etwa 22 Mill. Mitglieder (1990 ca. 29,4 Mill.). Wohlstand, Bildungsniveau und die soziale Absicherung sind für viele Menschen vorhanden, deshalb benötigen sie immer weniger die Kirche in ihrem Alltag und sparen sich noch dazu die Kirchensteuer. Die Kirche ist heute für die Menschen kein Vorbild mehr. In der DDR war das eine kritische Kirche. Jetzt ist das eine konservative staatstragende Kirche und gibt sich mit der römisch-katholischen Caritas und dem evangelischen Diakonischen Werk als sozial. Aber stimmt das?

Vom Staat bekommen die Kirchen zu ihrem Haushalt jährlich rund 460 Millionen Euro von den Steuerzahlern dazu.

Herr Bischof Wolfgang Ipolt macht in dem o. g. Beitrag die DDR verantwortlich für den Rechtsruck in der Gesellschaft. Was tut aber seine Kirche gegen die sozialen Abstiegsängste der Menschen im heutigen kapitalistischen System, wo schnell Schuldige gesucht und einfache Antworten gefunden werden? Sollte seine Kirche nicht besser zurück zu ihren Wurzeln gehen?

Stanislav Sedlacik, Weimar

Mit dem Buch „Die Berliner VP-Bereitschaften in Basdorf“ (ISBN: 978-3-947094-02-0), für das Generalleutnant a. D. Karl-Heinz Schmalfuß das Vorwort geschrieben hat, wird eine Lücke in der Geschichtsschreibung geschlossen. An dem Sachbuch, in dem die Geschichte der VP-Bereitschaften besonders für den Raum Berlin und Basdorf festgehalten wird (es erscheint in Kürze im Verlag am Park), haben sieben frühere Offiziere der 17., 18. und 19. VPB mitgewirkt. Erstmals wird darin die Rolle der 1. Mot. Brigade der Bereitschaftspolizei bei den Grenzschießungsmaßnahmen am 13. August 1961 publiziert und an weitere bedeutende Einsätze der Berliner VPB zur Gewährleistung einer stabilen Ordnung und Sicherheit in der Hauptstadt der DDR anhand von Originaldokumenten und Zeitzeugenaussagen erinnert. Am Ende wird über die Auflösung ihrer Einheiten im Jahr 1990 berichtet.

Oberstleutnant a. D. der VP Ernst Hornig,
Berlin

Der Wahlkampf war gerade angelaufen, und Dietmar Bartsch, Spitzenkandidat der Linkspartei, gab der evangelischen Kirchenzeitung „Idea“ ein Interview u. a. zu Glaubensangelegenheiten. Bartsch kenne ich von den Medien und von persönlichen Streitgesprächen.

Über das Profil von „Idea“ erfuhr ich: konservativ, bibelfest, also kein werteneutraler Anschein. „Idea“ möchte eine geistige und geistliche Orientierung angesichts einer Gesellschaft, die sich im Verfall befindet, vermitteln. Auf diesen Zug traute sich der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Bundestag aufzuspringen und bekundete: „Den Satz ‚Ich glaube an Gott‘ könnte ich nicht sagen. Aber ich finde, daß eine Gesellschaft ohne Glauben sehr problematisch wäre.“ Also nur die Gesellschaft, er selbst nicht? Steht er außerhalb und über den Dingen? Aber er müßte doch wissen, daß erst die Summe der Individuen die Gesellschaft ausmacht. Oder will er jetzt ernsthaft mithelfen, die vielen Kirchengänge zu stoppen? Als bemerkenswert gegenüber „Idea“ erwähnte er noch einen angeblichen „Kampf der SED gegen die Kirchen“, daß er die Bibel

im Bundestag vermutlich am meisten zitiert hätte und wir alle unabhängig vom Glauben christlich-jüdisch geprägt seien. Diesmal schloß er sich mit ein.

Karl Scheffsky, Schwerin

Im Frühjahr 2017 wurde die Bürgerinitiative (BI) „Gedenktafel für Werner Seelenbinder in Köpenick“ als gemeinsame Initiative vom Bürgerverein Allende-Viertel Köpenick e. V. (BVAK), dem Rabenhaus e. V., der VVN-BdA Köpenick und des BdA Treptow sowie weiteren Unterstützern gegründet. Die BI möchte vor dem Hintergrund der Ablehnung des NPD-Verbots durch das Bundesverfassungsgericht im Januar 2017 ein Zeichen aktiven Antifaschismus setzen. Die BI-Initiatoren formulierten und verbreiteten einen Aufruf. Das Projekt wurde in dem überparteilichen Bündnis für Demokratie und Toleranz vorgestellt und hat zwischenzeitlich viele weitere Mitstreiter gewonnen.

Das Ziel der Bürgerinitiative ist zunächst die Wiederherstellung und Wiederanbringung der Gedenktafel für den von den Nazis ermordeten Antifaschisten an ihrer alten Stelle, am Gebäude des Amtsgerichts Köpenick am Mandrellaplatz. Genau dort fehlt nämlich die ursprüngliche Tafel seit 2003. Es gab bis heute keine Aufklärung des Falls durch die Polizei – die Tafel ist und bleibt verschwunden.

Zwischenzeitlich gab es einen Versuch ihrer Wiederanbringung durch die VVN-BdA Köpenick, der allerdings scheiterte, da das Amtsgericht Köpenick dies verhinderte. Ein kleiner Gedenkstein wurde verschämt auf dem öffentlich nicht zugänglichen Hof des Amtsgerichts aufgestellt; darauf wird Seelenbinder nur noch als Opfer dargestellt. Der mutige Kämpfer gegen Faschismus, Imperialismus und Krieg hat ein würdigeres Gedenken verdient!

Die Kosten für die Tafel belaufen sich nach aktuellem Stand auf ca. 3500 €, weitere Kosten fallen noch für die Bewerbung der Initiative und Beschaffung weiteren Materials an. Der Auftrag für die Anfertigung der Kopie anhand eines Fotos wurde bereits erteilt.

Die bis jetzt durchgeführten Info-Stände fanden große Beachtung bei den Besuchern. Mit deren Unterstützung konnte bereits ein Spendenaufkommen von ca. 2200 € erzielt werden. Mit Mitteln aus der Kiezkasse der Köpenicker Dammvorstadt in Höhe von 600 € ist somit schon viel, aber noch nicht alles erreicht. Für weitere Spenden (Gedenktafel Seelenbinder, Berliner Volksbank e. G., IBAN DE28 1009 0000 2683 1530 04, BIC BEVODEBB) wären wir deshalb sehr dankbar. Zugleich laden wir zur Einweihung der Tafel herzlich ein, die am Mittwoch, dem 25. Oktober, um 17 Uhr am Mandrellaplatz in Köpenick stattfinden wird – begleitet von einem kleinen Rahmenprogramm.

Da inzwischen sehr viel Material zusammengekommen ist, darunter auch einiges neue, planen wir, eine Bibliographie über Werner Seelenbinder sowie eine Ausstellung zu erarbeiten. Wer etwas über ihn, sein Leben und zur Geschichte seiner Ehrung in Berlin und Leipzig mitteilen kann – sei es als Zeitzeuge oder durch bisher unbekanntes Quellen –, den bitten wir um Mithilfe (BVAK e. V. z. Hd. Torsten Postrach, Vorsitzender, Pablo Neruda-Str. 24, 12559 Berlin, Tel. 0049 30 70 24 61 94).

Michael Fuchs / Torsten Postrach, Berlin

Ich bemühe mich seit einiger Zeit, die Anlässe für den Koreakrieg und den Vietnamkrieg in meinem Gedächtnis wiederzubeleben. Klappt leider nicht, aber auch die Suche im Internet erbrachte keine zufriedenstellenden Ergebnisse, da in den bürgerlichen Medien dazu die Wahrheit unter den Tisch gekehrt wird.

Im Zusammenhang mit einer vor Jahren gehörten Meldung, daß die USA in den 30 oder 40 Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg mehr als 50 Kriege oder Umsturzversuche in anderen Ländern begangen haben, dies sich in den folgenden Jahren nur noch verschlimmerte, komme ich zu der Feststellung: Die Geschichte der USA ist eine Geschichte der Gewalt. Sie beginnt mit dem Genozid an der indianischen Urbevölkerung („Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer“ ...), setzte sich fort mit der Wiedereinführung der Sklaverei, den Sezessionskriegen, der Eroberung fremder Territorien (Teile von Mexiko), der jahrzehntelangen Tätigkeit des Ku-Klux-Klan, der Ermordung eigener Präsidenten, des Umsturzes in Nikaragua, dem Sturz der demokratisch gewählten Regierung in Chile usw. usf. Und in diesem Zusammenhang geht es mir auch um den Korea- und den Vietnamkrieg, der von den USA provoziert wurde.

Übrigens läßt sich die Aussage, nur ein toter Indianer sei ein guter Indianer, auch auf die Nazis beziehen, die sagten, nur ein toter Kommunist sei ein guter Kommunist.

Werner Harzbecker, E-Mail

Zu „Gedanken zur Oktoberrevolution“ (RF 235, S. 18)

Nicht alle Autoren der in diesem Beitrag zitierten „Gedanken“ sind mir bekannt. Ich würde mich über kurze biographische Hinweise freuen, um das Zitierte besser einordnen zu können.

Alfred Wieser, Esslingen

Martin Andersen Nexö (26.6.1869–1.6.1954): dänischer Romancier und Novellist, „Ditte Menschenkind“, siehe u. a. RF 216, S. 27

Ernst Toller (1.12.1893–22.5.1939): deutscher Dramatiker, Lyriker und Erzähler, „Quer durch. Reisebilder und Reden“, siehe u. a. RF 199, S. 27

Franz Blei (18.1.1871–10.7.1942): österreichischer Novellist, Lustspielautor und Literaturkritiker, „Zeitgenössische Bildnisse“

Rudolf Kayser (28.11.1889–5.2.1964): deutscher Literaturhistoriker, Chefredakteur der „Neuen Rundschau“ von 1924 bis 1932

Manfred Hausmann (10.9.1898–6.8.1986): deutscher Erzähler, Lyriker und Dramatiker, „Abel mit der Mundharmonika“

Alfred Kerr (25.12.1867–12.10.1948): deutscher Theaterkritiker und Lyriker, „Walter Rathenau“

Klaus Mann (18.11.1906–21.5.1949): deutscher Romanschriftsteller, Erzähler und Essayist, „Mephisto“

Korrektur zu RF 236, S. 28 (Protest gegen Geschichtsfälschung ...)

Monika Grütters (CDU) ist nicht „thüringische“ Kulturstaatsministerin, wie es bei uns fälschlich hieß, sondern Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (Kulturstaatsministerin).



Plakat der „Roten baltischen Flotte“ von Sergej Tschechonin mit dem Titel „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ (1919)

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 25. Oktober um 18 Uhr spricht Adam Bednarsky, Vorsitzender des Stadtverbandes Leipzig der Partei Die Linke, zum Thema: Bundestagswahl und wie weiter?

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe Bitterfeld-Wolfen

Am 26. Oktober um 14 Uhr spricht Bruno Mahlow, Mitglied des Ältestenrates der PDL, zum Thema: 100. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution – Die KP Rußlands heute

Ort: Kulturhaus, Puschkinplatz 3 (Konferenzzimmer), OT Wolfen, 06766 Bitterfeld-Wolfen

■ Regionalgruppe Rostock

Am 26. Oktober um 17 Uhr spricht der Historiker und Osteuropakorrespondent Reinhard Lauterbach zum Thema: Wie entwickelt sich unser Nachbarland Polen?

Ort: Stadtteilbegegnungszentrum Toitenwinkel, Olof-Palme-Straße 26, 18147 Rostock

■ Regionalgruppe Uecker-Randow

Am 26. Oktober um 18.30 Uhr spricht der Wirtschaftswissenschaftler Dr. Klaus Blessing zum Thema: 95 polemischen Thesen gegen die herrschende Ordnung

Ort: Volkssolidarität Pasewalk, Am Markt 8, 17309 Pasewalk

■ Verschiedene Organisationen, darunter die Regionalgruppe Leipzig

Am 4. November, 10 bis 17 Uhr, findet in Leipzig eine Konferenz zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution statt. Referenten sind Georg Fülberth, Volker Külow, Ekkehard Lieberam, Lucy Redler und Arnold Schölzel

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Wolfgang Metzger (V.i.S.d.P.),
Dr. Arnold Schölzel, Bruni Steiniger

Redaktionsanschrift:

Bruni Steiniger
Klopstockstr. 19, 12623 Berlin
Tel. 030/561 34 04
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
wometzger@aol.com

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net
facebook.com: Zeitschrift.RotFuchs

Redaktionsschluss für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

Autorenkreis:

Florian Adler
Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Konstantin Brandt
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Bernd Fischer
Peter Franz
Bernd Gutte
Helmuth Hellge
Eberhard Herr
Erik Höhne
Lutz Jahoda
Rico Jalowitzki
Ralf Jungmann
Christa Kożik

Marcel Kunzmann

Rudi Kurz
Dr. Kurt Laser
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Prof. Dr. Herbert Meißner
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Cornelia Noack
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
Prof. Dr. Horst Schneider
Prof. Dr. Rolf Sieber
Gisela Steineckert
Marianne Walz
Johann Weber
Theodor Weißborn
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel
Dr. Reiner Zilkenat

Künstlerische Mitarbeit:

Dieter Eckhardt, Siegfried Lachmann,
Heinrich Ruynat, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Konstantin Brandt, Glanzstraße 6,
12437 Berlin, Tel. 030/53 02 76 64
vertrieb@rotfuchs.net

oder Sonja Brendel
Tel. 030/5 12 93 18

Heiner Brendel, Gerald Umlauf,
Hans Ludwig u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030/2 41 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Thiele

Prerower Platz 6, 13051 Berlin
Tel. 030/981 56 74

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXX

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.